

秀才

[xiù cai - sju tsai]

秀才遇到兵有理说不清
2005年8月4日 (总第66期)

Einblicke in die Welt der Chinesen für die Freunde des Ostasieninstituts der FH Ludwigshafen

Johnny Erling

... aus China

(3.7. 1997 bis 31.12.1999)

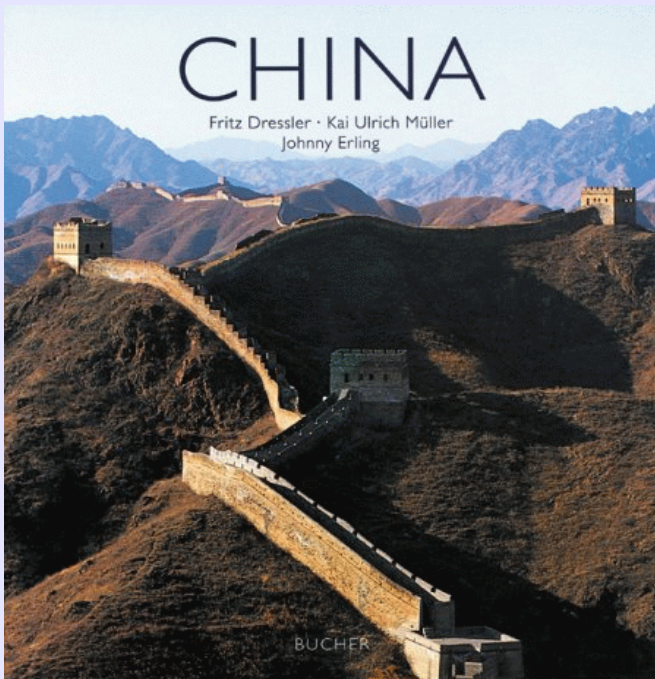
[Die Reportagen und Berichte
in 秀才 No. 60 bis 66]

Die Redaktion bedankt sich für die Nachdruck-Erlaubnis
beim fleißigen *Welt*-Korrespondenten,
der sich wohl als einziger ausländischer Berichtersteller in Peking
Tag für Tag durch die Schriftzeichen-Quellen wühlt
und mit zahllosen Chinesen aller sozialen Klassen spricht.
Das Ergebnis: Reines *Erste Hand-Material*,
das auch über die Jahre seinen Wert nicht verliert.
Jedenfalls für die, die wirklich wissen wollen,
was in den Weiten der chinesischen Welt vorgeht
und sie zusammenhält.

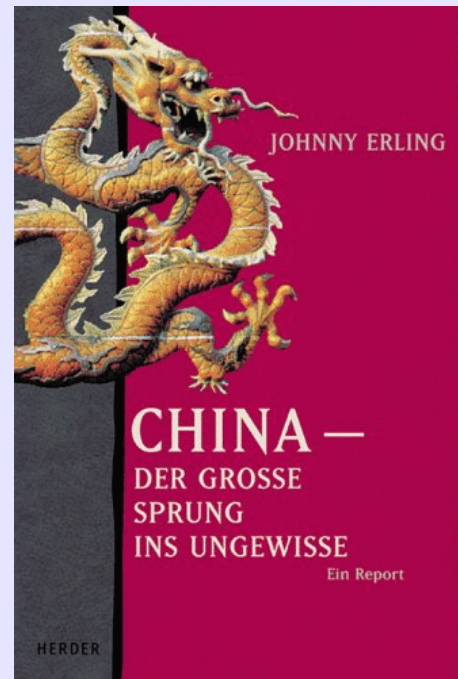
Inhalt:

Die Übergabe Macaos ist die Stunde für Pekings Propaganda	5	Eine Sekte lehrt Peking das Fürchten - Falun Gong	30
China strebt nach Wiedervereinigung	5	China will Taiwan einschüchtern	31
Gemeinsam gegen westliche Dominanz	6	Neue Eiszeit zwischen Taiwan und China	32
Peking und Moskau demonstrieren Verbundenheit ..	7	Japan vermittelt in China für die USA	32
"Hacker" droht die Todesstrafe	7	Erste Risse in den neuen Deichen	33
"Die Pekinger Führung ist der Boss"	8	Gerüchte über Rücktritt von Premier Zhu	34
China fürchtet "schwarze Besucher" aus dem Internet	8	Der Dalai Lama kann nun in die Heimat surfen ...	34
Mao warnte Stalin vor Hitlers Angriff	9	China im Höhenrausch:	
Peking bietet Dialog über Menschenrechte an	12	Neubau von Wolkenkratzern	35
Schröder muss mit Peking offen reden	12	Ein Heer Unbestechlicher gegen Korruption	
Einst las er Marx, jetzt die Börsennachrichten - Tu Shaoguang	13	in China	36
Die Presse liebt «Geschichten von Schröder», dem Marxisten	14	Peking fürchtet die Falun-Sekte	36
Peking verschärft Kampf gegen verbotene Falun-Sekte	15	Der Botschaftsbeschluss als "Lektion in Patriotismus"	37
Peking verschärft Kampf gegen verbotene Falun-Sekte	16	Schrei nach dem Recht	38
Für Schröders Mannschaft ist China unbekanntes Territorium	16	Taiwan will mit Finanzreformen für den Aufschwung sorgen	39
Papst in chinesischer Randspalte	17	China bangt um WTO-Beitritt Verhandlungen ausgesetzt	40
Chinas neue Reiche stellen ihren Luxus jetzt zur Schau	18	Taiwans Präsident fordert Peking heraus	40
China hat das Y2K-Problem beim Militär im Griff ..	20	Kanzler beruhigt die Gemüter - Unternehmer wieder optimistisch	41
Peking lockert Schreibverbot über sensible Themen	20	Wut in China flaut nur langsam ab	42
China treibt Reformen über das Parkett voran	21	Kaputte Scheiben im Konsulat, demolierte Autos, Beschimpfungen	42
China lässt seine Muskeln spielen - China 50	22	Fenster zum Hinterhof	43
Sicherheitsstufe eins in China	23	Die blitzschnellen Chinesen	44
Für die Konzerne bleibt China ein Zukunftsmarkt ..	24	Taktiker hinter der Chinesischen Mauer	44
Patriotismus ist Trumpf	24	Helfer und Hehler	45
Hu Jintao, das Gesicht der neuen Führungsgeneration Chinas - China 50	26	Orthodoxe und Reformen in China	
Selbst das Beben kann die Feinde nicht einen	27	erstmals vor Gericht	47
KP bremst wirtschaftliche Reformen in China	27	Sieg über das Misstrauen	48
USA und China nähern sich wieder	28	Vorstoss in Tabuzonen	49
Chinesische Soldaten üben Invasion auf Taiwan ..	28	Zhu Rongji stellt sein neues Kabinett vor	51
Zum Jubiläum ist in Peking alles bestens unter Kontrolle	29	Gnadenlos zur Marktwirtschaft	51
Die chinesischen Konjunkturprogramme sind verpufft	30	Marx und Mao haben ausgedient	53
		"China ist eine riesige Chance"	55
		Weltbank lobt Reformen in China	56
		Wieder im Reich	57

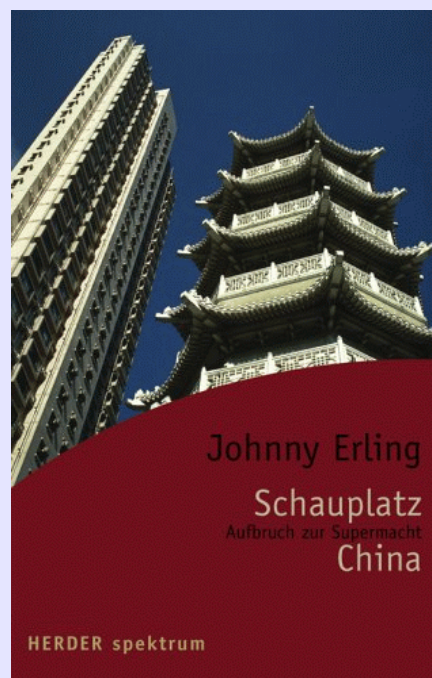
Bücher von Johnny Erling



Erste Auflage 1997, überarbeitete Neuauflage: 2002



Erschienen: 2002



In Vorbereitung für Herbst 2005

Die Welt

1999/12/20

Die Übergabe Macaos ist die Stunde für Pekings Propaganda

Für China heisst das nächste Ziel Taiwan. Von Johnny Erling. Peking - Auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens stocken die Verkäufer patriotischer Papierfähnchen zur Übergabe Macaos ihr Sortiment auf. Nach einem Temperatursturz Samstagfrüh bieten mittags die ersten Händler neben Chinas Nationalflagge für einen Yuan (25 Pfennig) und der grünen Lotusblumenfahne Macaos auch gefütterte Handschuhe an - das Paar zu 30 Yuan. Tausende Pekinger pilgern trotz beissenden Frosts zur 16 Meter hohen und neun Meter breiten Countdown-Uhr vor dem Museum der Chinesischen Geschichte, um sich vor der digitalen Leuchttafel, die die letzten Stunden und Sekunden bis zur Rückkehr Macaos anzeigt, fürs Familienalbum zu fotografieren. "Das lassen wir uns nicht entgehen, egal wie kalt es ist", sagte eine eigens aus der Provinz angereiste Familie. Am Sonntagabend wird es mit minus zwölf Grad noch eisiger. Trotzdem treten 30 000 Pekinger um Mitternacht für eine Stunde zum Tanzen und Singen an. Während das ganze Land ihnen live zusieht, zählen sie die letzten zehn Sekunden vor Mitternacht, dann wird nach Macao umgeschaltet. Dort wird bei um 30 Grad höherer Temperatur die portugiesische Fahne eingeholt und die chinesische gehisst. 48 Stunden lang ist Chinas Staatsfernsehen bei der Übergabe dabei, fast immer live aus Macao, so wie es auch die Übergabe Hongkongs 1997 zeigte. Mitarbeiter des Fernsehens schätzen die Zahl der Zuschauer auf 700 Millionen Chinesen. Die Geschichte, wie ein kleines Eiland mit 430 000 Menschen mit grossem Pomp wieder ein Teil Chinas wird, auf 50 Jahre noch mit allen in China verbotenen Freiheiten - sogar der des Glücksspiels -, wird als Erfolgsstory verkauft. Pekings Propaganda vertraut auf eine Mischung aus Patriotismus und Stolz, um seine Bürger nicht zu viel über ihre Unmündigkeit nachdenken zu lassen. Zum Sonnenaufgang wird das Hissen der Staatsfahne auf dem Tiananmen-Platz übertragen. Mittags rücken dann 500 chinesische Elitetruppen ins Bild, die nach Macao einmarschieren, um dort stationiert zu werden. Am Abend will dann Staats- und Parteichef Jiang Zemin in Peking erklären, dass alles dem grossen Ziel der Wiedervereinigung mit Taiwan dient. Chinas Formel "Ein Land, zwei Systeme" sei die Grundlage für eine "frühzeitige Lösung" der Taiwanfrage. Die sei nun "dringlich", hat er jüngst erklärt. Der Platz des Himmlischen Friedens wartet bereits auf eine neue Uhr. Die einst für Hongkong und danach für Macao aufgestellten

Countdown-Uhren sind abgelaufen und sollen im Kulturzentrum an der Grossen Mauer "für alle Zeiten" aufbewahrt werden. Nur: Wo soll der Countdown für Taiwan enden?

Die Welt

1999/12/15

China strebt nach Wiedervereinigung

Noch vor Rückgabe der portugiesischen Enklave Macao wird die Taiwan-Frage aufgeworfen. Von Johnny Erling. Peking/Macao - Die Pekinger Führung hat kurz vor der Rückgabe der portugiesischen Enklave Macao an China die Wiedervereinigung mit Taiwan auf die Tagesordnung gesetzt. Chinesische Tageszeitungen zitierten Staats- und Parteichef Jiang Zemin mit den Worten: "Macao's Rückkehr ist ein grosser Schritt für die Einheit des Landes. Zur Verwirklichung dieses Zieles wird die Lösung der Taiwanfrage immer dringlicher." Auch Parlamentspräsident Li Peng betonte in einem Interview, dass nach dem Prinzip "Ein Land, zwei Gesellschaftssysteme" Gespräche mit Taiwan auf der Agenda stünden. Beide Politiker nannten zwar keinen Zeitplan, China will aber eine Propagandaoffensive starten. Jiang Zemin, Premier Zhu Rongji und 900 chinesische Spitzenfunktionäre werden unter den 2500 Ehrengästen sein, wenn am kommenden Sonntag um Mitternacht gemeinsam mit der von Staatspräsident Jorge Sampaio und Premier António Guterres geführten portugiesischen Delegation die Übergabe Macaos besiegelt wird. Das ist das Ende der letzten europäischen Kolonie in Asien, die vor 442 Jahren als erster westlicher Handelsstützpunkt in China und Ausgangspunkt für die jesuitische Mission Asiens gegründet worden war. Portugiesische Beamte erwarten trotz der hohen Symbolik keine Überraschungen. Sie sprechen von einem "Déjà-vu-Handover" nach dem Muster Hongkongs. Portugals Präsident Sampaio und der letzte Gouverneur Macaos, General Rocha Vieira, werden nach der Zeremonie nach Thailand abfliegen, noch bevor Chinas Militär vom benachbarten Zhuhai aus über die neu gebaute Lotosbrücke am nächsten Tag einmarschiert und militärisch den Souveränitätswechsel demonstriert. Vieira hatte Ende November einen entsprechenden Zeitplan für einen würdevollen Abschied des portugiesischen Präsidenten vereinbaren können. Peking liess sich ohnehin mit der Übernahme Macaos Zeit. Trotz früherer Angebote Lissabons starteten die Verhandlungen erst 1987. Die 531 000 Bewohner Macaos, die in den vergangenen 20 Jahren zur Hälfte aus China zuwanderten, werden das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialsystem sowie ihre Spielbanken für die nächsten 50 Jahre behalten dürfen. Die knapp 60 Millionen Mark teuren Feiern

haben für die Pekinger Führung nur noch zeremoniellen Charakter. Die ideologische Bedeutung für Chinas Nationalstolz ist dagegen nicht hoch genug einzuschätzen. Das staatliche Fernsehen wird 48 Stunden Liveübertragungen aus Macao senden. China hat den 20. Dezember in diesem Jahr zum Feiertag erklärt und propagiert mit Blick auf Taiwan den weiteren Erfolg für seine Wiedervereinigung. Peking werde das "kleine und sehr verletzbare Macao", wenn es ihm seine Autonomie und kulturelle Identität lasse, für die künftigen Gespräche mit Taiwan nutzen können, zeigt sich Portugals noch amtierender Gouverneur Rocha Vieira überzeugt.

Die Welt

1999/12/11

Gemeinsam gegen westliche Dominanz

China und Russland demonstrieren in Peking Geschlossenheit. Von Johnny Erling, Peking - China und Russland wollen sich in Zukunft politisch gegenseitig den Rücken gegen jegliche Einmischung von aussen freihalten. Für Peking geht es dabei vor allem um die ungelöste Frage seiner Wiedervereinigung mit Taiwan, für Moskau um den Tschetschenienkrieg. Beide Staaten verpflichteten sich also aus jeweils eigenen innenpolitischen Erwägungen zum engen Schulterschluss. Dabei wenden sie sich vor allem gegen die USA und den Westen, ohne sie namentlich zu nennen. In einem am Freitag in Peking zum Abschluss des zweitägigen Chinabesuchs von Russlands Präsident Boris Jelzin veröffentlichten Zehn-Punkte-Kommuniqué nennt Peking das Tschetschenienproblem "eine rein innenpolitische Angelegenheit Russlands", bei dem China die Moskauer "Aktionen gegen Terrorismus und Separatismus unterstützt". Im Gegenzug stellt sich Russland hinter Chinas Position zur Wiedervereinigung mit Taiwan und will jede "Zweistaaten-theorie" strikt ablehnen. Besonders wichtig für Peking ist dabei, dass Moskau seine Befürchtungen vor einem neuen Schutzschild zur Raketenabwehr TMD teilt. Dieses Abwehrsystem ist von den USA und Japan in Asien geplant und soll auch Taiwan miteinbeziehen. Beide Staaten definieren zum ersten Mal ein breites Feld in ihrer "strategischen Partnerschaft", die bislang vor allem eine Absichtserklärung war. Bei den geplanten internationalen Initiativen ging es unter anderem um eine gemeinsame Warnung an die USA, die 1972 verabschiedeten ABM- Raketenabwehrverträge nicht aufzuweichen, über die Irakfrage, bei der sie die Aufhebung der Sanktionen fordern, bis hin zum Beitritt in die Welthandelsorganisation WTO. Erst nach der Kosovokrise haben sich die beiden Staaten zu einer

gemeinsamen Oppositionshaltung gegen die Vormachtstellung und "Supermachtrolle" der USA in der Weltpolitik zusammengerauft und prangern nun gemeinsam das "Konzept der humanitären Einmischung" an. Beide besitzen sie im ständigen UN-Sicherheitsrat das Vetorecht und wollen künftig die Rolle der Vereinten Nationen (und damit ihre eigene Rolle) gegen Alleingänge des Westens stärken. Ausserdem treten sie beide für die Durchsetzung einer multilateralen Weltordnung ein. Russische und chinesische Beobachter sprachen von einem höheren Mass an Gemeinsamkeiten, als bei den sieben vorhergehenden Gipfelbegegnungen Chinas und Russlands seit 1992. "Es gibt keinerlei Probleme mehr zwischen China und Russland, nur noch Freundschaft und Zusammenarbeit" hatte Chinas Fernsehen schon am Donnerstag Äusserungen aus dem Gespräch des Parlamentspräsidenten Li Peng mit Jelzin zitiert. China honorierte den demonstrativen Chinabesuch des 68-jährigen gesundheitlich angeschlagenen Jelzin. Er verlässt Peking mit einem aussenpolitischen Erfolg, der ihm auch innenpolitisch den Rücken stärkt. Gleich mehrmals hatte Chinas Führung am Freitag vor der Abreise ihr Verständnis für Moskaus Grosny-Politik betont. Nach einem Spaziergang mit Jelzin im Park des Staatsgästehauses Diao Yutai sagte Chinas Staats- und Parteichef Jiang Zemin: "Kein Staat hat das Recht, sich einzumischen, wenn ein souveränes Land Terroristen und Separatisten bekämpft." Auch für die Volksrepublik selbst sind dies stets aktuelle Themen: Peking bezieht solche Aussagen auch auf seine eigenen Probleme mit Tibet und mit den überwiegend von Moslems bewohnten Gebieten im Nordwesten. China und Russland sind die treibenden Kräften einer zentralasiatischen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (die so genannten "Shanghaier Fünf") zu der auch die drei GUS-Republiken Kirgisien, Tadschikistan und Kasachstan gehören. Das Bündnis will gemeinsam gegen länderübergreifenden kriminellen und "politischen Terrorismus" und vor allem "religiösen Extremismus" vorgehen. Zwischen den fünf Staaten wurde bereits Anfang Dezember eine Sicherheitspartnerschaft vereinbart, der im Jahr 2000 Vereinbarungen über eine Verteidigungspartnerschaft und aussenpolitische Zusammenarbeit folgen sollen. Mit dem Besuch Jelzins wurde auch die Demarkation der gemeinsamen 4300 Kilometer langen Grenzen, an denen noch 1969 chinesische und russische Soldaten aufeinander geschossen hatten, endgültig besiegelt. "Von jetzt an", so Russlands Aussenminister Igor Iwanow, "gibt es keine Grenzprobleme mehr." Im Gegensatz zum politisch problemlosen Klima stagniert jedoch der bilaterale wirtschaftliche Austausch. Schon

im Frühjahr soll das fünfte Treffen der Premierminister mit Russlands Wladimir Putin in Peking stattfinden, um dem bilateralen Handel und den Investitionen, "die beide nicht auf internationalem Stand sind", neue Impulse zu geben.

Die Welt

1999/12/10

Peking und Moskau demonstrieren Verbundenheit

Jelzin besucht trotz ärztlicher Bedenken China. Von J. Erling und M. Quiring. Peking/Moskau - Peking und Moskau wollen den informellen Staatsbesuch von Präsident Boris Jelzin in China, der am Donnerstag begonnen hat, nutzen, um nach aussen ihre enge politische und internationale Zusammenarbeit zu demonstrieren, und sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen den globalen Machtanspruch der USA abgrenzen. Wie die WELT erfuhr, hat Chinas Führung zugestimmt, das Gipfeltreffen ungewöhnlich stark protokollarisch aufzuwerten. Jelzin wird in den anderthalb Tagen nicht nur alle Mitglieder der chinesischen Führungsriege treffen, sondern gleich drei Mal mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin zusammenkommen. Jelzin, der sich von seiner Frau und Tochter begleiten lässt, ist zum ersten Mal von Jiang Zemin und dessen Frau zu einem vom russischen Botschaftssprecher als "Familientreffen" bezeichneten Hausbesuch eingeladen. Es ist der letzte internationale Auftritt Jelzins in diesem Jahr. Der 68-Jährige hat ein ursprünglich für den 21. Dezember geplantes Treffen in Paris mit Jacques Chirac und Gerhard Schröder bereits verschieben lassen. Im Vorfeld seines Besuches hatte Pekings Aussenministerium Moskaus Tschetschenienpolitik mit öffentlichen Erklärungen in Schutz genommen und Jelzin den Rücken gegenüber der Kritik der USA und des Westens gestärkt. Obwohl es sich um einen "informellen" Besuch handelt, wollen beide Präsidenten am Freitag mehrere Dokumente unterschreiben. Darunter fällt eine Vereinbarung, wie beide Länder die mehr als 1000 nur teilweise bewohnten Inseln innerhalb der Grenzströme Amur und Ussuri künftig gemeinsam wirtschaftlich nutzen können. Ebenso werden zwei abschliessende Protokolle zur Demarkation ihrer 4300 Kilometer langen West- und Ostgrenzen verabschiedet. Peking und Moskau, die ihre Beziehung als "strategische Partnerschaft" bezeichnen, wollen am Freitag auch eine gemeinsame Erklärung veröffentlichen, in der sie - ohne die USA zu nennen - vor Hegemonismus und Machtpolitik in der Weltpolitik warnen, die Durchsetzung einer multipolaren Weltordnung fordern und die künftige Rolle der Vereinten Nationen, in der sie beide im Sicherheitsrat sitzen, stärken wollen. Beide Länder

waren sich in ihrer Opposition gegen die USA und Nato bereits im Kosovokrieg einig und lehnen jede Kritik aus dem Westen an ihrem Umgang mit ihren Nationalitäten als "Einmischung unter dem Vorwand der Menschenrechte" ab. Moskau unterstützt Pekings Kritik an geplanten Raketenabwehrsystemen (TMD), die die USA und Japan in Asien errichten wollen. Der Besuch Jelzins wäre fast an den Einwänden seiner Ärzte gescheitert. Sie hatten ihn gewarnt, so die Moskauer Zeitung "Kommersant", dass die Visite in Peking, bei der er auf der Hin- und Rückreise jeweils einen Zeitunterschied von sieben Stunden zu verkraften hat, lebensgefährlich für seinen angeschlagenen Organismus sein könne. "Die Diplomaten" hätten indes darauf bestanden, dass die "Interessen der Grossmacht wichtiger sind", schreibt die Zeitung, räumt allerdings ein, dass Jelzin selbst die wesentliche treibende Kraft war. Mit den Worten: "Ich habe gesagt, ich werde nach Peking fliegen", habe der Kreml-Chef die Einwände der Ärzte abgeschmettert und das Behandlungszimmer verlassen. Während des Fluges nach Peking soll der russische Präsident in einen "Gesundheitsschlaf" versetzt worden sein, hiess es gestern in Moskauer Medien.

Die Welt

1999/12/06

"Hacker" droht die Todesstrafe

Chinesischer Computerfachmann brach ins Datennetz einer Bank ein. Von Johnny Erling. Peking - In China muss zum ersten Mal ein Hacker, der in das Datennetz einer Bank einbrach, damit rechnen, hingerichtet zu werden. Das Mittlere Volksgericht der Stadt Yangzhou bestätigte nach fast einem Jahr Überprüfung erneut sein Todesurteil gegen den Computerfachmann Hao Jingwen und verwarf dessen Berufung. Seine Hinrichtung durch Erschiessen oder durch Giftinjektion, die in Kürze zu befürchten ist, wäre in der Justizgeschichte der Computerkriminalität auch die weltweit erste gegen einen Hacker verhängte und exekutierte Todesstrafe. Hao Jingwen hatte gemeinsam mit seinem älteren Bruder und einstigem Bankbuchhalter Hao Jinglong am 22. September 1998 das Computersystem der Yangzhouer Zweigstelle der Industrie- und Handelsbank in der ostchinesischen Provinz Zhejiang manipulieren können. Die Brüder hatten unter falschen Namen mehrere Konten eröffnet und ein von ihnen ertüfteltes Kontrollmodul in das bankeigene Computersystem installiert, über das sie sich elektronisch 720 000 Yuan überweisen liessen. Bevor sie nach kurzer Zeit erwischt wurden, hatten sie von dem Geld bei acht Zweigstellen der Bank 260 000 Yuan (rund 60 000 Mark) abgehoben und davon 30 000

Yuan ausgegeben. Drei Monate nach der Tat verurteilte das Yangzhouer Gericht am 22. Dezember 1998 beide Brüder zum Tode. Das Oberste Volksgericht der Provinz ordnete auf ihre Berufung hin eine Überprüfung an. Das mittlere Yangzhouer Gericht bestätigte am vergangenen Freitag sein Todesurteil gegen Hao Jingwen. Es änderte die Strafe für seinen Bruder auf lebenslange Haft, weil dieser während der Neuverhandlung den Bruder in sechs weiteren Betrugsfällen anzeigte, berichtete am Wochenende die Pekinger Tageszeitung "Beijing Chenbao". Mit den drastischen Urteilen sollen nach Ansicht von Beobachtern angesichts des eher geringen Schadens Nachahmungstäter abgeschreckt werden. Berichte mit Warnungen vor Hackern, die Banken und Börsen betrügen, häufen sich in Chinas Presse. Zuletzt hatte gerade der Minister für Informationstechnologie, Wu Jichuan, die Gefahr der Hacker als "grössere Herausforderung für die Datennetze des Landes als den Millennium-Bug 2000" bezeichnet. In China seien 1998 bereits 64 Prozent aller Informationsnetze von Hackern attackiert worden. Mehr als die Hälfte davon (57 Prozent) seien die von Finanzinstitutionen gewesen. China ist das Land mit den weltweit am meisten ausgesprochenen Todesurteilen. Nach Angaben von Amnesty International wurden 1998 mindestens 1657 Todesurteile verhängt und davon 1067 vollstreckt. In dem 1997 neu revidierten Strafgesetz sind mehr als 60 Delikte schwerer Kriminalität, darunter auch Wirtschaftsverbrechen, aufgeführt, die mit der Todesstrafe geahndet werden können.

Die Welt

1999/12/04

"Die Pekinger Führung ist der Boss"

Doch will Edmund Ho, künftiger Verwaltungschef Macaos, kein "Ja-Mann" Chinas sein. Von Johnny Erling. Macao - Knapp drei Wochen vor der Übergabe der portugiesischen Enklave Macao an China hat der designierte neue Regierungschef Edmund Ho Hau Wah noch einmal Chinas künftige Rolle definiert: Im Konfliktfall müsse sich die von Peking gewährte und vom neuen Grundgesetz garantierte Autonomie den nationalen Interessen Chinas unterordnen. Peking garantiert - so wie zuvor in Hongkong - auch dem neuen Sonderverwaltungsgebiet Macao für 50 Jahre nach der Formel "ein Land, zwei Systeme" die Beibehaltung seiner westlichen Lebens- und Wirtschaftsweise. Zur Frage, ob er zwischen diesem hohen Mass an Autonomie und Chinas nationalen Interessen einen Widerspruch befürchte, sagte der auf Macao geborene 44-jährige Ho, nationale Interessen hätten immer höchste Priorität. "Die Pekinger Führung

ist der Boss. Ich bin der Verwaltungschef." Er sei sowohl Peking als auch den Menschen in Macao Rechenschaft schuldig. "Ich hoffe, niemals in eine Lage zu kommen, wo ich zwischen beiden wählen muss." Kurz vor der Übergabe zeigte sich Ho auch in der heiklen Frage der Stationierung chinesischer Truppen zufrieden. Nach zwölf Jahren Verhandlungen und zwei Jahren "positiver Erfahrungen in Hongkong" sei auf Macao nichts von der Aufgeregtheit und den Ängsten zu spüren, die in Hongkong kurz vor Juli 1997 herrschten. "Alles läuft sehr gut", sagt der langjährige Bankmanager. Wie von portugiesischer Seite zu erfahren war, wird Peking seine für Macao bestimmten Truppen erst am frühen Morgen des 20. Dezember einrücken lassen. Damit vermeidet man ein Zusammentreffen mit Portugals Staatspräsident Jorge Sampaio, der an der Übergabezeremonie um Mitternacht teilnehmen und kurz darauf am frühen Morgen nach Thailand weiterfliegen wird. Damit unterscheidet sich die zivile Übergabe Macaos nach 447 Jahren portugiesischer Oberherrschaft von der Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong zum 1. Juli 1997: Damals rückten chinesische Truppen während der Anwesenheit der Briten ein. Ho, der in Kanada studiert hat, bestätigte, dass die staatliche Bank of China im Jahre 1983 die in Schwierigkeiten geratene Bank seines Vaters durch Kredite gerettet hatte und dafür 50 Prozent der Anteile übernahm. Die Unterstützung durch die Bank of China (wie auch im ähnlich gelagerten Fall des Hongkonger Verwaltungschefs) bedeute nicht, "uns beide als Ja-Männer Pekings betrachten zu können", so Ho. Ho, der sich als parteilos versteht - "im Westen würde man mich einen Unabhängigen nennen" -, setzt darauf, dass die letzte europäische Kolonie in Asien zu einer neuen "Brücke der Beziehungen Chinas mit Europa" werden kann. Macaos problembelastete Wirtschaft aus ihrer Lage der "Halbrezession" der vergangenen vier bis fünf Jahre zu befreien und für mehr Sicherheit auf den Strassen zu sorgen, das sind Hos derzeitig grössten Herausforderungen. Zwar sei das öffentliche Bild der Bandenkriminalität im Glücksspielerparadies Macao für Schlagzeilen überzeichnet. Dennoch will Ho das seit 1962 als Monopol organisierte Glücksspiel liberalisieren. Macaos Haushalt bezieht 57 Prozent seiner Einkünfte aus den Kasinos.

Die Welt

1999/11/15

China fürchtet "schwarze Besucher" aus dem Internet

Die Politisierung der Computerfreaks: Peking sieht in Hackern eine grössere Gefahr als im Millennium-Problem. Von Johnny Erling. Peking -

Chinas Regierung befürchtet, dass seine Datennetze besonders während der Wochen vor und nach der Jahrtausendwende zum Angriffsziel von Hackern werden. Die Abwehr gegen solche Attacken sei noch wichtiger als die Vorsorge gegen das Jahr-2000-Problem, zitierte die Parteizeitung "Renmin Ribao" den Minister für Informationstechnologie, Wu Jichuan. Wu warnte auf Chinas dritter landesweiter Telekommunikationskonferenz, die vergangene Woche in Peking zum Thema "Millennium-Bug 2000" einberufen wurde, vor der neuen Gefahr der Hacker, die im Chinesischen "Hei Ke" (schwarze Besucher) genannt werden. Er stützte sich auf Prognosen, wonach weltweit "rund 30 000 Angriffe von Hackern" auf Computernetze für die Zeit "vor und nach dem Jahr 2000" erwartet würden. Beobachter sehen hinter den Warnungen des als konservativ geltenden Informationsministers auch eine politische Absicht der Pekinger Planungsbürokratie, die Gefahren durch Hacker zu übertreiben, um das explosive Wachstum des Internet in China stärker einschränken zu können. Chinas Datennetze befinden sich noch im Aufbau, sie sind "eine Spielwiese für ‚schwarze Besucher‘", zitierte jetzt die Zeitung für Rechtswesen "Fazhi Ribao" den Experten Zhao Zhansheng, Mitglied einer vom Staat eingesetzten Gruppe für Computersicherheit an der Akademie für Sozialwissenschaften. Wenn es nach einigen Computerfachleuten geht, dann soll Peking gar das Jahr 2000 zum "Jahr der Sicherheit der Datennetze" erklären, um so öffentliches Bewusstsein für das Problem zu schaffen. Mit immer mehr neuen Internet-Anschlüssen (bis zum ersten Halbjahr 1999 waren vier Millionen Nutzer und rund 9000 China-Web-Sites registriert) stieg auch die Netzkriminalität jährlich um 30 Prozent. Nach Angaben der "Fazhi Ribao" wurden in den vergangenen zwei Jahren bis Ende Oktober mehr als 100 Einbrüche von Hackern mit schwerwiegenden Folgen gezählt. Die Zahl sei wahrscheinlich viel höher, da Aktionen ohne grossen Schaden nicht gemeldet würden. Ein besonderer Coup gelang dem Computerspezialisten Zhao Zhi, der im Oktober in das Datennetz einer Shanghaier Wertpapiergesellschaft eindrang und über Aktientransaktionen Verluste von rund 600 000 Mark verursachte. Er wurde verhaftet und gerade zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Aus politischen Gründen war der Shanghaier Geschäftsmann Lin Hai bereits 1998 zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, nachdem er 30 000 E-Mail-Adressen an eine Dissidentengruppe in den USA verkauft hatte. Ursprünglich war Chinas Hackerszene eher unpolitisch. Aber nach der irrtümlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad im Mai dieses Jahres wurde sie

aktiv: Tausende chinesischer Computerfreaks engagierten sich darauf bei "patriotischen" Hackeraktionen gegen die USA und die Nato. Zum ersten Mal beschrieb die Wochenzeitschrift "Büchermarkt" ("Shushi"), wie sich nach der Nachricht der Bombardierung schon am 8. Mai spontan ein Hacker-Aktionskomitee formierte. Die Mitglieder blockierten mit gleichzeitigen Massenprotesten die Internet-Seiten von US- und Nato-Behörden. Dann gelang es ihnen, sich an Informationspakete anzudocken, Schlüsselwörter zu knacken und auf der "Festplatte des Feindes Chaos zu stiften". Dem Foto von US-Präsident Clinton wurde zum Beispiel ein Hitler-Bärtchen zugefügt. Amerikanische Web-Sites mussten vorübergehend geschlossen werden, nachdem das Sternenbanner auf der Homepage des Weissen Hauses von Chinas Hackern zur Piratenflagge umgezeichnet wurde. Daraufhin begann ein wahrer Internet- Kleinkrieg: Hacker aus den USA, die schon im Januar zur Wut der Pekinger Behörden Chinas Propagandaseiten mit Freiheitsparolen umfunktioniert hatten, legten nun ein Shanghaier Chat-Zentrum lahm oder griffen "Brennpunkt"-Seiten an. Chinas Hacker wehrten Angriffe ab, indem sie ständig neue "Spiegelseiten" kreierte. Im Juli attackierten chinesische und taiwanische Hacker die jeweiligen Web-Sites der anderen, nachdem der taiwanische Präsident Lee mit seiner Äusserung über Taiwan als eigenständiger Staat Peking provoziert hatte. So ertönte Taiwans Hymne auf einer Pekinger Web-Site. Die Pekinger Regierung, die jeden Dissens unnachgiebig verfolgt, und politisch missliebige Internet-Seiten sperren lässt, hat die patriotischen Hacker bisher toleriert, verfolgt deren zunehmende Spezialisierung aber mit misstrauischem Argwohn. Ein Archiv mit "gehackten" Homepages im Internet: <http://www.freespeech.org/resistance/>

Die Welt

1999/11/10

Mao warnte Stalin vor Hitlers Angriff

Nicht nur in Japan gab es einen Richard Sorge - Doppelagent erfuhr von Berliner Plänen und informierte die chinesischen Kommunisten. Von Johnny Erling. Peking - Zwei Sekretäre von Mao Tse-tung verbrannten rasch noch die letzten Papiere und Geheimdokumente, während die Bomber der nationalistischen Kuomintang-Armee ihre Angriffe gegen Maos Hauptquartier in den Bergen der Provinz Shenxi flogen. Am 12. und 13. März 1947 wurde der berühmte Guerillastützpunkt im voll ausgebrochenen Bürgerkrieg zwischen Tschiang Kai-schek und Mao Tse-tung bombardiert. Am 19. März nahmen die

Kuomintang-Truppen die Bergstadt Yanan ein. Ein vergilbtes Telegramm war da längst in Asche aufgegangen - heute würde es im Archiv der Kommunistischen Partei Chinas einen Ehrenplatz finden. Es war sechs Jahre vorher, am 30. Juni 1941, aus Moskau im Namen des grossen Stalin an die Kommunistische Partei Chinas adressiert worden. "Stalin bedankte sich bei Mao, ihn vor Hitlers Überfall auf die Sowjetunion gewarnt zu haben. Sein Telegramm traf acht Tage nach Kriegsausbruch ein", berichtet der einstige Russischdolmetscher Maos und heutige Vorsitzende der Wohlfahrts-gesellschaft, Yan Mingfu. Mitarbeiter Maos hätten sich an den Wortlaut des Telegramms so erinnert: "Dank eurer korrekten Informationen war es uns möglich, für die sowjetische Armee noch vor dem deutschen Angriff den Alarmzustand auszurufen", habe Stalin geschrieben. Gab es neben dem Agenten Richard Sorge, dessen Leben vor 55 Jahren am 7. November 1944 am Galgen endete, auch in China einen weiteren Warner vor Hitler? Einen, auf dessen Informationen - im Gegensatz zum weltberühmten Meisterspion in Japan - Stalin auch hörte? Wie Maos Kommunisten Stalin über Hitlers Pläne zu unterrichten versuchten, ist eine bis heute unbekannt gebliebene Geschichte im Dunstkreis von Geheimdiensten, Kommunisten im Untergrund, dem Bürgerkrieg in China und strategischen Ränkespielen der Weltkriegsmächte. Der 68-jährige Yan Mingfu hat Grund, jetzt diese Geschichte zu erzählen, denn der Hauptbeteiligte, der Stalin die Warnung zuspilte, war sein eigener Vater Yan Baohang: Der war aber kein professioneller Agent. Yan kam an die Informationen über Hitlers Angriffsabsichten durch seine Freunde in der Führung der Kuomintang-Regierungspartei (KMT) in Chongqing am Jangtse-Strom. Die Stadt war in den vierziger Jahren nach Japans Angriff auf China vorübergehend zur Hauptstadt des Landes geworden. Die KMT-Nationalisten hatten ihren Bürgerkrieg gegen Maos Kommunisten eingestellt und sich mit ihnen auf ein Zweckbündnis gegen die Japaner eingelassen. In Chongqing erfuhr Yan im Juni 1941 von Hitlers bevorstehendem Überfall. Er gab die Nachricht "In der Woche gleich nach dem 20. Juni wird Deutschland angreifen" an den russischen Militärattaché N. V. Roschin und Tschou En-lai, den späteren Premier Chinas, weiter. Von diesem ging sie an Mao Tse-tung in Yanan, der sie am 16. Juni 1941 nach Moskau weiterdrahten liess. Ein halbes Jahrhundert lang schwiegen sowohl Moskau wie Peking darüber. Erst 1995 verlieh Russland bei einer Feierstunde zum 100. Geburtstag Yan Baohangs in der Provinz Liaoning dem 1968 Verstorbenen posthum eine Verdienstmedaille zum 50. Jahrestag des Kampfs gegen den Faschismus.

"Die Russen vergaben ihre Medaillen nur an Lebende. Mein Vater war die einzige Ausnahme", erinnert sich Sohn Yan Mingfu. Wie war es möglich, dass im von Berlin mehr als 10 000 Kilometer entfernten Chongqing Hitlers Angriffspläne auf die Sowjetunion bekannt waren und dass Yan davon erfuhr? Die Antwort gibt der heute noch lebende, über 80-jährige Luo Qingchang, einer der grauen Eminenzen der militärischen Aufklärung Chinas. Luo leitete in Yanan die militärische Spionage, wurde nach 1949 Vizebürochef von Premier Tschou En-lai und nach der Kulturrevolution Minister für Staatssicherheit. 1995 bekannte er in einer Gedenkschrift: "Ich und Yan Baohang waren an der unsichtbaren Front tätig." Yan sei 1937 heimlich in die Partei aufgenommen worden und Tschou En-lai direkt untergeordnet gewesen. Der Untergrundkommunist Yan Baohang wurde zu einem der höchsten Einflussagenten bei den Kuomintang-Führern in Chongqing. Diese hatte von der Doppelrolle des am 6. April 1895 in Nordostchinas Provinz Liaoning geborenen und als Christ erzogenen Yan Baohang keine Ahnung. Sein Ansehen unter ihnen bezog er aus seiner Freundschaft mit dem jungen Marschall Zhang Xueliang, der damals einer der mächtigen Kriegsherren in Nordostchina war und über ein Heer und eine eigene Luftwaffe verfügte. Yan genoss zudem das Vertrauen des Kuomintang-Präsidenten Tschiang Kai-shek und seiner Frau Soong Meiling. In Chongqing hatte Yan mit allen hohen Nationalistenführern engen Umgang. So war es nicht verwunderlich, dass er schliesslich von der nur für allerhöchste Kuomintang-Führer bestimmten Geheimnachricht vom bevorstehenden Überfall Hitlers erfuhr. Sie war Anfang Juni von Berlin nach Chongqing gelangt und schlug dort wie eine Bombe ein. Geheimdienstchef Luo vermutet, dass Hitler, der Moskau angreifen wollte, die Unterstützung durch Japan suchte. Damals wurde Japans Armee, die in China eingefallen war, von einem Widerstandsbündnis der Kuomintang und Kommunisten bekämpft, auf das sich KMT-Präsident Tschiang Kai-shek nach 1936 aber nur widerwillig eingelassen hatte. Danach habe Deutschland versucht, die Kuomintang, die alte Kontakte zu Hitlers NSDAP unterhielt, ganz auf ihre Seite zu ziehen. Der Kuomintang-Militärattaché in Berlin sei frühzeitig informiert worden, dass Deutschland Russland nach dem 20. Juni angreifen werde. Er habe dies nach Chongqing weitergemeldet. Die Absicht der deutschen Führung sei es gewesen, die Kuomintang zu überzeugen, künftig nicht auf die USA und England, sondern auf das Kriegsglück der Achsenmächte Deutschland und Japan zu setzen und nicht weiter gegen Japan zu kämpfen. Tokio hätte dann

die Hände frei gehabt, um im Norden die Sowjetunion anzugreifen. Chinesische Quellen behaupten heute, dass jene Nachricht aus Berlin bei der Führung der Kuomintang tatsächlich vorübergehend zu solchen Überlegungen geführt hätten. Die Nationalisten hätten darauf spekuliert, dass Japan nach dem Angriff Deutschlands auf die UdSSR seine Truppen in China nach Norden verlegen würde. Um die Sowjetunion von einem Zangenangriff zu entlasten, würde Mao dann seine kommunistischen Armeen den Japanern nachsetzen lassen. Chinas nationalistische Truppen hätten dann nur noch abwarten brauchen, um sowohl die Japaner aus dem Kernland Chinas loszuwerden als sich auch die von den Kommunisten besetzten Guerillagebiete wieder zurückholen zu können. Einige Kuomintangführer waren über diese Aussichten so erregt, dass sie Yan Baohang in den Grund ihrer Freude eingeweihten. Der heute in Peking lebende 92-jährige Li Zhengwen war als Verbindungsoffizier zwischen Yan Baohang und der Partei eingesetzt. Li hat sich an seine Zeit in Chongqing schriftlich erinnert. "Ich arbeitete unter Yan zwischen April und Juni 1941." Nachdem er von Yan Nachricht über den Angriffsplan Hitlers erhalten hatte, gab er sie an den Militärattaché Roschin und an Tschou En-lai weiter. Einer der Informanten Yans sei damals Sun Ke (1891-1973), Leiter des KMT-Exekutivrats, gewesen. Der Verrat von Yan Baohang blieb unentdeckt. Der schwärmerische Sozialist behielt seine Doppelrolle zwischen Kuomintang und Kommunisten. Als es Abhörspezialisten in Chongqing gelang, die japanischen Militärcodes zu entschlüsseln, und sie Tokios Pläne zum Angriff auf Inseln vor Hawaii mithörten, erfuhr es Yan in der zweiten Novemberhälfte. Seine Nachricht ging über Chinas KP an Stalin zur Information der USA weiter. So zumindest berichteten es einstige Beteiligte 1995. Wenn das stimmt, wäre es ein weiterer Scoop Yans. Am 7. Dezember 1941 überfiel Japan Pearl Harbor. Besser belegt und heute noch in Moskauer Parteiarchiven auffindbar sind die von Yan im Herbst 1944 beschafften detaillierten Aufstellungspläne über die in der Mandschurei stationierten und gefürchteten japanischen Guandong-Truppenverbände. Nur eine Handvoll Leute wussten von Yans Doppelrolle, dessen Leistungen nach 1949 in Peking in Vergessenheit gerieten. Erst 1962, als sich die chinesisch-russischen Beziehungen radikal verschlechterten, bekannte sich Yan dazu. Der Anlass war eine Geheimrede des Premiers Tschou En-lai, der angesichts der Einstellung der Moskauer Hilfe an Peking daran erinnerte, wie China der Sowjetunion früher geholfen hatte. Tschou sprach dabei das Telegramm Stalins an, der sich am

achten Tag des Einmarschs Hitlers bei Mao über die Warnung bedankt hatte und sagte: "Ich weiss nur nicht mehr, welcher Genosse uns diese Informationen gab." Yan Baohang, der dabei war, schrieb darauf in einem Brief an Tschou über seine Rolle. Der Premier kommentierte das Schreiben: "Was darin steht, stimmt. Zu den Parteiakten nehmen." Yan Mingfu, der damals als Maos Dolmetscher davon erfuhr, fragte seinen Vater. "Erst dann hat er uns Kindern alles erzählt. Er hat sich nie damit gerühmt."

Die Welt

1999/11/06

Schröder sieht seine Erwartungen übertroffen

Zum Ende seines China-Besuchs setzt der Bundeskanzler auf "Demokratie durch Marktwirtschaft". Von Johnny Erling. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich zu einer deutschen China-Politik bekannt, die auf einen politischen Wandel durch wirtschaftliche Kooperation und Förderung marktwirtschaftlicher Entwicklung setzt. "Ich bin fest davon überzeugt, dass die Durchsetzung der Marktwirtschaft einen demokratischen Rahmen erzwingt", sagte Schröder am letzten Tag seines dreitägigen China-Besuchs nach der Eröffnung der ersten deutschen Auslandshandelskammer in Peking. Schröder tat es sichtlich wohl, fern der Heimat und innenpolitischer Kritik mit seinen Vorschlägen zum Menschenrechtsdialog und mit mehreren wirtschaftlichen Abschlüssen öffentlich Aufmerksamkeit zu erregen. Er ist stolz, "mehr erreicht zu haben, als ich am Anfang erwartet hatte". Er verstehe seine Politik gegenüber China auch als "Türöffner oder Verkäufer der eigenen Wirtschaft. Ich kann daran nichts Schlechtes finden, weil ökonomischer Austausch immer Vorreiter für politische Entwicklungen wurde." Schröder knüpft damit an die Kontinuität der früheren deutschen China-Politik unter Kohl an, die ebenso wie Schröder argumentierte, dass die "Entwicklungsdynamik der Marktwirtschaft zu einem Mehr an individuellen Freiheit führt". Schröders Vorschlag, den politischen Dialog mit China zu intensivieren, wurde in Peking auch von Staatspräsident Jiang Zemin positiv aufgenommen, mit dem Schröder zum Abschluss seiner Reise zu einem einstündigen Gespräch zusammenkam. Jiang nannte dabei als Probleme Chinas die Entwicklung und Armutsbekämpfung bei einer Bevölkerung von 1,25 Milliarden Menschen. "Darüber denke ich jeden Tag nach", so Schröder. Schröder will zwischen Deutschland und China einen erweiterten Dialog über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unter Einbeziehung von Abgeordneten und gesellschaftlichen

Gruppen initiieren. Die Federführung auf deutscher Seite soll die Vizepräsidentin des Bundestages Antje Vollmer (Grüne) übernehmen. Chinesische Tageszeitungen stellten am Freitag die Gespräche Schröders und Zhus auf ihren Titelseiten heraus und zitierten die Äusserungen des Premiers, dass eine schnelle Entwicklung der Wirtschaft Chinas "von einem verbesserten demokratischen und rechtlichen Aufbau abhängt".

Die Welt

1999/11/05

Peking bietet Dialog über Menschenrechte an

Im Vordergrund der Chinareise von Bundeskanzler Schröder stand jedoch wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von Johnny Erling. China ist zur Fortsetzung und Intensivierung seines Dialogs mit Deutschland und anderen Ländern über deren demokratische und rechtsstaatliche Erfahrungen bereit. "Wir sind gerne bereit, von den Erfahrungen anderer Länder in Bezug auf Demokratie" zu lernen, versicherte Chinas Premierminister Zhu Rongji nach dem Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. Zhu sprach in der Grossen Halle des Volkes erstmals seit der Kosovokrise und der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad wieder öffentlich zu Journalisten. Er sagte, dass beide Länder ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie haben. Es gebe zwischen ihnen aber bereits "Wege und Kanäle", um Fragen wie die der Menschenrechte zu besprechen. Überraschend schlug er dann vor: "Wir können diese Zusammenarbeit erweitern und den Dialog ausbauen." Schröder fasste nach dem Gespräch zusammen, dass er China "neue Wege" gehen sehe. Das chinesische Fernsehen stellte das Gespräch zwischen Schröder und Zhu gross heraus und berichtete, das über Menschenrechte und über den Dialog der Demokratie gesprochen wurde. Nach Informationen in Peking haben auch die EU-Troikaländer in Peking wieder ihren Menschenrechts- und politischen Dialog in Peking fortsetzen können. Vertreter Finnlands, Portugals und der EU kamen dazu schon am 18. und 19. Oktober zu zweitägigen Gesprächen mit dem Pekinger Aussenministerium zusammen. Sie wollen über Inhalt und Ergebnis bei einem um den 20. November in Peking stattfindenden EU- China-Gipfel mit EU-Präsident Romano Prodi informieren. Mit den USA hat Peking dagegen seinen nach der Botschaftsbombardierung ausgesetzten Menschenrechtsdialog noch nicht aufgenommen. Der Kanzler war von Chinas Premier mit militärischen Ehren in der Grossen Halle des Volkes empfangen und überaus herzlich zu seinem "diesmal richtigen

Staatsbesuch" begrüsst worden. Zhu sprach von einem auf allen Gebieten zwischen China und Deutschland bestehenden "sehr guten Entwicklungspotenzial". Im Vordergrund ihrer Gespräche, die auch um einen Umweltgipfel gingen, habe die wirtschaftliche Zusammenarbeit gestanden, sagte Schröder. In Anwesenheit von beiden Premiers unterzeichnete die BASF Aktiengesellschaft mit Chinas Sinopec ihr seit 1996 verhandeltes fünf Milliarden Mark Investitionen erforderndes Gesamtabkommen über einen petrochemischen Verbundstandort in Nanking. Bayer unterzeichnete ein Absichtsabkommen für ein rund 800 Millionen Mark teures integriertes Chemieprojekt in Shanghai.

Die Welt

1999/11/04

Schröder muss mit Peking offen reden

Leitartikel von Johnny Erling. Vor 25 Jahren betrat mit Helmut Schmidt zum ersten Mal ein deutscher Bundeskanzler und Sozialdemokrat den Pekinger Tiananmen- Platz. Damals, 1975, standen dort noch die fünf überlebensgrossen Porträts der ideologischen Paten Chinas - Marx, Engels, Lenin, Stalin und ihnen gegenüber, am Tor des Himmlischen Friedens, Mao. Der Volksmund nannte die Reihe der von Marx zu Mao immer bartloseren Gesichter eine "Ausstellung zur Zivilisationsgeschichte der Rasur". Schmidt, der in späteren Jahren wieder nach Peking kam, erlebte, wie mit der Öffnung des Landes schliesslich die beiden Deutschen und die beiden Russen vom Platz verschwanden. Allein Mao Tse-tung blieb bis heute hängen. Auf den Wandel im Reich der Mitte ist Verlass - selbst da, wo es noch keinen gibt: im politischen System und bei den Menschenrechten. Das Bild Maos erinnert jeden Besucher, auch Schröder, daran, wie langsam sich China trotz seiner wirtschaftlichen Reformen im politischen Bereich ändert. Die sozialistische Volksrepublik bezeichnet sich auch weiterhin als Diktatur und beweist jeden Tag der Welt, dass sie es bleiben will. Das macht die Reise des Bundeskanzlers, der angekündigt hat, er wolle "in konstruktiver Weise" mit Peking auch über die Menschenrechte und mehr Demokratie und Rechtsstaat sprechen, zu einem heiklen Unterfangen. Kurz bevor Schröder eintraf (aber in keinerlei Zusammenhang mit seinem Besuch), wurde der Dissident Jiang Qisheng vor Gericht gestellt, weil er zum Gedenken an das Massaker des 4. Juni 1989 aufgerufen hatte. Die Verhaftung eines papsttreuen Bischofs wurde bekannt. Die Polizei macht Jagd im ganzen Land auf eine Sekte, deren Gläubige kriminalisiert werden, obwohl sie sich bisher immer nur friedlich versammelten. In Chinas

Haftanstalten sitzen politische Häftlinge, deren einziges Verbrechen es war, in Opposition zur herrschenden Partei zu stehen. Kann Schröder unter solchen Bedingungen mit China sinnvoll über Menschenrechte sprechen? Er muss es, wenn er glaubwürdig sein will. Schliesslich verspricht er Peking, sich auch überall sonst einzumischen. Schröder will sich für die weltpolitische Einbindung Chinas stark machen und hat den einstigen Vorschlag Genschers wieder aufgegriffen, die Gruppe der G-8-Staaten für China zu öffnen. Im Schulterchluss mit Jacques Chirac drängt er auf einen raschen Abschluss der europäisch-chinesischen WTO-Verhandlungen. Es spricht zudem für Schröder, dass er der erste Nato-Politiker war, der sich persönlich und glaubwürdig bei seinem Kurzbesuch im Mai in Peking entschuldigte, als während des Kosovokrieges die Belgrader Botschaft Chinas irrtümlich bombardiert wurde. So besitzt Schröder als willkommenen Staatsgast jedes Recht, die Erwartung zu äussern, dass sich China an die Normen internationaler Menschenrechte hält. Peking hat dies schliesslich selbst akzeptiert, als es vor einem Jahr die beiden internationalen UN- Menschenrechtskonventionen unterzeichnete (ohne sie bislang zu ratifizieren). Nach dem Bombardement seiner Botschaft unterbrach Peking den Menschenrechtsdialog mit den USA und dem Westen, bei dem einst offen und kontrovers über Fragen der Todesstrafe oder Chinas Haftpraxis gesprochen werden konnte. Es hat sich aber gezeigt, dass sich ohne diesen Dialog, so begrenzt und oberflächlich er auch immer war, die Lage der Verfolgten verschlechtert hat. Nur mit wirklich totalitären Systemen lässt sich nicht über Menschenrechte reden, wie das Beispiel Nordkorea zeigt. Auch Helmut Schmidt hätte 1975 nicht im Traum daran denken können, bei Mao Chinas Menschenrechte anzusprechen. Schröder aber kommt in ein Reich der Mitte, das autoritär, nicht mehr totalitär regiert wird, das von der Welt respektiert werden möchte und das sich bereit zeigt, über Zusammenarbeit und Ausbildung im Justizwesen zu verhandeln, um die bisherige Willkür seiner Rechtsprechung zu begrenzen. Der deutsche Kanzler sollte es deshalb nicht nötig haben, beschwichtigend von einem "konstruktiven Dialog" oder einem "Dialog in gegenseitigem Respekt" über die Menschenrechte zu sprechen. Angemessener wäre es für europäische Politiker, in "konstruktiver" Weise Druck auf China auszuüben, um mit Peking in einen ernsthaften Dialog über Menschenrechte eintreten zu können. Ein ehrliches Gespräch ist immer konstruktiv.

Die Welt

1999/11/03

Einst las er Marx, jetzt die Börsennachrichten - Tu Shaoguang

Porträtiert von Johnny Erling. Zu Beginn ihres Chinabesuchs haben sich Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Wirtschaftsminister Werner Müller zwei Ziele ausgesucht. Der Kanzler besichtigt am Mittwoch morgen das VW-Werk in Shanghai und damit das seit zehn Jahren am besten funktionierende Prestigeprojekt der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit. Müller will zur selben Zeit bei der Börse einen Blick in die Zukunft werfen. Müller kommt in das Reich des 40-jährigen Börsenchefs Tu Shaoguang. Im siebten Stock eines futuristisch wirkenden Börsenhochhauses im Finanzzentrum von Pudong hat der in der zentralchinesischen Stadt Wuhan geborene Tu sein Büro. Von hier aus kann er auf das mit 1608 Sitzen grösste Börsenparkett Asiens herabblicken. Seit 1990 experimentiert das sozialistische China mit zwei Aktienmärkten, einem in Shenzhen und einem grösseren in Shanghai. 920 Aktien sind bislang an ihnen notiert, mit einer Kapitalisierung, die bisher nur 35 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Fast alle 43 Millionen Aktienbesitzer Chinas sind Privatleute. Zum Experiment gehört auch, dass sich die Aktien in A-Papiere für Chinesen und 108 B-Aktien nur für Ausländer unterteilen. Für Präsident Tu, der ständige Kontakte zur New Yorker Börse, zum London Stock Exchange und zur Nasdaq unterhält, sind das nur Wachstumsprobleme. "Wir sind neun Jahre alt und der jüngste Bruder der weltweiten Börsenfamilie." Alle Zeichen stünden auf Expansion bei Shanghais Börse, die mit 6000 Handelsstellen im Land über Satelliten online verbunden ist. "Shanghai hat das Potenzial für eine grosse Börse." Besucher, die an dieser Zukunft zweifeln, führt Tu in zwei Ausstellungsräume mit Glücksfiguren aus Bronze, Glas oder Porzellan - Geschenke von neuen börsenzugelassenen Unternehmen. An den Wänden erinnern alte Aktien und Wertpapiere daran, dass Shanghai auch früher eine Börsenstadt war. Eine Staatsanleihe der Deutsch-Asiatischen Bank von 1898 ist darunter, aber auch Wertpapiere aus Chinas Revolutionsjahren mit Bildern von Marx und Engels (1933) oder Genussscheine der fünfziger Jahren mit dem Kopf Mao Tse-tungs darauf. Die Revolutionsaktien erinnern Tu an das Jahr 1978, als er an der Peking-Universität das Fach Wirtschaft zu studieren begann und "Das Kapital" von Marx lesen musste. "Ich hörte damals zum ersten Mal von Börsen und nur das Schlechteste." Tu Shaoguang lacht schallend los: "Wie sich die Zeiten

ändern." Der elegant gekleidete Börsenmanager, der mit einer Bankerin verheiratet ist und eine Tochter hat, war erst 38 Jahre alt, als Peking ihn mitten in der ausbrechenden Asienkrise nach Shanghai schickte. Seine Ernennung zum Börsenchef Shanghais am 15. August 1997 kam wie ein Coup. Premier Zhu Rongji setzte eine Gruppe von effizienten Technokraten in einer Zeit hochschäumender Spekulationen als Manager über Chinas Finanzreformen ein. Tu war einer von ihnen. Zuletzt hatte er in Peking von 1995 an als Generalsekretär bei der Börsenaufsicht die Tagesgeschäfte der beiden 1990 gegründeten Börsen kontrolliert. Nun kam er selbst an die Front. Wie wird einer mit 38 Jahren Börsenchef in China? Tu sagt, "durch Fischen". In der Kulturrevolution musste der Mittelschüler bei der Fischzucht in einer Volkskommune in Hubei arbeiten. "Ich lernte fischen und machte die Erfahrung, dass ich ein lange Angelschnur auswerfen muss, um fette Fische zu fangen. Das rate ich auch Investoren an der Börse. Geduld, lange Angelschnüre und Ausschau nach kapitalen Fischen halten." Tu bestand die nationalen Aufnahmeprüfungen für die Universität. Nach seinem Wirtschaftsdiplom wurde er bei der Pekinger Stadtregierung zuständig für Reformunternehmen, die mit Belegschaftsaktien umstrukturiert werden sollten. 1989 war er Vizeleiter in der Zentralbank für den Bereich Finanzmanagement. 1993 übernahm er die Aufsicht über den elektronischen Börsenhandel. Für den Börsenmanager, der noch alle ausländischen Besucher von Bill Clinton bis Helmut Kohl beeindrucken konnte, beginnt der Tag um sechs. Dann hört er sich als erstes die Nachrichten von der Wall Street an. Um acht Uhr ist er in seinem Büro. Für Tu hat die Zukunft einen Zeitplan: Chinas Reformen gehen weiter und sie brauchen die Börse. In drei bis fünf Jahren wird Shanghai in die Spitzengruppe der Aktienmärkte für das asiatisch-pazifische Gebiet vorstossen. "Und dann dauert es noch einmal fünf bis acht Jahre, bis wir eine weltweit bedeutende Börse werden."

Berliner Morgenpost

1999/11/02

Die Presse liebt «Geschichten von Schröder», dem Marxisten

Von Johnny Erling. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) konnte sich zum Beginn seines Staatsbesuches in China und bei seiner gestrigen Ankunft in Schanghai über mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit nicht beklagen. Nicht nur die «Volkszeitung» begrüßte ihn ausgiebig. In einem Gespräch mit der Zeitung «Guangming Ribao» versicherte Schröder, er habe

bereits gemeinsam mit Jacques Chirac die EU aufgefordert, für Chinas Mitgliedschaft in der Welthandels-Organisation WTO einzutreten. Er wolle, dass die europäisch-chinesischen WTO-Gespräche nicht von den Verhandlungen mit den USA abhängig gemacht werden. «Aktionen müssen nun folgen», verlangte Schröder. Er werde dies zum Schwerpunkt seiner Gespräche am Donnerstag und Freitag mit Chinas Führern in Peking machen. Weniger ernst, dafür aber viel persönlicher, widmeten sich Chinas populäre Zeitungen der Person des Bundeskanzlers. Die Pekinger «Morgenzeitung» (Chenbao) stellte etwa in einer Serie mit dem Titel «Geschichten von Schröder» den SPD-Vorsitzenden ihrer Bevölkerung als pragmatischen Glaubensverwandten in ideologischen wie materiellen Dingen vor. «Ich bin ein Marxist» überschrieb sie gestern in Schröders eigenen Worten aus vergangenen Zeiten ihre Kolumne, die während des dreitägigen Staatsbesuchs täglich fortgeschrieben wird. Während die Parteizeitung «Renmin Ribao» (Auflage 2,3) die offizielle Biographie mit staatstragendem Foto auf der ersten Seite veröffentlichte, fabulierte die erst ein Jahr bestehende «Morgenzeitung» (Auflage 260 000) über Schröders «bewegtes Leben». Chinesische Leser erfuhren zu ihrer Freude - weil es auch ihnen mit ideologischen Theorien nicht anders geht - dass es mit der Standfestigkeit des deutschen Kanzlers in marxistischer Terminologie nicht weit her ist, obwohl er sich doch als Marxist bezeichnete. Schröder habe in jungen Jahren in einem Antiquariat ein aus dem Japanischen ins Deutsche übersetztes Lexikon des Marxismus entdeckt und die Definitionen auswendig gelernt. Die «Morgenzeitung» zitiert ihn: «Auch wenn ich die Begriffe oft selbst nicht verstand, konnte ich sie doch von da an in korrekter Weise wiedergeben». Am Montag hatte die Zeitung beschrieben, wie entbehrungsreich Schröders Jugend war. Pietätvoll wie ein echter Chinese habe er sich gegenüber seiner hart arbeitenden Mutter verhalten und ihr als Junge versprochen: «Es wird der Tag kommen, wo ich dich mit dem Mercedes abhole». Solche Geschichten mit Happy End liebt man in China. Auch wie Schröder schon als Juso mit seiner Partei umging, findet den Beifall der Autoren. Nach seiner Wahl zum Jusovorsitzenden 1978 habe er den jungsozialistischen Wählern gratuliert: «Da ihr mich ja nun gewählt habt, seid ihr an dem Ergebnis auch selbst schuld.» Der deutsche Kanzler erlebt derzeit, wie vor ihm schon der amerikanische Präsident Bill Clinton, dass Chinas Presse beileibe nicht mehr uniform und gleichgeschaltet berichtet. Diese Zeiten sind längst vorbei, auch wenn einige Alt-Ideologen immer wieder einmal versuchen, die Berichterstattung erneut enger an

die Leine zu nehmen. Populäre Magazine haben sich über frühere Vorgaben hinweggesetzt, bei Staatsbesuchen nur eine knappe offizielle Biographie zu veröffentlichen. Der Medienpolitiker Schröder wird auch in China ein fotogenes Opfer. Zeitschriften wie «Weltwissen» oder «Auslandsglobus» lichten ihn auf ihren Titelseiten ab, mal mit dicker Zigarre oder in einer zerrissenen Fotomontage gemeinsam mit Lafontaine. Die Frauen und Hobbys Schröders sind bekannt (seine Frau Doris brachte es auch aufs Titelbild). Damit unterscheidet er sich von seinem in China hochrespektierten Vorgänger Helmut Kohl, den es kaum schmerzen wird, dass er es noch nie auf ein Titelbild schaffte. China interessiert sich durchaus für Schröders innenpolitische Probleme. Die Gesprächspartner des Kanzlers mögen zwar höflich lächeln. Aber sie wissen genau, wo ihn der Schuh drückt. Die wichtige politische Wochenzeitschrift «Liaowang» (Ausblick) zeichnete jetzt ein wenig schmeichelhaftes Bild der innenpolitischen Verhältnisse nach einem Jahr rot-grüner Koalition. Ihr Berliner Korrespondent analysiert die Serie jüngster Wahlschlappen und nennt es nicht übertrieben, von einem «schwarzen September für die SPD» zu sprechen. Als Gründe sieht er die vielen nicht eingehaltenen Versprechungen. Schröders Regierung habe den Wählern den Eindruck vermittelt, dass sie ihre Wahlparolen wie «Rammböcke zum Öffnen der Tür benutzt und danach weggeworfen habe». Die Zeitschrift beschreibt das rot-grüne Bündnis als eine «lockere Verbindung» bei der beide Seiten «nur gemeinsam genießen aber nicht gemeinsam leiden können». In Nordrhein-Westfalen stünde im Mai eine Schicksalswahl an. Wenn sie schiefgehen sollte, sei alles möglich. Vom Auswechseln Schröders bis hin zu Neuwahlen zum Bundestag.

Die Welt

1999/11/01

Peking verschärft Kampf gegen verbotene Falun-Sekte

Von Johnny Erling. Nach der Verabschiedung eines Anti-Sekten-Beschlusses durch Chinas Volkskongress hat Peking seine politische Kampagne gegen Falun-Anhänger verschärft und ausgeweitet. Die neue strafrechtlich bindende Beurteilung der pseudoreligiösen Meditationsbewegung als gefährlichen Kult kriminalisiert die 2,1 Millionen Anhänger, die Falun nach Angaben der chinesischen Behörden vor ihrem Verbot im Juli in China hatten. Der Volkskongress und das Oberste Volksgericht riefen Polizei und alle Justizstellen des Landes auf, die Sekte "mit der Waffe der Strafgesetze" zu verfolgen. Der "Kampf gegen Falun muss bis zum vollständigen Sieg

geführt werden" schrieb die Parteizeitung "Renmin Ribao" in einem Leitartikel am Sonntag. Chinas Staatsfernsehen nannte Falun die gefährlichste Sekte seit Gründung der Volksrepublik. Der Volkskongress hatte am Samstag mit 114 Ja-Stimmen bei nur zwei Enthaltungen einen Beschluss verabschiedet, der die Zugehörigkeit zu religiösen Kulturen als strafbar festlegt. Alle Verantwortlichen der Falun können für Mordfälle oder Selbsttötungen unter ihren Anhängern sowie für Betrug und Bedrohung der Staatssicherheit oder Geheimnisverrat angeklagt werden. Beobachter in Peking rechnen wie bei der Schnelljustiz gegen Parteidissidenten mit Abschreckungsurteilen im Eilverfahren gegen mehr als Hundert Verantwortliche des Kultes. Die Hauptorganisatoren der Falun, dessen mit Haftbefehl gesuchter Gründer Li Hongzhi für Chinas Sicherheitsbehörden unerreichbar in New York lebt, müssen mit langjährigen Haftstrafen oder sogar mit Todesurteilen rechnen. Am Sonntag wurde die am 19. Oktober erfolgte Verhaftung von vier leitenden Mitgliedern der einst geheimen Pekinger Forschungsgesellschaft der Falun bekannt gegeben. Li Chang, Wang Zhiwen, Ji Liewu und Yaojie waren selbst chinesische Funktionäre und Parteimitglieder. Aus der nordostchinesischen Stadt Changchun wurde ebenfalls die Verhaftung von drei regionalen Falun-Leitern bekannt. Die meisten Führer der 39 regionalen Zentren, die einst 28 263 Meditationsgruppen in China steuerten, sollen in Haft sein. "Unbekehrbare" können dagegen ohne jedes Gerichtsurteil mit der berüchtigten Administrativhaft bis zu zwei Jahre weggesperrt werden. Das Hongkonger Informationszentrum für Demokratie und Menschenrechte erfuhr von mehr als 100 Falun-Anhängern, die allein in der Provinz Jilin für bis zu ein Jahr in Arbeitserziehungslager eingesperrt wurden. Peking wies zugleich alle Vorwürfe aus dem Ausland an seiner Verfolgung der Falun-Anhänger zurück. Sekten seien ein internationales Problem, und keine "verantwortliche Regierung darf sie tolerieren". Chinas Botschafter in Washington, Li Zhaoxing, warf den USA Einmischung und "doppelte Standards" vor, wenn sie China kritisieren. Dies würde das beiderseitige Verhältnis belasten. Auch am Sonntag ging auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking das inzwischen einwöchige Katz-und-Maus-Spiel zwischen der Polizei und Sektenanhängern weiter, die sich öffentlich zu Falun bekannten und von Zivilbeamten abgeführt wurden. Wie in Peking bekannt wurde, sind bis Freitag mehr als 3000 Mal Falun-Gläubige verhaftet und zumeist nach 24 Stunden wieder freigelassen worden. Die Polizei hat inzwischen die meisten der rund 30 Sprecher und Gläubigen der Sekte verhaftet,

die am vergangenen Donnerstag bei einer heimlichen Pressekonferenz in einem Pekinger Vorort gegen ihre Verfolgung protestiert und der Polizei den Vorwurf gemacht hatten, am Tod von mehr als zehn inhaftierten Falun-Anhängern Schuld zu tragen. Für den Empfang von Bundeskanzler Gerhard Schröder am Donnerstag wird der Tiananmen- Platz weitläufig abgesperrt - auch weil die Behörden vermeiden wollen, dass sich ein Falun-Protest vor den Augen des Kanzlers ereignet.

Die Welt

1999/11/01

Peking verschärft Kampf gegen verbotene Falun-Sekte

Von Johnny Erling. Nach der Verabschiedung eines Anti-Sekten-Beschlusses durch Chinas Volkskongress hat Peking seine politische Kampagne gegen Falun-Anhänger verschärft und ausgeweitet. Die neue strafrechtlich bindende Beurteilung der pseudoreligiösen Meditationsbewegung als gefährlichen Kult kriminalisiert die 2,1 Millionen Anhänger, die Falun nach Angaben der chinesischen Behörden vor ihrem Verbot im Juli in China hatten. Der Volkskongress und das Oberste Volksgericht riefen Polizei und alle Justizstellen des Landes auf, die Sekte "mit der Waffe der Strafgesetze" zu verfolgen. Der "Kampf gegen Falun muss bis zum vollständigen Sieg geführt werden" schrieb die Parteizeitung "Renmin Ribao" in einem Leitartikel am Sonntag. Chinas Staatsfernsehen nannte Falun die gefährlichste Sekte seit Gründung der Volksrepublik. Der Volkskongress hatte am Samstag mit 114 Ja-Stimmen bei nur zwei Enthaltungen einen Beschluss verabschiedet, der die Zugehörigkeit zu religiösen Kulturen als strafbar festlegt. Alle Verantwortlichen der Falun können für Mordfälle oder Selbsttötungen unter ihren Anhängern sowie für Betrug und Bedrohung der Staatssicherheit oder Geheimnisverrat angeklagt werden. Beobachter in Peking rechnen wie bei der Schnelljustiz gegen Parteidissidenten mit Abschreckungsurteilen im Eilverfahren gegen mehr als Hundert Verantwortliche des Kultes. Die Hauptorganisatoren der Falun, dessen mit Haftbefehl gesuchter Gründer Li Hongzhi für Chinas Sicherheitsbehörden unerreichbar in New York lebt, müssen mit langjährigen Haftstrafen oder sogar mit Todesurteilen rechnen. Am Sonntag wurde die am 19. Oktober erfolgte Verhaftung von vier leitenden Mitgliedern der einst geheimen Pekinger Forschungsgesellschaft der Falun bekannt gegeben. Li Chang, Wang Zhiwen, Ji Liewu und Yaojie waren selbst chinesische Funktionäre und Parteimitglieder. Aus der nordostchinesischen Stadt Changchun wurde ebenfalls die Verhaftung von drei regionalen Falun-Leitern bekannt. Die meisten Führer der 39

regionalen Zentren, die einst 28 263 Meditationsgruppen in China steuerten, sollen in Haft sein. "Unbekehrbare" können dagegen ohne jedes Gerichtsurteil mit der berüchtigten Administrativhaft bis zu zwei Jahre weggesperrt werden. Das Hongkonger Informationszentrum für Demokratie und Menschenrechte erfuhr von mehr als 100 Falun-Anhängern, die allein in der Provinz Jilin für bis zu ein Jahr in Arbeitererziehungslager eingesperrt wurden. Peking wies zugleich alle Vorwürfe aus dem Ausland an seiner Verfolgung der Falun-Anhänger zurück. Sekten seien ein internationales Problem, und keine "verantwortliche Regierung darf sie tolerieren". Chinas Botschafter in Washington, Li Zhaoxing, warf den USA Einmischung und "doppelte Standards" vor, wenn sie China kritisieren. Dies würde das beiderseitige Verhältnis belasten. Auch am Sonntag ging auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking das inzwischen einwöchige Katz-und-Maus-Spiel zwischen der Polizei und Sektenanhängern weiter, die sich öffentlich zu Falun bekannten und von Zivilbeamten abgeführt wurden. Wie in Peking bekannt wurde, sind bis Freitag mehr als 3000 Mal Falun-Gläubige verhaftet und zumeist nach 24 Stunden wieder freigelassen worden. Die Polizei hat inzwischen die meisten der rund 30 Sprecher und Gläubigen der Sekte verhaftet, die am vergangenen Donnerstag bei einer heimlichen Pressekonferenz in einem Pekinger Vorort gegen ihre Verfolgung protestiert und der Polizei den Vorwurf gemacht hatten, am Tod von mehr als zehn inhaftierten Falun-Anhängern Schuld zu tragen. Für den Empfang von Bundeskanzler Gerhard Schröder am Donnerstag wird der Tiananmen- Platz weitläufig abgesperrt - auch weil die Behörden vermeiden wollen, dass sich ein Falun-Protest vor den Augen des Kanzlers ereignet.

Die Welt

1999/10/30

Für Schröders Mannschaft ist China unbekanntes Territorium

Von Johnny Erling. So präsent war deutsche Politik noch nie im Reich der Mitte. Neun Tage nahm sich ein Bundeskanzler im Spätsommer für China Zeit und traf alle führenden Politiker. Seine Kabinettsminister folgten ihm im Oktober und gaben sich vom Dialog mit der kommenden Weltmacht und ihren bald 1,3 Milliarden Menschen überzeugt. Ein Verteidigungsminister kam mit dem Rechtsausschuss des Bundestages zur Debatte nach China. Der Minister für Entwicklungshilfe und prominente Abgeordnete setzten sich mit Pekings aussenpolitischen Strategen zusammen, um über Chinas weltpolitische Verantwortung zu diskutieren. Ein

Bundesarbeitsminister erteilte Rat, warum das Entwicklungsland seine Marktwirtschaft sozial abpolstern müsse. Allerdings waren die Akteure allesamt Staatsmänner ausser Dienst. Helmut Kohl, Rupert Scholz, Carl Spranger, Peter Hintze, Friedbert Pflüger oder Norbert Blüm gaben sich in den vergangenen Wochen in Chinas Hauptstadt die Klinken in die Hände. "Kontinuität ist das wichtigste Gut in unseren Beziehungen", sagt ein Peking Diplomat. Das Lob gilt bisher nur der Opposition. Nach einem Jahr rot-grüner Koalition ist für Gerhard Schröders Mannschaft China immer noch so fern wie zu ihrem Amtsantritt geblieben. Wenn Bundeskanzler Schröder seinen wegen der Kosovo-Krise im Mai auf nur einen Tag verkürzten Staatsbesuch nun vom 2. bis 5. November in Shanghai und Peking nachholt, wird er fast der einzige in seinem Kabinett sein, der sich seiner Chinaerfahrungen rühmen kann. Denn die bisherige Bilanz hochrangiger politischer Kontakte ist verheerend. Bildungsministerin Edelgard Bulmahn kam in Oktober nach China, und dieser Besuch zeichnete sich auch noch durch Peinlichkeiten aus: So liess die Ministerin in Shanghai Akademiker und renommierte Gäste in der deutsch-chinesischen Prestigeuniversität Tongji 45 Minuten lang ohne Erklärung auf sich warten. In China, wo der persönliche Kontakt zwischen Politikern das wichtigste politische Kapital ist, fällt die asien- und chinapolitische Passivität der rot-grünen Koalition besonders im europäischen Vergleich auf. Chinas Staatspräsident Jiang Zemin erklärte das Jahr 1999 umgekehrt für China zum "Europajahr" und machte sich im Frühjahr selbst auf die Reise nach Bern, Wien und Rom, in der vergangenen Woche kam er nach Paris, London und Lissabon. Berlin blieb bislang aussen vor. Daran trägt Schröder am wenigsten Schuld. Peking rechnet es dem Kanzler hoch an, dass er an seinem Staatsbesuch im Mai festhielt, obgleich dieser wegen der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad zur eintägigen Arbeitsvisite heruntergestuft wurde. Er war der erste Führer eines Nato-Staates, der sich in dieser äusserst kniffligen Lage mit Anstand für den tragischen Fehler entschuldigte und die Pekinger Führung für sich einnahm. "Das vergessen wir nicht", sagen chinesische Diplomaten. Auf den positiven Beginn aber folgte wenig. Vor allem vermissen Chinas Politiker bei ihren deutschen Regierungskollegen ernsthaftes Engagement für Kontinuität in den einst so intensiv gepflegten beiderseitigen Beziehungen. Bis auf Aussenminister Joschka Fischer, den sein chinesischer Amtskollege Tang in Deutschland aufsuchte, sind alle anderen Kabinettsminister ein Jahr nach dem Amtsantritt von Rot- Grün für China unbekannte Akteure geblieben. Umweltminister Jürgen Trittin

(Grüne) hatte schon zu seinen niedersächsischen Zeiten als Minister sein politisch motiviertes Desinteresse an China zu erkennen gegeben. Auch jetzt kümmert es ihn wenig, dass Schröder mit Chinas Premier Zhu Rongji einen Gipfel zu Umweltthemen aus Politik und Wirtschaft im Jahr 2000 verabreden will. Für die USA und Japan hat gerade die Zusammenarbeit im Umweltschutz mit China inzwischen höchste Priorität gewonnen. Deutschland hat von 1980 bis 1999 direkt und indirekt über sechs Milliarden Mark in die Entwicklungs- und Umweltzusammenarbeit investiert. Leichtfertig und nicht nur Peking irritierend, geht die rot-grüne Politik auch mit den Interessen der Wirtschaft um. Von Wirtschaftsminister Werner Müller (SPD), der in Peking am 4. November die neue deutsche Auslandshandelskammer eröffnen soll, wurde bekannt, dass er angeblich viel lieber zu einer Konferenz nach Brasilien gefahren wäre. Ursprünglich sollte nur ein Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium die mehr als zwei Dutzend hochrangigen deutschen Wirtschaftsführer begleiten, die mit Schröder nach China fahren. Ungewöhnlich ist ferner, dass Schröder und Müller diesmal nicht politische Paten für neue Verträge sein wollen, obwohl genügend Projekte (Shanghai-Messe, Bayer, Siemens und BASF) inzwischen bis zur Unterschriftsreife verhandelt sind. Aber nach den Milliarden deals durch Jiang Zemin in England und Frankreich scheinen deutsche Politiker den Vergleich zu scheuen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China ist auf vielen Feldern so gut entwickelt, dass sie eine klare Sprache der Politik etwa bei der Menschenrechtsdebatte aushält. Viel grössere Gefahren drohen ihr, falls das gegenwärtige deutsche Desinteresse auch zur politischen Vernachlässigung der gesamten asiatischen Region führen wird, warnen Deutschlandkenner der chinesischen Regierung.

Standard

1999/10/29

Papst in chinesischer Randspalte

Erstmals ist in China ein Foto von Papst Johannes Paul veröffentlicht worden. Die populäre Beijinger Morgenzeitung (Chenbao) berichtete in einer Randspalte über eine Ausfahrt des Papstes am 27. Oktober und zeigte ihn auf seiner Fahrt zur Segnung eines Kunstwerkes in Rom. Das Foto durchbricht das bisherige Berichtsverbot und passt zu jüngsten Spekulationen über eine sich anbahnende Annäherung zwischen China und dem Vatikan. Beijing verlangt vor einer Normalisierung der seit 1957 unterbrochenen Beziehungen und vor seiner Einwilligung für einen Papstbesuch in Hongkong oder China, dass der Vatikan

seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufkündigt und sich nicht in chinesische Bischofswahlen einmischte. Johnny Erling/Beijing. '¿É' mache, behauptet er, könne ewige Gesundheit erlangen und sich darüber hinaus vor dem Ende der Welt in einen „höheren Weltenraum“ retten. Vorwurf des Staatsstreichs Während seine Jünger – meist ältere Frauen und Männer, die sich morgens zur Atemgymnastik in Parks trafen – darauf beharren, sie pflegten hauptsächlich ihre Gesundheit mit den Qigong-Übungen, und ansonsten lehre ihr Meister sie, bessere Menschen zu werden, wirft ihnen die Partei in einem reichlich gewagtem Schluss vor, die Regierung stürzen zu wollen. Noch immer werden Anhänger vom Fernsehen in tränenvollen öffentlichen Lossagungen vorgeführt. Studenten haben verdammende Essays zu schreiben. Parteizellen und Betriebe nahmen hektische Säuberungen in den eigenen Reihen vor. Tausende wurden festgenommen, meist nach einem Tag wieder freigelassen. Und was machen sie diese Woche? Marschieren zu Hunderten auf den Platz des Himmlischen Friedens, stehen oder sitzen dort in stillem Protest und lassen sich widerstandslos von der Polizei abführen. So war das am Montag. Und am Dienstag. Und an allen anderen Tagen der Woche. Geben gar eine heimliche Pressekonferenz in Peking, zu der auch zwei Polizisten und KP-Mitglieder erscheinen, die zu Protokoll geben, eher lösten sie sich von der Partei als von Falun Gong. Das muss der Partei wie eine Verhöhnung und tatsächlich gefährlich erscheinen. „Die Autorität der Parteiführung“, wird ein hoher Kader klagend zitiert, „ist nicht mehr das, was sie einmal war“. Nun schlägt sie offenbar eine härtere GangßÖ' ein. Das Parteiblatt Volkszeitung verkündete am Donnerstag offiziell, Falun Gong sei ein „böser Kult“. Gleichzeitig berieten Delegierte des Nationalen Volkskongresses ein Gesetz, das solchen Kulten den Garaus machen soll. Denn Falun Gong macht zwar die Schlagzeilen, ist aber nicht allein: Landesweit haben die Behörden mehr als 100 Gruppierungen als „Kult“ identifiziert. Die Sitzung des Parlaments schließt am Sonntag, nächste Woche steht in der Stadt Shijiazhuang der erste Falun-Gong-Prozess an. Der Angeklagte Xu Xinmu soll „Staatsgeheimnisse verraten“ haben. Auch die Polizei greift härter zu. Laut dem Hongkonger „Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratiebewegung“ wurde eine Falun-Gong-Anhängerin von Polizisten in Shandong zu Tode geprügelt, ein 18jähriges Mädchen starb der Polizei von Heilongjiang zufolge „auf der Flucht“ aus Polizeigewahrsam. Teilnehmer der geheimen Pressekonferenz am Donnerstag berichteten von Misshandlung. Die Geschäftsfrau Yuan Yuchun aus

Dalian erzählte ausländischen Reportern, ihre Brandwunden im Gesicht seien ihr und anderen mit elektrischen Viehstöcken während der Haft in Peking zugefügt worden. Auf dem Tiananmen-Platz legte die Polizei am Freitag die Zurückhaltung ab, die sie die letzten Tage bei Festnahmen gezeigt hatte. Polizisten traten, zerrten und schlugen die Abgeführten – auch hier meist ältere Frauen und Männer – vor den Augen erschrockener Touristen. 3000 sollen in Peking diese Woche verhaftet worden sein, angereist aus allen Teilen des Landes. Die Partei habe einzig das Interesse des Volkes im Auge, schreibt die Volkszeitung. Eine Regierung nämlich, „die gegenüber einem bösen Kult Milde walten lässt, die trampelt auf den Menschenrechten der Bürger herum.“ Kai Strittmatter

Die Welt

1999/10/23

Chinas neue Reiche stellen ihren Luxus jetzt zur Schau

Von Johnny Erling. Womit amüsieren sich Chinas Reiche in Peking? Manche mit Golfen. Doch die Elite weiss seit kurzem etwas Besseres, und sie versteckt es nicht mehr. Jeden ersten Sonntag im Monat - wenn Peking noch schläft - sind am frühen Morgen ein Dutzend Männer vor ihren Villen am Stadtrand auf den Beinen. Auf Knopfdruck öffnen sich klimatisierte Garagen, werden Planen abgenommen und Motoren gestartet. Eingeschworene Ferrari-Fans treffen sich kurz darauf an der Ausfahrt zur 120 Kilometer langen Autobahn nach Tientsin und treten aufs Gas. "Der Rekord steht bei Tempo 280 oder 35 Minuten für eine Hinfahrt", berichtet einer. So schnell ist der 36-jährige Li Guangming mit seinem Ferrari 456 noch nie gefahren. Es ist der Dritte, den er sich in den vergangenen fünf Jahren gekauft hat. "Nur drei Sekunden lang traute ich mich auf Tempo 245", erzählt der Chef der Antai- Handelsgruppe, des viertgrössten Privatunternehmens in China. Li hat schon als Kind Bilder von Rennwagen gesammelt und die Marke Fa Lali bewundert. Neben seinen zwölf anderen Wagen, zu denen Karossen der Marken BMW und Mercedes gehören, hat er sich mit dem Kauf der Ferrari einen Jugendtraum erfüllt. "Andere halten Zuchtpferde. Ich halte mir meinen Wagen", sagt er. "Ich wasche ihn auch selbst." Und alle seine reichen Freunde tun es ihm nach. Li und sein silbergraues Luxusauto fahren mit, als eine Karawane von Ferrari und Maserati mit einem roten 360 Modena an der Spitze mit 160 Kilometern pro Stunde an staunenden Radfahrern vorbei über abgesperrte Strassen zur 60 Kilometer entfernten Grossen Mauer jagten. Polizei- Mercedes bahnten den Weg. Peking war am Donnerstag letzte Station in der weltweiten Vermarktungsoffensive, die der italienische

Fiat-Konzern für sein neuestes Ferrari-Modell veranstaltete. An der Mauer übernahm eine Pekinger Schönheit von Manager Alberto Faggiano den ersten in China verkauften 360 Modena. Der wahre Erwerber, ein Banker, wollte lieber ungenannt bleiben. Chinas Superreiche fürchten keine politischen Probleme mehr, wenn sie ihren Reichtum zeigen. Viele bleiben aber im Hintergrund. Vor der "Hongyanbing", der Krankheit der roten Augen, wie Chinesen den Sozialneid nennen, seien alle auf der Hut, weiss der Automanager Alex Yip. Zu schnell hat der Laisser-faire-Kapitalismus eine kleine Schicht extrem reich werden lassen, die Chinas Mischsystem zwischen Plan- und Marktwirtschaft für sich nutzte. Die Kluft zwischen arm und reich wächst rascher als in jedem anderen Land der Welt. Die Hälfte aller privaten Sparguthaben von insgesamt fast 6000 Milliarden Yuan, umgerechnet rund 700 Milliarden Dollar, gehören nach jüngsten Veröffentlichungen nur einem Prozent der Bevölkerung. Als die italienische Nobelmarke 1993 in Peking ihren ersten Verkaufsalon eröffnete, gab es nach Angaben des Industrie- und Handelsamtes nur 500 Personen in China mit mehr als einer Million Yuan (220 000 Mark) Vermögen. Ferrari verkaufte in zwei Jahren nur einen Wagen. "Der psychologische Widerstand war bei den Käufern noch zu gross", sagt Yip. Nach kaum sechs Jahren wird die Zahl der Yuan-Millionäre heute auf mehr als drei Millionen geschätzt. Ferrari hat inzwischen mehr als 50 Wagen verkauft. Die Hälfte davon fährt in Peking. Noch ist China weit entfernt von den Verkaufserfolgen in Japan, wo in diesem Jahr 270 Wagen geordert wurden, oder Hongkong mit 70 Wagen bis Mitte Oktober. Aber die Wartelisten für den neuen 360 Modena, der in China mit Gebühren und Zoll rund 3,2 Millionen Yuan kostet und somit zweieinhalb Mal so teuer wie in Europa ist, werden auch in Peking länger. Auf der Chinesischen Mauer tauschen Ferrari-Besitzer ihre Erlebnisse aus. Jeder von ihnen ist schon einmal von der Polizei gestoppt worden, wenn er die auf den Autobahnen erlaubten 110 Kilometer weit hinter sich liess. Strafzettel gab es nie. Staunende Polizisten stellten nur neugierige Fragen nach der prestigeträchtigen Nobelkarosse und erteilten dann salutierend "freie Weiterfahrt".

Die Welt

1999/10/23

Chinas neue Reiche stellen ihren Luxus jetzt zur Schau

Von Johnny Erling. Womit amüsieren sich Chinas Reiche in Peking? Manche mit Golfen. Doch die Elite weiss seit kurzem etwas Besseres, und sie versteckt es nicht mehr. Jeden ersten Sonntag im Monat - wenn Peking noch schläft - sind am frühen Morgen ein

Dutzend Männer vor ihren Villen am Stadtrand auf den Beinen. Auf Knopfdruck öffnen sich klimatisierte Garagen, werden Planen abgenommen und Motoren gestartet. Eingeschworene Ferrari-Fans treffen sich kurz darauf an der Ausfahrt zur 120 Kilometer langen Autobahn nach Tientsin und treten aufs Gas. "Der Rekord steht bei Tempo 280 oder 35 Minuten für eine Hinfahrt", berichtet einer. So schnell ist der 36-jährige Li Guangming mit seinem Ferrari 456 noch nie gefahren. Es ist der Dritte, den er sich in den vergangenen fünf Jahren gekauft hat. "Nur drei Sekunden lang traute ich mich auf Tempo 245", erzählt der Chef der Antai- Handelsgruppe, des viertgrössten Privatunternehmens in China. Li hat schon als Kind Bilder von Rennwagen gesammelt und die Marke Fa Lali bewundert. Neben seinen zwölf anderen Wagen, zu denen Karossen der Marken BMW und Mercedes gehören, hat er sich mit dem Kauf der Ferrari einen Jugendtraum erfüllt. "Andere halten Zuchtperde. Ich halte mir meinen Wagen", sagt er. "Ich wasche ihn auch selbst." Und alle seine reichen Freunde tun es ihm nach. Li und sein silbergraues Luxusauto fuhren mit, als eine Karawane von Ferrari und Maserati mit einem roten 360 Modena an der Spitze mit 160 Kilometern pro Stunde an staunenden Radfahrern vorbei über abgesperrte Strassen zur 60 Kilometer entfernten Grossen Mauer jagten. Polizei- Mercedes bahnten den Weg. Peking war am Donnerstag letzte Station in der weltweiten Vermarktungsoffensive, die der italienische Fiat-Konzern für sein neuestes Ferrari-Modell veranstaltete. An der Mauer übernahm eine Pekinger Schönheit von Manager Alberto Faggiano den ersten in China verkauften 360 Modena. Der wahre Erwerber, ein Banker, wollte lieber ungenannt bleiben. Chinas Superreiche fürchten keine politischen Probleme mehr, wenn sie ihren Reichtum zeigen. Viele bleiben aber im Hintergrund. Vor der "Hongyanbing", der Krankheit der roten Augen, wie Chinesen den Sozialneid nennen, seien alle auf der Hut, weiss der Automanager Alex Yip. Zu schnell hat der Laisser-faire-Kapitalismus eine kleine Schicht extrem reich werden lassen, die Chinas Mischsystem zwischen Plan- und Marktwirtschaft für sich nutzte. Die Kluft zwischen arm und reich wächst rascher als in jedem anderen Land der Welt. Die Hälfte aller privaten Sparguthaben von insgesamt fast 6000 Milliarden Yuan, umgerechnet rund 700 Milliarden Dollar, gehören nach jüngsten Veröffentlichungen nur einem Prozent der Bevölkerung. Als die italienische Nobelmarke 1993 in Peking ihren ersten Verkaufsalon eröffnete, gab es nach Angaben des Industrie- und Handelsamtes nur 500 Personen in China mit mehr als einer Million Yuan (220 000 Mark) Vermögen. Ferrari verkaufte in zwei Jahren nur einen Wagen. "Der

psychologische Widerstand war bei den Käufern noch zu gross", sagt Yip. Nach kaum sechs Jahren wird die Zahl der Yuan-Millionäre heute auf mehr als drei Millionen geschätzt. Ferrari hat inzwischen mehr als 50 Wagen verkauft. Die Hälfte davon fährt in Peking. Noch ist China weit entfernt von den Verkaufserfolgen in Japan, wo in diesem Jahr 270 Wagen geordert wurden, oder Hongkong mit 70 Wagen bis Mitte Oktober. Aber die Wartelisten für den neuen 360 Modena, der in China mit Gebühren und Zoll rund 3,2 Millionen Yuan kostet und somit zweieinhalb Mal so teuer wie in Europa ist, werden auch in Peking länger. Auf der Chinesischen Mauer tauschen Ferrari-Besitzer ihre Erlebnisse aus. Jeder von ihnen ist schon einmal von der Polizei gestoppt worden, wenn er die auf den Autobahnen erlaubten 110 Kilometer weit hinter sich liess. Strafzettel gab es nie. Staunende Polizisten stellten nur neugierige Fragen nach der prestigeträchtigen Nobelkarosse und erteilten dann salutierend "freie Weiterfahrt".

Die Welt

1999/10/19

China hat das Y2K-Problem beim Militär im Griff

Von Johnny Erling. China hat zweieinhalb Monate vor der Jahrtausendwende Probleme mit dem Jahr-2000-Virus in zivilen Bereichen eingeräumt, aber alle Gefahren von Computerzusammenbrüchen oder Fehlfunktionen im militärischen Sektor kategorisch ausgeschlossen. Verteidigungs- und nukleare Anlagen seien besonders intensiv gegenüber Y2K (amerikanische Abkürzung für "Year 2000") -Einflüsse überprüft worden. "Der gesamte Bereich der Landesverteidigung wird am 1. Januar 2000 sicher und zuverlässig funktionieren", zitierte die Zeitung "Business Weekly" aus einem Bericht der Staatlichen Kommission für Landesverteidigung. Peking reagiert damit auf jüngste US-Veröffentlichungen, die China als eines der grossen Risikoländer im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Computerproblem nennen. Gründe seien das geringe öffentliche Problembewusstsein, Computertechnik, die aus in- und ausländischer Software und Hardware zusammengestellt wurde, die verbreitete Nutzung von Raubkopien und modifizierten Betriebssystemen, die die Anwendung standardisierter Lösungen erschwere, sowie die generell mangelnde Zusammenarbeit unter den Behörden und Staatsunternehmen. Die bereits vor einem Jahr auch von der Weltbank beklagte Untätigkeit chinesischer Ministerien hat sich seit Frühsommer drastisch geändert. Ende April lief eine landesweite Aufklärungskampagne an. Die "Business Weekly" verrät nun erstmals, dass es in China bereits zu

Störfällen bei Computern kam: So reagierten einige vernetzte Computersysteme am 9. April 1999 mit Fehlfunktionen, nachdem ihre Rechensysteme mit dem 99 Tag des Jahres 1999 überfordert wurden. Ein typisches Y2K-Problem, bei dem die internen Zählwerke der Computer mit ihrer zweistelligen Jahresangabe von den Neunerzahlen überfordert wurden, passierte auch im Funktelefonnetz von Nanking am 9. September 1999. Das Netz fiel einen Tag aus. Nach Angaben der "Business Weekly" wurde im Dezember 1998 eine Y2K-Kommission für den Verteidigungsbereich unter Leitung eines Vizeministers gebildet. Sie hat zwölf Expertengruppen eingesetzt, die seit Ende August ihre Untersuchungen vor Ort durchführen. Besonders intensiv seien die beiden in Daya-Bay und Qinshan gebauten Kernkraftwerke überprüft worden. "Es wird zu keinen nuklearen Störfällen kommen", heisst es im Report. Die zuständigen Führungsbeamten aller militärischer Einzelbereiche mussten sich per Unterschrift vertraglich gegenüber der Kommission für Landesverteidigung verpflichten, alle Y2K-Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Auch im zivilen, überprüfbareren Bereich will China kein Risiko eingehen und geht doppelt auf Nummer sicher. Banken und die beiden Börsen des Landes behaupten nach monatelangen Simulationen und kostspieligen Überprüfungen, eine mehr als 99,97-prozentige Sicherheit erreicht zu haben. Die Geschäftsbanken und die Zentralbank wollen aber dennoch ihre Jahresendabrechnungen um einen Tag auf den 30. Dezember vorverlegen. Um für Chinas 40 Fluglinien mehr Sicherheit zu ermöglichen, werden alle Flugstarts vom 21. Dezember bis 1. Januar im 15-Minutentakt statt bisher in nur zehnminütigem Abstand erfolgen. Zahlreiche Fluglinienchefs sind zugleich verdonnert worden, auf ihren Linien zum Jahresende demonstrativ mitzuflogen.

Die Welt

1999/10/07

Peking lockert Schreibverbot über sensible Themen

Von Johnny Erling. Der seit zehn Jahren unter Hausarrest stehende einstige Parteichef Chinas, Zhao Ziyang, ist erstmals wieder für seine Verdienste um die Reformen gewürdigt worden. Zhao war vor dem 4. Juni 1989 abgesetzt worden, als er sich dem von Deng Xiaoping befohlenen Einsatz der Armee gegen die Demonstrationen der Studenten widersetzte. Seither wurde Zhao auf Befehl der Partei in Chinas Öffentlichkeit nach stalinistischem Muster als "Unperson" totgeschwiegen. Der heute bald 80-Jährige lebt in einem von der Sicherheitspolizei vor Kontakten

nach aussen abgeschirmten traditionellen Hofhaus in der Innenstadt Pekings. Ein Buch bricht nun - offenbar mit dem Segen der Partei - eine Lanze für ihn. Lui Huinian, einer der angesehensten Journalisten und Leiter der Ressorts Innenpolitik und Militärwesen bei der Nachrichtenagentur Xinhua (Neues China), stellt in seinen Memoiren "Miterlebte Ereignisse" die Person Zhaos heraus. In seinem 478 Seiten starken Buch beschreibt der heute 60-jährige Liu in einem eigenen Kapitel seine Begegnung mit Zhao Ziyang im April 1978, als dieser noch Provinzparteichef Sichuans war. Er würdigt ihn als "Genossen Zhao Ziyang", unter dessen Führung die Provinz allen anderen voraus gewesen sei. Im Volk habe es den populären Slogan gegeben: "Willst du Getreide haben, vertraue auf Zhao Ziyang." Beobachter sprechen von einem Test der öffentlichen Meinung. Lius Buch sei nicht das einzige Buch, das Tabuthemen anspreche, aber sicher das bisher weitgehendste. "Nachdem der zehnte Jahrestag des Massakers vom Tiananmen-Platz am 4. Juni ohne Probleme vorbeiging, lockert Pekings Führung ihr Schreibverbot gegenüber vielen sensiblen Themen, die sie nicht mehr fürchtet und nicht unangesprochen in das nächste Jahrhundert mitschleppen will. Nur das Massaker des 4. Juni bleibt tabuisiert, da viele der Hauptbeteiligten noch leben. In seinen Memoiren bestätigt Liu, dass es ihm jetzt erlaubt wurde, Berichte zu veröffentlichen, die er früher nur als geheime Bulletins schreiben durfte. Dazu gehört die von ihm 1975 erlebte krasse Armut des von Uiguren bewohnten Kashgar oder wie er 1980 mit Parteichef Hu Yaobang nach Tibet fuhr, der sich dort um eine Korrektur von Chinas ultralinker Politik bemühte. Dass solche Erinnerungen nicht zufällig erscheinen, deutet Lius Chef Guo Zhaoren, Direktor der Nachrichtenagentur Xinhua, an. Im Vorwort zum Buch schreibt er, dass jeder Xinhua-Journalist die "Stimme der Partei" ist. Als solche Stimme durfte Liu auch am Prozess gegen Chinas wichtigsten Dissidenten Wei Jingsheng teilnehmen, der vor 20 Jahren am 16. Oktober 1979 verurteilt wurde. Zum ersten Mal erinnert damit ein Buch in China daran. Liu stellt Weis Prozess in den Zusammenhang des Umbruchs Chinas nach 1978. Er beschreibt auf 20 Seiten mit Auszügen aus Gerichtsakten und Fotos, wie im Herbst 1978 entlang einem 300 bis 400 Meter langen Stück der Umgrenzungsmauer um den Pekinger Xidan-Platz Wandzeitungen aufgehängt werden und die "Mauer der Demokratie" entsteht. Die dort geübte Kritik wird immer radikaler und eskaliert in Wei Jingshenges berühmten Wandzeitungen 1979 gegen die Tyrannei der Partei und gegen Deng Xiaoping. Liu vertritt die offizielle Parteilinie, aber er berichtet neue Details. So

wurde ihm etwa vom Vorsitzenden der ZK-Gruppe für Recht und Justiz und späteren Parlamentspräsidenten Peng Zhen noch vor dem Prozessende gegen Wei Jingsheng und gegen die Dissidentin Fu Yuehua erklärt, warum eine Verurteilung im obersten Staatsinteresse Chinas liegt. "Die beiden Fälle selbst zählen gar nichts." Es gehe um den Kampf gegen Verwestlichung und Subversion. Prozess und Berichterstattung müssten wie ein "harter Krieg" geführt werden. Ein ungewöhnliches heutiges Eingeständnis über Chinas damalige Rechtsbeugung. Lius Buch macht die Gratwanderung der Parteiführung Ende der achtziger Jahre deutlich. Sie musste nach Maos Tod zur Einleitung von Reformen ideologisches Tauwetter zulassen, ohne selbst unter die Räder der Kritik zu kommen. Liu verrät in seinen Memoiren, dass Parteiführer wie Hu Yaobang die Mauer unterstützten. Erst Peng Zhen schlug einen dreistufigen Plan vor: Er liess in der Öffentlichkeit Stimmung gegen die Mauer erzeugen, dann unter dem Vorwand der Verkehrsstörung das Forum von der Mauer weg in einen Park verlegen und schliesslich Chinas Verfassungsartikel 45 abschaffen, der die "grossen Debatten und Wandzeitungen" erlaubte. Hinzu kam das Urteil gegen Wei Jingsheng. "Das politische Klima kippte" und brachte 1980 die "Mauer der Demokratie" zum Einsturz. Mit einer anderen fallenden Mauer befasste sich Liu, als er am 5. November 1989 ins geteilte Berlin reisen durfte. Sein damaliges Fazit: Ein "verkrusteter, dogmatischer Sozialismus konnte das Schicksal der Berliner Mauer nicht aufhalten". Dann schreibt er, wie "stolz" er bei dem Gedanken war, dass China ein solches Ende erspart blieb, weil sein Land "schliesslich und endlich" zu einem überlebensfähigen "chinesischen Sozialismus" gefunden hatte.

Die Welt

1999/10/06

China treibt Reformen über das Parkett voran

Von Johnny Erling. China wird für die Reform seiner Staatsbetriebe die beiden erst seit 1990 bestehenden jungen Börsen in Shenzhen und Shanghai verstärkt einsetzen. "Wir rechnen mit einer sehr raschen Ausweitung unseres Börsengeschäfts und mehr Neu-Notierungen von staatlichen und nichtstaatlichen Unternehmen", kündigte der Börsenchef von Schanghai Tu Guangshao an. Die Käufer sollen vor allem institutionelle Anleger sein. Derzeit werde geprüft, ob Chinas Renten- und Versicherungsfonds als Investoren an den Börsen zugelassen werden können. Tu bestätigte ebenfalls Pläne, in Chinas Börsensektor ein Nasdaq-ähnliches zweites Handlungsparkett zur Notierung von neuen High-Tech-Firmen einzurichten.

Der nur 40jährige Börsenmanager, der seit 1997 die modernste und grösste Börse Chinas in Shanghais Sonderwirtschaftszone Pudong leitet, interpretiert die jüngsten Pekinger Parteibeschlüsse zur Reform der Staatsbetriebe als Ermutigung für neu ausgerichtete Betriebe, den Sprung aufs Parkett zu wagen. Der Staat bestehe zwar weiter auf Kontrollmehrheiten über volkswirtschaftliche Schlüsselindustrien, er wolle sich aber aus allen im Wettbewerb stehenden Industrien weitgehend zurückziehen. Chinas Parteichef Jiang Zemin machte das neue Interesse Pekings an den Börsen durch einen demonstrativen Besuch bei der Schanghaier Börse deutlich, bei dem er die Widmung schrieb: "Entwickelt die Börse, um der Volkswirtschaft zu dienen". Jiang besichtigte das mit 3600 Quadratmeter grösste Handelparkett in Asien während eines Probelaufes. Die Börse simulierte den virtuellen Handel, um die Anfälligkeit eines der modernsten Börsencomputersysteme Asiens für das Jahr-2000-Problem zu testen. Tu setzt auf institutionelle Anleger, um Chinas jungen und erst allmählich durch Gesetze und Kontrollen regulierten Aktienmarkt zu stabilisieren und dabei Neuemissionen und Nachfrageinteresse im Gleichgewicht halten zu können. Bisher überwiegen die privaten Anleger an Chinas Börsen. China zählte bis Ende August an beiden Börsen 43 Millionen Aktienkonten. Nur rund zehn Prozent gehörten dabei institutionellen Anlegern. Tu will die betrieblichen Fonds als Anleger an die Börse holen. Nächster Schritt der Börsenentwicklung wäre dann ein zweites Parkett für Hochtechnologiefirmen einzurichten. Tu nannte aber keinen Termin. Zuerst müssten die Regularien geändert, neue Anforderungen festgelegt und ein Handels- und Überwachungssystem aufgebaut werden. Neue High-Tech-Unternehmen machen mit 162 Unternehmen unter allen bis Ende August an beiden Börsen notierten 920 Unternehmen 17,6 Prozent aus. Die Rolle der Aktienmärkte, um Kapital zu beschaffen, wird wichtiger. Nach Angaben des Vizedirektors der Wertpapierkontrollkommission (CSRC), Gao Xiqing, konnten an beiden Börsen seit ihrer Gründung über A-Aktien in inländischer Währung bis Ende August umgerechnet 50 Mrd. US-Dollar Kapital aufgenommen werden. 108 B-Aktien, die nur von Ausländern erworben werden können, zumeist aber illegal von Devisen besitzenden Chinesen gekauft werden, erbrachten seit 1992 fünf Mrd. US-Dollar.

Die Welt

1999/10/02

China lässt seine Muskeln spielen - China 50

Von Johnny Erling. China hat seinen 50. Nationaltag am 1. Oktober zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder

mit einer umfassenden Militärschau und organisierten Jubelparaden unter Beteiligung hunderttausender feiern lassen. Vor der Pekinger Führung marschierten 24 000 Soldaten aller drei Waffengattungen am Tiananmen-Platz und dem Tor des Himmlischen Friedens vorbei. 132 Kampfflugzeuge, darunter erstmals die neuen chinesischen Bomber Fliegender Leopard und zwei neue Tankflugzeuge, veranstalteten über der Hauptstadt in nur 750 Meter Höhe ein Schaufliegen, während sich Konvois schwerer T-90-Kampfpanzer, selbst fahrender Artillerieeinheiten und moderne Nuklearraketen durch die hermetisch abgesperrte Innenstadt wälzten. Zehn Jahre nach dem blutigen Massaker vom Tiananmen-Platz hat die Armee ihr Selbstbewusstsein wieder gefunden und präsentierte sich gestern als "Stolz des Landes". Den Auftakt zur Demonstration des neuen militärischen Selbstbewusstseins hatte Staats- und Parteichef Jiang Zemin gegeben, der in einer offenen Limousine die aufmarschierten Truppen abfuhr. Jiang, der einen grauen paramilitärischen Mao-Anzug trug, eröffnete als Oberbefehlshaber der Armee die Parade. In der live vom Fernsehen übertragenen Truppenabnahme hörten Millionen Chinesen, wie Jiang abwechselnd die Grussformeln "Genossen, wie geht es?" und "Ihr habt euch grosse Mühe gegeben" den Soldaten zurief, die ebenso stereotyp mit "Gut, Kommandant" und "Wir dienen dem Volk" antworteten. Der Parteichef, der nervös und unsicher wirkte, knüpfte an seinen Vorgänger Deng Xiaoping an, der 1984 in der gleichen Weise die Truppenparade abgenommen hatte. Jiang hat mit dem hoch symbolischen Akt die einzige noch ausstehende Hürde genommen, um sich nach Mao Tse-tung und Deng Xiaoping als der dritte selbst ernannte grosse historische Führer Chinas zu etablieren. Zum ersten Mal wurde sein überlebensgrosses Bild in der Massenparade mitgeführt. Es ist der bisherige Höhepunkt eines seit diesem Jahr um Jiang begonnenen Personenkults. Für die Militärparade war die gesamte Innenstadt abgesperrt worden. Westliche Militärattachés sprachen nach der 40-minütigen Militärschau von erkennbaren, wenn auch noch langsamen Fortschritten in der Modernisierung der Streitkräfte, die China vor einem Jahr angekündigt hatte. Echte Überraschungen hätten unter den 400 gezeigten militärischen Grossgerätschaften und zahlreichen neuen Artilleriewaffen gefehlt. Sie wiesen aber darauf hin, dass die Luftwaffe mit dem Aufbau von Luftbetankungskapazitäten ihre Reichweiten künftig ausdehnen kann. Ihr stehe mit ihren neuen Leopard-Bombern auch ein dual einsetzbares Bomben- und Kampfflugzeug zur Verfügung. Peking habe aus

dem Kosovo-Krieg Lehren gezogen und sei offenbar dabei, einen Teil seiner Landstreitkräfte in schnelle Eingreiftruppen umzuwandeln. Erstmals marschierten bei der Parade Soldaten aus den neuen Marinekorps mit. Unter den mehr als 100 Raketen zeigte die Atommacht China alle vier Nuklearraketen des Typs Ostwind (Dongfeng), von denen die Typen DF-11 und DF-15 bei der Beschiessung der Taiwanstrasse 1996 eingesetzt worden waren. Als Höhepunkt der Parade wurde die im August erprobte Interkontinentalrakete Dongfeng DF-31 gezeigt. Die zweistufige Rakete kann mit 8000 Kilometer Reichweite die USA erreichen. Der anschliessende zivile Jubelmarsch wurde von 96 Paradowagen bestimmt, zwischen denen 130 000 Teilnehmer marschierten und tanzten. In der Nacht liess die Parteiführung den 50. Jahrestag mit einem Feuerwerk weiter feiern. Beobachter suchten in den Festreden vergeblich nach Anzeichen für eine Amnestie, einem Bekenntnis zur Achtung der politischen Menschenrechte oder zu politischen Reformen. Die Partei pries stattdessen den Sozialismus und ihre Herrschaft als Garanten für den Zusammenhalt des Landes. Zur Aussenpolitik der Volksrepublik sagte Jiang, Ziel der Regierung werde immer die friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan sein. Nach der Rückkehr von Hongkong und Macau werde auch Taiwan bald an die Volksrepublik fallen. Nur eine Zeitung traute sich, öffentlich Widerspruch anzumelden. Das mutige südchinesische Wochenblatt "Nanfang Zhoumo" bekannte sich in einem Leitartikel zum 1. Oktober zu der Aussage, dass 50 Jahre China auch 50 Jahre des immerwährenden Kampfs für mehr Demokratie gewesen sei, wobei es zu "grossen Katastrophen" unter Maos Massenkampagnen und der Kulturrevolution kam. Unter dem Titel "Von der monarchischen Gesellschaft zu Gesellschaft der Bürger" forderte das Blatt, für den Zusammenhalt der Nation "die politische Demokratisierung, die Marktwirtschaft und die Verrechtlichung der Gesellschaft zu verstärken". Die Regierung zelebrierte den 50. Jahrestag der Staatsgründung Chinas mit einer gigantischen Militärparade auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Die Welt

1999/09/30

Sicherheitsstufe eins in China

Von Johnny Erling. China hat für seine 50-Jahr-Feiern am 1. Oktober die umfangreichsten Sicherheitsvorkehrungen seit Beginn der Reformpolitik und Öffnung des Landes angeordnet. Chinesische Journalisten konnten an keinen noch so wichtigen Parteitag oder Staatsbesuch in den vergangenen 20

Jahren erinnern, zu dem ein solcher Aufwand betrieben wurde. Mit roten Armbinden oder in Zivil zeigen sich die Anfang September zur Mithilfe mobilisierten 660 000 Aktivisten und Parteimitglieder im Strassenbild. Dabei gibt es kaum noch Fremde oder Zugereiste. Hunderttausende haben die Stadt bereits verlassen oder wurden vertrieben. Seitdem alle ausserhalb Pekings wohnenden Chinesen 14 Tage lang die Hauptstadt nicht ohne triftigen Grund besuchen dürfen, hat sich auf den sonst so überfüllten Flughäfen und Bahnhöfen angenehme Leere eingestellt. Die gesamte Stadt ist auf der Hut. Pekings Furcht, dass es zu Sabotageakten oder Demonstrationen während der ersten Militärparade Chinas seit 15 Jahren kommen und die Führung vor den Augen der Welt ihr Gesicht verlieren könnte, hat sich nach den Bombenanschlägen in Russland noch verstärkt. Chinas Sicherheitsministerium schulte eine Woche lang seine Beamten im Erkennen von Sprengstoff und richtigem Verhalten. Taxifahrer, Mitarbeiter von Hotels und Verkäufer in staatlichen Geschäften wurden aufgefordert, auf verdächtige Gäste zu achten. Die Sicherheitshysterie verschont auch Neureiche und Auslandschinesen nicht, die sich zu Wucherpreisen von 750 US-Dollar pro Tag in den Staatshotels einmieteten, an denen die Militärparade vorbeiführt. Sie dürfen sich am 1. Oktober ab acht Uhr bis Mittag nicht in ihren Zimmern aufhalten. Sie können die Parade nur von für sie eigens erbauten Tribünen vor dem Hotel verfolgen. Aus Angst vor Scharfschützen darf sich niemand in den Hochhäusern entlang des Changan-Boulevards aufhalten. Private Autos gelten als besonderes Sicherheitsrisiko. In der Vorstadt wird Jagd auf die bislang tolerierten unlizensierten Taxis gemacht, mit den sich Bauern Geld verdienen. Sie wären für mutmassliche Terroristen ein ideales Transportmittel. Sonderkontrollen der Militärpolizei sollen verhindern, dass Fahrzeuge mit unberechtigten Militärkennzeichen nach Peking kommen. Auch die in Peking akkreditierten Journalisten dürfen nicht selbst zur Parade fahren, sondern werden gemeinsam mit Bussen dorthin gebracht. Schon heute mittag werden Teile der Pekinger Innenstadt abgesperrt und erst am Sonntag wieder geöffnet. Missstimmung unter der Bevölkerung hat die Pekinger Führung damit zu zerstreuen versucht, dass sie die sieben gesetzlichen Feiertage pro Jahr auf zehn erhöht. Zum 1. Oktober gibt es drei Tage frei. Da Chinas Massen das Wochenende vorher arbeiten, können sie gleich eine Woche am Stück freimachen. Zudem wird für 84 Millionen Menschen rückwirkend ab 1. Juli mehr Geld gezahlt. Für Rentner und Arbeitslose wird der minimale Sozialhilfesatz um ein Drittel erhöht. Finanzminister Xiang Huaicheng sprach

offen von einem seit langem geplanten Geschenk zum Feiertag. Peking bangt nicht nur vor Terroristen, sondern auch vor einem verregneten 1. Oktober, der laut Meteorologen nicht auszuschliessen ist. Chinas Partei will für ihren Feiertag unter allen Umständen einen blauen Himmel garantieren. Ihr Schildbürger-Rezept: Potentielle Regenwolken in warmen Luftströmungen sollen mit Salzlösung, die in kälteren Schichten mit flüssigem Stickstoff bombardiert werden.

Die Welt

1999/09/29

Für die Konzerne bleibt China ein Zukunftsmarkt

Von Johnny Erling. Für multinationale Konzerne bleibt China trotz der politischen Einschränkungen und des restriktiven Marktzugangs ein begehrter Zukunftsmarkt. "Bei China spekuliere ich auf Hausse", verkündet optimistisch Unilever-Präsident Bruno Lemagne. Der niederländisch-britische Mischkonzern lässt mittlerweile in einem Dutzend chinesischer Fabriken Konsumgüter herstellen und füllt die Regale in Supermarktketten bis in die Provinzen. Gut ausgebildete lokale Manager und die Anpassung an lokale Gewohnheiten sind laut Lemagne die Erfolgsrezepte von Unilever - neben dem globalen und strategischen Marketing und Franchising. Dabei kann, wie Beobachter meinen, der Konzern nur mit Mühe seinen Marktanteil beim Speiseeis gegen inländische und ausländische Konkurrenten behaupten - was verwundert. Denn Unilever liess, um die Eismarke Walls (Langnese) in China zur Nummer eins zu machen, zwei Eisfabriken bauen, hunderte Kühlwagen herstellen und zehntausende Kühltruhen an Wiederverkäufer verschenken. Die Topmanager aus aller Welt, die zur Shanghaier Konferenz "Fortune Global Forum" kamen, gehen davon aus, dass Konsumenten heute weltweit mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen. Global erfolgreiche Strategien, wie sie Fastfoodketten und Autokonzerne verfolgen, führen daher auch in China zum Erfolg. Doch manchmal machen sich Unterschiede verblüffend bemerkbar. Die Unilever-Eismarke, die sich am besten in China verkauft, ist zum Beispiel nicht das Magnum, sondern ein chinaspezifisches Speiseeis aus roter, süsser Bohnenmasse. Die wirklich Erfolgreichen haben daher genaue Marktkenntnis. Für Coca-Cola-Chef Douglas Ivester, dessen Softdrinks Chinas Getränkemarkt erobert haben, ist China kein einheitlicher Markt. Vielmehr bestehe er, so Ivester, "aus vielleicht 200 Teilmärkten". Der Fotogigant Eastman Kodak will, sagt sein Vorsitzender George Fisher, weiter eine expansive Strategie mit der Öffnung

von durchschnittlich drei lizenzierten Fotoläden pro Tag verfolgen. 5000 solcher Läden hat das Unternehmen, das in China eine Milliarde Dollar in eine neue Fabrik investiert, bereits eröffnen lassen. Für Durk Jager, Präsident von Procter & Gamble, Marktführer bei Hygiene- und Kosmetikartikel in China, ist nicht zuletzt der Zeitfaktor entscheidend. In den ersten fünf Jahren habe sein Unternehmen 50 Millionen Dollar investiert, ohne Geld zu verdienen. Seit 1993 freut sich Jager über "eine stürmische Expansion". Optimismus herrscht bei den Multimedia-Giganten vor, die China im Visier haben, obwohl ihr Bereich noch immer stark eingeschränkt ist. Gerald Levin, Vorstandsvorsitzender vom Time-Warner-Konzern, der sich auf Chinas Markt auch mit politisch entschärften Zeitschriftenprojekten versucht, erinnerte daran, dass Shanghai in den dreissiger Jahren für Warner der grösste Filmmarkt nach den USA war. Bisher beschränkt China die Vermarktung ausländischer Filme und anderer Medienprodukte. Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff, der in Shanghai als Pilotprojekt vor zwei Jahren einen Buchklub mit inzwischen mehr als 700 000 Mitgliedern aufzog, verfolgt trotzdem weiter grosse Pläne. Es gebe in China eine gewaltige Nachfrage nach Medienprodukten. Er will im nächsten Schritt Bücher publizieren und drucken lassen. Dabei rechne er, so Middelhoff, mit einem riesigen Aufschwung im Buchbereich über den E-Commerce. Ericsson-Präsident Kurt Hellstrom erwartet Ende 2000 bereits 30 Millionen Internet-Nutzer in China. Chinas Informationsminister Wu Jichuan zeigte sich skeptischer. Er sieht nur 20 Millionen vernetzte Chinesen bis Ende 2003. Er unterstrich, dass Auslandsinvestitionen im Internet-Bereich nach derzeitigem Recht weder auf der Anbieter- noch auf der Betreiberseite erlaubt sind und deutete rechtliche Veränderungen nur vage an.

Rheinischer Merkur

1999/09/29

Patriotismus ist Trumpf

Der Einstieg in den Kapitalismus gilt als Erfolg von 50 Jahren Volksrepublik. Das Massaker von 1989 auf dem Tiananmen sei zwar nicht vergessen, heisst es. Aber die Militärparade dürfte jetzt die Erinnerung verdrängen. Autor: JOHNNY ERLING, Peking. Als die Armee marschiert und die Musik Märsche spielt, steht der siebenjährige Junge mit der Militärkappe auf. Ernst salutiert er vor der Videoleinwand. Seine Eltern, ein Beamtenehepaar aus Peking, strahlen über das ganze Gesicht. "Xiao Lei", mahnt die Mutter leise, "geh zur Seite. Die anderen sehen sonst nichts." Der kleine Lei,

wie ihn seine Mutter nennt, imitiert, was er im Fernsehen jeden Abend in einem Spot vor den Nachrichten zu sehen bekommt. Da sitzt ein anderer Junge auch mit Armeekappe auf den Schultern seines Vaters und schaut militärisch grüssend zu, wie bei Sonnenaufgang auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Staatsflagge Chinas gehisst wird. Die Jungen stehen für den neuen chinesischen Nationalstolz, den die Pekinger Führung nach Kräften fördert und den sie am 1. Oktober zur 50-Jahr-Feier der Gründung China zelebrieren lassen will. Chinas Partei spielt ihre Trumpfkarte des Patriotismus mit wachsendem öffentlichem Zuspruch aus, seit ihr die Rückkehr Hongkongs am 1. Juli 1997 unter Pekings Souveränität ebenso gelang wie die nun bald bevorstehende Rückgabe des portugiesischen Macau am 20. Dezember 1999. Vergessen scheinen die Zeiten vor zehn Jahren, als die Armee sich in einem Massaker den Weg durch Peking zum Platz des Himmlischen Friedens freischoss und Tausende von Studenten vom Platz vertrieb. Die Nacht auf den 4. Juni 1989 wurde zwar weltweit zum Symbol der Unterdrückung der Demokratie. Doch in China verblasst die Erinnerung. Peking kann es sogar wagen, in einer gewaltigen Militärparade seine Armee mit ihren Panzern erneut durch Peking marschieren zu lassen. Zehntausende von Kindern werden vor ihren Fernsehern bei der Live-Übertragung zuschauen und salutieren. "Es sind zwei Seiten einer Medaille", erklärt ein kritischer chinesischer Professor. Tiananmen sei nicht vergessen, aber immer mehr Chinesen seien wieder stolz auf ihr Land und was es heute in der Welt darstellt: "Unterschätzen Sie den Patriotismus unserer Jugend nicht!" Wandel durch Reformen Die populäre Pekinger "Jugendzeitung" erinnert täglich auf einer ganzen Seite an die vielen Facetten des unglaublich schnellen Wandels in China, seit die Reformpolitik 1978 begann. Bürger wurden von Habenichtsen zu Steuerzahlern. Statt Winterkohl einzulagern, gibt es das ganze Jahr über frisches Obst, statt Zuteilungskarten gibt es Preisnachlässe. 20 Jahre ist es her, dass die meisten Chinesen in blauer oder grauer Mao-Einheitskleidung herumliefen. Heute zeigt sich in den Städten ein Modemarkt auf Weltniveau. Die letzten 20 Jahre brachten den Chinesen die Fünftageswoche. Für immer mehr erfüllt sich der Traum einer eigenen Wohnung für ihre Kleinfamilie, die erste Auslandsreise. Aus einstigen Luxusgütern wie Fahrrad und Nähmaschine wurden das Auto und die Videokamera. 61 Millionen Chinesen sind Parteimitglieder, aber 42 Millionen Chinesen besitzen Aktien. Die Parteipropaganda nimmt den Einstieg Chinas in die Warenwelt des Kapitalismus als Erfolg der 50 Jahre sozialistischer Existenz der

Volksrepublik in Anspruch. Die Veränderungen kamen indes erst in den vergangenen zwei Dutzend Jahren zustande. Nach dem Tode Mao Tsetungs 1976 riefen seine Nachfolger die Marktwirtschaft zu Hilfe, um den bankrotten Staat zu retten. Dank einer Laissez-faire-Politik Pekings, dem sprichwörtlichen Fleiss der Chinesen und dem riesigen, nach Entwicklung dürstenden Binnenmarkt erlebte China sein Wirtschaftswunder. Aus dem Ausland wurden 300 Milliarden US-Dollar investiert. Sie sorgen bis heute dafür, dass der Motor der Konjunktur genügend Sprit erhält. Für den pro Kopf erreichten bescheidenen Wohlstand und für das schnellste Wachstum der Welt mit durchschnittlich elf Prozent in den Jahren seit 1990 bis zur Asienkrise 1997 hat das Land gefährliche Hypotheken auf seine Zukunft genommen. Sieben der zehn am meisten verschmutzten Städte der Welt liegen heute in China. Vom Lande, wo noch vor 1978 vier von fünf Chinesen lebten, wo 250 Millionen Menschen unter der Elendsgrenze vegetierten, kamen viele Bauern in die Städte. 30 Prozent der 1,3-Milliarden-Bevölkerung leben inzwischen in einer von 668 Städten des Landes. Die erzwungene Familienplanung mit nur einem Kind pro städtischer Familie hat das Wachstum gebremst (sonst wären es heute über 1,5 Milliarden Menschen), aber sie hat auch die Alterspyramide in China kippen lassen. Schon sind zehn Prozent der Menschen über 60 Jahre alt. Der Wirtschaftsboom hat viele Probleme des Systems, von den bankrotten Staatsindustrien, den Millionen potentieller Arbeitsloser, und der totalitären Herrschaft gemildert, aber nicht gelöst. Peking kommen die Paraden zum Nationalfeiertag, bei denen es die Geschichte der letzten 50 Jahre als einen Triumphzug seiner Erfolge verklären kann, gerade recht. Der 1. Oktober beginnt mit Chinas erster Militärparade seit 1984. Mit Flugzeugstaffeln, atomar bestückbaren Langstreckenraketen und Panzern zelebriert die Armee ihre neue Bedeutung und den Anspruch Chinas, im 21. Jahrhundert zu einer der mitbestimmenden Weltmächte zu werden. Dann marschieren Hunderttausende auf, darunter 25000 Pekinger Studenten. 91 Paradewagen präsentieren Fabeltiere und in Aufbauten aus Pappmaché die Erfolge des Landes und seiner Wirtschaftsreformen. Die Millionenkosten der Parade mit nächtlichem Superfeuerwerk werden übertroffen von den gigantischen 110 Milliarden Yuan (25 Milliarden Mark), die Chinas Führung für den kompletten Umbau der Hauptstadt aufbringen liess. Nur einmal, zum zehnten Jahrestag 1959, wurde Pekings Aussehen so radikal verändert. 67 Grossprojekte hat die Hauptstadt zum 1. Oktober erhalten, von der neuen 7,9 Milliarden Yuan teuren

U-Bahn unter dem Tiananmen-Platz bis zum fast zehn Milliarden Yuan teuren Flughafenterminal, vom gigantischen Einkaufs- und Bürozentrum des Oriental Plaza, von dem nur die Fassaden rechtzeitig fertig wurden, bis zu einer zweiten sieben Kilometer langen und 33 Meter breiten Ost-West-Achse und drei weiteren Strassen. Stadtbild stark verändert In der Innenstadt sind Dutzende von Superministerien und Kaufhäusern in den Himmel gewachsen. Im Pekinger Bodenamt befasst sich eine Arbeitsgruppe mit den ökologischen Folgen der grössenwahnsinnigen Bauwut, mit dem Ausmass des absinkenden Grundwasserspiegels, der Belastung des Bodens und den Auswirkungen auf den Energiehaushalt. Nicht einmal alte Pekinger wissen, wofür die neuen Gebäude stehen. Liu, der seit 15 Jahren Taxi fährt, zuckt die Achseln. Noch vor ein paar Jahren, als der Hochhausboom begann, konnte er alle Bauten und die Spottnamen nennen, die ihnen der Volksmund gab. Das wie ein Bogen gebaute Zollgebäude wurde "lange Unterhose" genannt, das gewölbte Hochhaus des Frauenverbandes "dicker Bauch", das Verkehrsministerium "der Tempel". Aber jetzt hat es den Pekingern die Sprache verschlagen.

Die Welt

1999/09/27

Hu Jintao, das Gesicht der neuen Führungsgeneration Chinas - China 50

Porträtiert von Johnny Erling. Im dunklem Anzug sass Vizepräsident Hu Jintao in seinem Arbeitszimmer, seine zehnminütige Fernsehansprache hörte sich hölzern an. Die politische Botschaft des 57 Jahre alten Mannes war es nicht. "China unterstützt alle legalen Demonstrationen seiner Bevölkerung gegen den von den USA geführten Nato- Angriff", aber, fügte er warnend hinzu, Diplomaten und Ausländer stünden in Peking unter Schutz. Es war am 9. Mai die erste offizielle Stellungnahme zum Angriff auf Chinas Botschaft in Belgrad. Es war die erste Fernsehansprache eines chinesischen Führers an die Nation. Es war auch das erste Mal, dass die meisten Chinesen den öffentlichkeitsscheuen Hu Jintao reden hörten. Sie haben wohl ihren nächsten Staatspräsidenten zu Gesicht bekommen. Den aus Ostchina stammenden, dialektfrei Hochchinesisch sprechenden Hu hat das ZK am Mittwoch zum Vizevorsitzenden der ausserordentlich wichtigen Militärkommission gewählt (den Vorsitz führt Jiang Zemin). Das ist ein Zeichen für höchste Weihen, weil eine absolute Vertrauensposition. Deng Xiaoping bekleidete in der Reformära nie ein Parteiamt, den Vorsitz dieser Kommission aber hatte er bis fast zum

Schluss inne; kein Wunder in einem Land, dessen Geschichte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts von Bürgerkriegen zwischen Militärmachthabern geprägt war. Mit seiner Bestallung als Vizevorsitzender ist Hu nun designierter Nachfolger Jiang Zemins, wenn dieser 2002 sein Präsidentenamt verfassungsgemäss aufgeben muss. Zehn Tage vor dem 50. Jahrestag der Volksrepublik treten mit Hu die heute 50- bis 60-jährigen, die Funktionäre im Alter Gerhard Schröders, ins Rampenlicht. Es ist eine überwiegend anonyme Generation. Seit 1992 ist Hu als Sekretär des Zentralkomitees einer der sieben mächtigen Männer Chinas und seit 1998 bereits Vizepräsident der Volksrepublik, doch der in seinen gut sitzenden Anzügen und mit einer modern gefassten Brille elegant wirkende Hu (sein Hobby während der Studentenzeit war Schauturniertanzen) ist kaum bekannt. Den meisten Chinesen geht es mit Hu wie vielen westlichen Diplomaten, die für ihn das Wortspiel "Hu is Who" erfanden. So unbekannt Hu auch ist, so zielstrebig arbeitete er sich nach oben, gestützt von etlichen Förderern. Der Hydraulik-Ingenieur, seit 35 Jahren KP-Mitglied, kam 1982 mit nur 39 Jahren ins Zentralkomitee. Zwei Jahre später war der Vater zweier Kinder (seine Frau Liu Yongqing ist eine Studienkollegin) schon Chef des Jugendverbandes der KP - der jüngste, den die Organisation je besass. Im Gegensatz zu den meisten anderen heute im Zentrum der Macht agierenden Funktionären, und das könnte einmal wichtig werden, ist Hu Jintao allerdings nicht in den relativ wohlhabenden, seit den Reformen prosperierenden Küstenprovinzen aufgestiegen. Er durchlief vielmehr (erfolgreich) zwei Härteposten. 1985 machte Peking ihn zum Parteichef der Armutsprovinz Guizhou im Südwesten, und im Januar 1989 wurde er - als erster Nichtmilitär überhaupt - Parteichef Tibets. Hu ist damit einer der wenigen Spitzenpolitiker, die die krassen Entwicklungsunterschiede innerhalb Chinas aus jahrelangem eigenem Leben kennen. Wenige Details sind über seine Rolle während dieser Zeit bekannt. Aber das rebellische Tibet wurde schon ab März 1989 für ein Jahr unter Kriegsrecht gestellt. Hus Maxime, politische Repression mit der Förderung des Wirtschaftsaufbaus zu kombinieren, gefiel Deng Xiaoping. Der dachte genauso, als er das Massaker 1989 in Peking anordnete und zugleich raschere Reformen anmahnte. "Nicht schlecht, dieser Hu Jintao", soll er über Hu gesagt haben. 1992, als Deng einen neuen Reformschub ansties, kam Hu dann nach Peking. Dort nahm er neben den schon erwähnten Funktionen einen weniger illustren, aber langfristigen nutzbringenden Posten ein: Er wurde auch Direktor der

Zentralen Parteischule, die er seither leitet. Alle hohen Funktionäre der Provinzen müssen sich dort schulen lassen. Hu kennt heute die meisten von ihnen gut - ein grosser Vorteil für ihn, der über keine eigene Hausmacht verfügt. Hu Jintao scheint jemand, der sich wenig Feinde gemacht hat und lieber im Hintergrund bleibt. Wie seine anderen Ämter leitete er auch die Parteischule ohne Aufsehen erregende Reformen. Doch liess er zu, dass dort kontrovers über moderne Themen debattiert werden kann. Politische Härte, vorsichtige Öffnung, Priorität für die Wirtschaft: Die Kontinuität der Politik ist mit Hu Jintao wohl gesichert.

Die Welt

1999/09/27

Selbst das Beben kann die Feinde nicht einen

Von Johnny Erling. Sechs Tage nach dem Jahrhunderterdbeben auf Taiwan kommt das alte Misstrauen zwischen Peking und Taipeh wieder zum Vorschein. In einer für die Opfer zynisch anmutenden Weise beginnen beide Seiten, einander zu beschuldigen, das Erdbeben für ihre politischen Absichten missbrauchen zu wollen. Taiwans Aussenminister Jason Hu warf China vor, internationale Hilfe verzögert zu haben, um seinen Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen. Er verwies auf eine von China verweigerte Überfluggenehmigung für ein russisches Hilfsflugzeug und auf Forderungen, dass ausländische Hilfe zuerst Pekings Genehmigung einholen müsste. So würde es Taiwan unmöglich gemacht, die von China angebotene humanitäre Unterstützung zu akzeptieren. Peking hielt am Wochenende sein Angebot, Hilfe zu leisten, aufrecht und forderte die Bevölkerung zu weiteren Spenden auf. Die Sprecherin des Aussenministeriums, Zhang Qiyue, hatte aber letzte Woche deutlich gemacht, dass Peking wegen seiner Anteilnahme nicht von der politischen Verurteilung von Taiwans Präsident Li Teng-hui abrücken werde. Peking sei nur bereit mit Taiwan "weitreichende politische und wirtschaftliche Gespräche wiederaufzunehmen", wenn Li seine Zweistaatentheorie öffentlich zurücknimmt. Asiatische Anrainerstaaten zeigen sich enttäuscht, dass beide Seiten ihre nach dem Erdbeben begonnenen Gesprächskontakte nicht zu einer dauerhaften Entspannung weiterführen wollen. Anzeichen dafür gab es noch vergangene Woche: Peking hatte alle Angriffe gegen Taiwans Präsidenten Li in seinen Parteizeitungen einstellen lassen. Staatspräsident Jiang Zemin drückte sein Mitgefühl aus und bot jede mögliche Hilfe an. Taiwans Regierungsbeauftragter für Fragen des Festlandes (MAC), Su Chi, dankte ihm dafür. Er verwies auf Taiwans über das Rote Kreuz geleistete

Hilfe in Höhe von 40 Millionen US-Dollar bei der Flutkatastrophe Chinas 1998 und bedauerte, dass diese Hilfe damals nicht zu besseren Beziehungen geführt hatte. Die Entkrampfung der Atmosphäre war jedoch nur von kurzer Dauer. Angebote von Chinas Rotem Kreuz, 160 000 Dollar zu spenden, drei Ärztgruppen und ein sechsköpfiges Team von Erdbebenexperten zu entsenden, wurden von Taiwan bisher nur hinhaltend beantwortet. Taiwan befürchtet, dass Peking Präzedenzfälle für direkte Kontakte zu Land, Luft und See erzwingen wolle. Taipeh will diese erst zulassen, wenn China seiner Option auf Gewalt zur Erreichung einer Wiedervereinigung abschwört. Peking hegt den Verdacht, dass sich Taiwan weiter von China mit internationaler Hilfe loslösen wolle. Am Samstag stellte Präsident Li Teng-hui die vom Erdbeben betroffenen Gebiete für sechs Monate unter Notstandsrecht. Die für März ausgeschriebenen Neuwahlen -offene Provokation für die chinesische Führung - sollen trotzdem stattfinden. Peking hat darauf noch nicht reagiert.

Die Welt

1999/09/23

KP bremst wirtschaftliche Reformen in China

Die Kommunistische Partei Chinas tritt zwei Jahre nach ihrem bahnbrechenden Parteitag 1997, bei dem sie den Marktkräften freies Spiel für die Sanierung ihrer maroden Staatsindustrie gab, wieder einmal auf die Reformbremse. Auf einer Plenartagung des Zentralkomitees der Partei in Peking stimmten 189 ZK-Mitglieder der Weiterentwicklung marktwirtschaftlicher Reformen im Staatssektor aus Angst vor Stabilitätsverlusten nur in einem kontrollierten und begrenzten Rahmen zu. Der 1997 vorgesehene Durchmarsch in einem Zeitraum von nur drei Jahren, der bereits zu Millionen Entlassungen und zahlreichen Bankrotten in Staatsunternehmen führte, gilt nur noch eingeschränkt. Das Plenum hat jetzt beschlossen, die Reform bis zum Jahr 2010 zu strecken. Leitprinzip der Reform ist die Kontrolle der Staatswirtschaft in allen strategisch wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft zu erhalten und zu verteidigen. Auf allen anderen Gebieten erhalten Marktwirtschaft und privates Engagement "freies" Spiel. Ein in der Parteizeitung "Renmin Ribao" veröffentlichter Leitartikel interpretierte den Beschluss als Beweis dafür, dass China "niemals privatisieren" werde. Das Plenum wählte Vizestaatspräsident Hu Jintao zu einem der Vizemilitärchefs Chinas. Der 56jährige Funktionär hat damit seine Position als designierter Nachfolger von Staats- und Parteichef Jiang Zemin ausbauen können. erl.

Die Welt

1999/09/13

USA und China nähern sich wieder

Von Johnny Erling. Der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin und US-Präsident Bill Clinton haben am Rande der Apec-Ministerkonferenz ihr politisches Verhältnis wieder als normalisiert bezeichnet. Während der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Sandy Berger, von Beziehungen sprach, die "nun wieder auf die Bahn gebracht wurden", ging Peking einen Schritt weiter. China liess verkünden, dass beide Seiten wieder eine "auf das 21. Jahrhundert ausgerichtete, konstruktive und strategische Partnerschaft" aufbauen wollen. Peking hatte seit der Bombardierung seiner Belgrader Botschaft am 7. Mai nicht mehr von "strategischer Partnerschaft" gesprochen. Es hatte den USA einen absichtlichen Angriff auf seine Botschaft und eine gegen China ausgerichtete Machtpolitik unterstellt. Diplomaten in der chinesischen Hauptstadt erwarten nun die baldige Wiederaufnahme der nach dem 7. Mai von Peking ausgesetzten militärischen Kontakte sowie des Sicherheits- und Menschenrechtsdialogs mit den USA. Auch über die Taiwan-Frage, die zu einer gefährlichen Krise zwischen Peking und Taipeh geführt hat und in die sich Washington zunehmend verwickelt sieht, fanden China und die USA zu einer deeskalierenden Sprachregelung zurück. Clinton versicherte Jiang Zemin, dass die USA eine Verletzung des derzeitigen Status quo durch Taiwan nicht unterstützen und weiter an ihrer Ein-China-Politik festhalten werden. Im gleichen Atemzug warnte er aber auch Peking vor "ernsten Konsequenzen", die eine Gewaltanwendung gegenüber Taiwan hervorrufen würde. Chinas Presse berichtete nicht über die Warnungen Clintons an beide Seiten vor einer Verletzung des derzeitigen Status quo. Sie hob aber hervor, dass der US-Präsident eingeräumt habe, wie sehr die Äusserungen von Präsident Li Teng-hui über die Eigenstaatlichkeit Taiwans den USA und China Probleme bereiteten. Im Gegenzug zeigte sich auch Jiang Zemin um Mässigung der kriegerischen Rhetorik bemüht, nachdem China noch am vergangenen Freitag mit Militärmanövern gegen Taiwan gedroht hatte. Jiang pochte auf das Recht, an seiner Option auf Gewaltanwendung gegen eine befürchtete Unabhängigkeitserklärung Taiwans festzuhalten. Er wiederholte dabei aber nicht nur, dass China eine friedliche Lösung wolle, sondern versprach Clinton erstmals ausdrücklich, dass Peking zu ihrer Erreichung "die grösstmöglichen Anstrengungen" auf sich nehmen wolle. Beide Präsidenten erklärten, sie wollten sich für die Mitgliedschaft Chinas in der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Sie konnten

am Sonnabend noch nicht das Ende der Verhandlungen verkünden, wiesen aber ihre Unterhändler, die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky und Chinas Aussenhandelsminister Shi Guangsheng, an, die bilateralen Schlussverhandlungen rasch zum Abschluss zu bringen. Beide Verhandlungsführer kamen am Sonntag zusammen. Jiang mahnte die USA, von China keine Konzessionen zur Marktöffnung (besonders seiner Finanz- und Kapitalmärkte) zu verlangen, die seine Wirtschaftskraft überfordern und seinen nationalen Interessen schaden. Chinas Rechte und Pflichten in der WTO müssten an seinem Status als Entwicklungsland gemessen werden.

Die Welt

1999/09/11

Chinesische Soldaten üben Invasion auf Taiwan

Von Johnny Erling. China hat einen Tag vor dem Gipfeltreffen zwischen Staatspräsident Jiang Zemin und US-Präsident Bill Clinton in Auckland zum ersten Mal gross angelegte, aber bereits abgeschlossene Militärmanöver seiner Luft-, See und Landstreitkräfte bestätigt, deren Ziel und Absicht es war, eine kriegerische Auseinandersetzung mit Taiwan im Falle einer Unabhängigkeitserklärung zu simulieren. In der Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua wurden zugleich Drohungen von Chinas zweithöchstem Militärführer Zhang Wannian zitiert, dass die Streitkräfte "bereit sind, alle bösartigen Versuche zur Spaltung des Landes zu zerschmettern". Die Armee werde "nicht still sitzen und zuschauen, wenn auch nur ein Zoll Land verloren geht". Mit den Manövern sollte die Fähigkeit der Truppen demonstriert werden, "separatistische Handlungen niederzuschlagen", eine Umschreibung für eine befürchtete Unabhängigkeitserklärung Taiwans. Die Armee hätte zu Lande, Luft und auf See intensive und kombinierte Invasionsmanöver, das Übersetzen und Anlanden geübt, sowie Gegenangriffe zurückgeschlagen. Der Militärkommandeur Chen Bingde des Militärbezirks Nanking erklärte, dass die Armee, "wenn notwendig, auch über 100 000 zivile Schiffe" für die Überquerung der Taiwanstrasse verfügen könnte. Chinas Manöver an der Süd- und Südostküste gegenüber Taiwan hätten auch Angriffe von Spezialeinheiten auf Häfen simuliert. Obwohl die Übungen bereits Anfang September entlang der Küste der Provinz Zhejiang und an der südchinesischen Küste der Provinz Guangdong stattfanden und abgeschlossen sind, wurden sie erst gestern Nachmittag von Xinhua als "Eilmeldung" verbreitet. Beobachter in Peking rätselten über den Zeitpunkt der dramatisch wirkenden Veröffentlichung. Sie gibt ungewöhnlich scharfe Äusserungen des Militärs zum Konflikt mit Taiwan

wider, während sich Staatspräsident Jiang Zemin, der auch oberster Militärführer des Landes ist, gerade ausserhalb Chinas aufhält und versöhnliche Töne gegenüber den USA anstimmt. Die Warnungen des Militärs, "niemals auf die Option zur Gewaltanwendung zu verzichten", könnte die Atmosphäre der heutigen, erstmals wieder seit 15 Monaten geführten Gipfelgespräche zwischen Jiang Zemin und Clinton trüben. Andere Beobachter glauben, dass China vor allem zwei Ziele verfolgt. Es wolle mit Manövern und Drohungen seine Entschlossenheit in der Taiwanfrage demonstrieren und Druck auf die USA ausüben, sich "explizit von Taiwans Präsident Li und dessen Unabhängigkeitsideen zu distanzieren". Peking hoffe auf eine entsprechende Stellungnahme Clintons. Am Donnerstag erst hatte Taiwans Präsident Li Teng-hui, dessen Äusserungen zur Zwei-Staaten-Theorie Anfang Juli die Spannungen auslösten, Chinas Kriegsdrohungen im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans als unglaublich zurückgewiesen. Vor einem Parteitag der nationalistischen Partei Guomindang zweifelte er an Pekings Fähigkeit, einen Krieg gegen Taiwan zu führen. Die chinesische Wirtschaft hätte zu viele Probleme und sei zu "instabil".

Die Welt

1999/09/09

Zum Jubiläum ist in Peking alles bestens unter Kontrolle

Von Johnny Erling. Auf dem Sportplatz der Pekinger Volksuniversität üben 800 Studenten unter rhythmischen Rufen den Parademarsch ein. Sie skandieren die beiden Parolen: "Zhongguo Wansui" ("Es lebe das Vaterland") und "Es lebe die KP- China". Sie werden sie am 1. Oktober rufen, wenn sie am Morgen über den Changan- Boulevard, die Prachtstrasse der Hauptstadt Chinas an Chinas Führung vorbeimarschieren. "Ich habe mich freiwillig im Juni dazu gemeldet", sagt stolz der Pekinger Student im ersten Semester Sozialwissenschaften, der 19-jährige Liu Qingyuan. "Ich wollte unbedingt dabei sein." Jeder zehnte Student in Peking, 25 000 Studenten aus 50 Hochschulen, reihen sich unter die halbe Million Menschen ein, die an den organisierten Jubelfeiern zum 50. Nationalfeiertag der Volksrepublik China teilnehmen. Zehn Jahre nach dem 4. Juni 1989, als Chinas Studentenbewegung auf dem Tiananmen-Platz blutig unterdrückt wurde, lässt sich die Pekinger Führung nach der Panzerparade von Massen von Studenten zujubeln. Der 4. Juni sei für sie Geschichte, kichert Bao Hong, die mit ihren drei Kommilitoninnen in der Volksuniversität Tanzschritte einübt. Am Abend

des 1. Oktober werden sie zum Feuerwerk bei den "Tänzen im Kollektiv" zu Walzer und Diskomusik tanzen. "1989 war ich doch erst zehn Jahre alt". Der Morgen am 1. Oktober beginnt mit Flugzeugstaffeln, einer gigantischen Militärparade und zivilen Massenaufmärschen. Überall auf abgesperrten Sportplätzen der Hauptstadt, deren Eingänge nachts von Soldaten gegen Sabotageakte bewacht werden, hämmern Arbeiter an den letzten Teilen farbenprächtiger Aufbauten mit Fabeltieren, Heldenskulpturen, Raketen und Transparenten, die auf 90 Sattelschlepper langen Paradewagen durch die Innenstadt gefahren werden. Sie werden in ihrer Buntheit für die nach dem Militärmarsch erwünschte karnevalsähnliche Atmosphäre sorgen. Die rollende Bilderfolge zeigt die Geschichte Chinas der vergangenen 50 Jahre, die Zeit der Reformen seit 1978 und den Eintritt des Landes in das 21. Jahrhundert. Auf einem eigenen Wagen stellt sich jede der 31 Provinzen Chinas vor, auch Hongkong, Macau und Taiwan, dessen Wagen mit Wiedervereinigungslogos behängt ist. Während die Ausgaben für die Parade und das Feuerwerk im Millionenbereich liegen, haben sich die Kosten für den kompletten Umbau der Hauptstadt auf 110 Milliarden Yuan (25 Milliarden Mark) summiert. Die Stadt ist in 67 Grossprojekten runderneuert worden. Nur 1959, zum zehnten Jahrestag Chinas, wurde das Aussehen der Stadt ebenso radikal verändert. Dazu gehören die neue U-Bahn unter dem Tiananmen-Platz ebenso wie der neue Flughafen, Potemkinsche Projekte wie das weltgrösste Einkaufs- und Bürozentrum sowie die sieben Kilometer lange, 33 Meter breite Ost-West-Achse. Tausende kleiner Geschäfte und Häuser (vier Millionen Quadratmeter umbauter Raum) wurden abgerissen. Auf den freigeschlagenen Flächen werden Grasteppeiche ausgerollt. "Wir sind eine grüne Metropole", jubeln die Parteizeitungen. Bürger flanieren abends über Plätze, wo einst verbaute Kreuzungen waren. An der Innenstadtkreuzung der Xidan, wo 1980 Chinas erste Mauer der Demokratie stand, ist die "Plaza der Kunst" mit Cafés im Freien entstanden. Ihre Glaspyramide wurde dem Louvre nachempfunden. Für 300 Millionen Mark ist die Haupteinkaufsstrasse Wang Fujin in eine Fussgängerzone umgewandelt worden. Pekinger sitzen bis Mitternacht auf dem mit Grasflächen verzierten und bis zur Parade für sie frei begehbaren Tiananmen-Platz. Für unzählige andere gibt es nichts zu feiern. Seit Anfang der Woche müssen alle Strassenhändler mit ihren kleinen privaten Ständen ihre Sachen packen. Ordnungsbehörden verjagen brachial Schuhflicker, Zeitungsverkäufer, Fahrradreparateure und Obsthändler von den Bürgersteigen. Bettler, Obdach- und

Heimatlose werden an Bahnhöfen aufgegriffen und aus der Stadt gebracht. Für ein Drittel der 340 000 geistig behinderten Bürger der Hauptstadt gibt es umsonst Medikamente, um sie ruhig zu stellen, berichtet die Peking "Morgenzeitung". Spontaneität ist unerwünscht und gefürchtet. Abläufe und Slogans werden für die Parade immer wieder eingeübt. So war das immer schon bei den 24 Massenaufmärschen Chinas seit 1949, wie eine Ausstellung im Revolutionsmuseum zeigt. Die längste Parade in China dauerte mehr als sechs Stunden (1949), die mit den meisten Teilnehmern (1,5 Millionen in sechs Stunden) fand 1966 zur Kulturrevolution statt. Von 1971 an, nachdem Maos engster Kampfgefährte Lin Biao den Vorsitzenden hatte umbringen wollen, sagte Peking alle Paraden ab. 1984 liess sich Deng Xiaoping wieder zum 35. Jahrestag Chinas von der Armee und einer halben Millionen Menschen feiern. So gross wie zuletzt 1984 soll auch die diesjährige Feier werden. Für 50 Jahre China hat das Zentralkomitee 50 Parolen beschlossen. "Zhongguo Wansui" (Es lebe das Vaterland) ist die wichtigste darunter. Die Studenten üben sie für ihren Marsch ein. Und sie steht auf den farbigen Plakaten, die seit Dienstag in Peking geklebt werden. Sie zeigen das Bild des Platzes des Himmlischen Friedens, auf dem eine Langstreckenrakete startet.

Die Welt

1999/09/08

Die chinesischen Konjunkturprogramme sind verpufft
Wirtschaftsreformer Dong Fureng rechnet mit Abwertung des Yuan - Sparquote ist zu hoch - Zuwenig Investitionen - WELT-Gespräch. Von Johnny Erling. In China wächst die Furcht vor einem wirtschaftlichen Einbruch. Der verzweifelte Kampf mit staatlichen Interventionen und höheren Haushaltsverschuldungen das zurückgehende Wirtschaftswachstum (1998 noch 7,8 Prozent) aus dem Würgegriff der Deflationskrise zu befreien, wird länger dauern, als Peking bisher angenommen hat. Immer mehr Wirtschaftspolitiker glauben nicht mehr an einen Aufschwung innerhalb von ein oder zwei Jahren. Mehr als die Hälfte aller vom staatlichen Informationszentrum befragten Wirtschaftsforscher plädieren für eine Verlängerung der aktiven Geldpolitik des Staates für weitere fünf Jahre über das Jahr 2000 hinaus, berichtete die Sonntagszeitung "Business Weekly". "Wir sind Weltmeister im Sparen geworden" beklagt Chinas amtliche Nachrichtenagentur Xinhua. Auch nach sieben Zinssenkungen seit Mai 1996 und der Einführung einer 20-prozentigen Zinsabschlagsteuer steigen die privaten Spareinlagen weiter. Sie hatten sich innerhalb von sechs Jahren von 1520 Mrd. Yuan 1993 (180 Mrd.

US-Dollar) auf 5920 Mrd. Yuan (712 Mrd. Dollar) bis Ende Juni 1999 erhöht und erreichten 71 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Durch den Konsum- und Investitionsverzicht fallen seit 21 Monaten die Einzelhandelspreise und seit 18 Monaten die Verbrauchsgüterpreise. Aber nur über eine aktive Geldpolitik können die Probleme nicht dauerhaft gelöst werden, sagt einer der bekanntesten Wirtschaftsreformer, Dong Fureng, im Gespräch mit der WELT. Der 72jährige Vizevorsitzende des Wirtschaftsausschusses in Chinas parlamentarischer Beratungskommission verweist auf die nur wenige Monate anhaltende Wirkung der ersten Konjunkturspritze von 100 Mrd. Yuan in die Infrastruktur 1998. Peking musste letzte Woche weitere 60 Millrd. Yuan nachlegen. Während die Zentralbank an ein Wachstum von sieben Prozent für dieses Jahr und an eine baldige Erholung glaubt, wäre Dong zufrieden, "wenn es gelingt, im nächsten Jahr einen weiteren Abfall zu verhindern und die Wirtschaft zu stabilisieren." Der international renommierte Ökonom hatte sich schon 1996 für eine aktive Geldpolitik und staatliche Konjunkturprogramme stark gemacht und damit gegen die damaligen Inflationsängste gestellt. Nun sieht er den Strukturwandel zu einem intensivem Wachstum und die weitere Liberalisierung der Wirtschaft als vordringliche Anliegen der Reformpolitik an. Die Konjunkturspritzen verpufften, weil sie keine Nachfolgeinvestitionen auslösten. Dong sorgt sich darüber, dass technische Erneuerungsinvestitionen im ersten Halbjahr nur noch um 1,1 Prozent gestiegen sind und im Juli sogar um über zehn Prozent zum Vergleichsmonat gefallen sind. Den Unternehmen fehle das Geld. Private chinesische Investoren halten sich zurück, solange ihnen Gewerbe wie Versicherung, Banken, Telekommunikation oder Börsen versperrt sind.

Die Welt

1999/07/23

Eine Sekte lehrt Peking das Fürchten - Falun Gong
Leitartikel von Johnny Erling. Fünfmal hintereinander veröffentlichte Chinas Parteizeitung "Renmin Ribao" in den vergangenen Wochen Kommentare und Aufrufe gegen den Aberglauben. Dann nannte sie Ross und Reiter. Gestern verhängte Peking den Bann über die sektenartige Religionsbewegung Falun Gong als eine ihre Macht herausfordernde "illegale Organisation". Damit wurde ein Religionskult kriminalisiert, der in den acht Jahren seines Bestehens nach eigenen Angaben mehr Gläubige anzog, als die Kommunistische Partei in den fast 80 Jahren seit ihrer Gründung Mitglieder hatte. Der KP waren die

meditierenden, angeblich weltweit 100 Millionen Anhänger der Falun Gong (die meisten davon in China) so unheimlich geworden, dass Parteichef Jiang Zemin persönlich das Verbot erzwang. Anders als bei den vom Volk isolierten politischen Dissidenten, die die Behörden derzeit ohne grosses Risiko willkürlich verhaften lassen, wagt die Partei nur zögernd die Machtprobe mit einem Feind, den sie in ihren internen Studien als ihre gefährlichste Herausforderung sieht. Landesweit wurden zuerst mehr als 70 Sektenführer verhaftet. In den Städten wurden schon kleinste Ansammlungen von Falun-Gong-Anhängern abgefangen, in Sportstadien gebracht und dann nach Hause geschickt. Der Schreck sitzt der Partei seit April in den Knochen, als 15 000 Falun-Gong-Anhänger mit Sitzstreiks das Regierungsviertel besetzten und die Partei damals kapitulieren musste. Führer der Falun Gong ist der 1950 geborene, einst als kleiner Beamter arbeitende Li Hongzhi. Er hat die Lehre von Gebotsrad (Falun) als Mischung aus konfuzianischen Riten, buddhistischen und taoistischen Lehren mit traditionellen Atem- und Bewegungstechniken (Qi Gong) entwickelt. Von den in zehn Sprachen übersetzten Schriften Li Hongzhis geht die für Sekten weltweit typische Faszination aus. Die Anhänger glauben, alles Leid selbst heilen zu können. Falun Gong ist so zur Nummer eins unter den 250 Qi-Gong-Schulen Chinas geworden. Seine Heerscharen sind unter Bürgern aller Schichten, aber auch unter vielen Enttäuschten innerhalb der Partei zu finden - vom Jugendverband bis zur Parteizeitung. Li Hongzhi, der sich nach dem Verbot eines seiner Bücher 1996 in die USA absetzte, steuert von dort die Falun-Gong-Bewegung über das Internet. Blitzschnelle Internet-Server und eigene Homepages (allein 80 soll es in China geben) unterhöheln das Informationsmonopol der Partei: Ohne dass Peking auch nur mit einem Wort die Verhaftungen der 70 Falun-Gong-Führer bekanntgab, wussten die Falun-Gong-Anhänger bis ins kleinste Dorf über die Aktion sofort Bescheid und machten mobil. Peking, das jede Dissidenten-Homepage blockieren lässt, wurde von der Internet-Lawine kalt erwischt. Die Partei befürchtet, dass Li Hongzhi die Mittel hat, politisches Kapital aus seinem Einfluss zu schlagen. Im Internet warnte er jüngst Peking, sich nicht 100 Millionen Feinde zu machen.

Die Welt

1999/07/16

China will Taiwan einschüchtern

Von Johnny Erling. Die Nuklearmacht China ist seit mehr als 20 Jahren auch in der Lage, Neutronenbomben

herzustellen, Atomsprengköpfe zu miniaturisieren und eine Vielzahl von Trägerraketen zu entwickeln. Das legte der Leiter des Informationsamtes beim Pekinger Staatsrat, Zhao Qizheng, am Donnerstag in einem 40seitigen Report offen. 1964 hatte China seine erste Atombombe, drei Jahre später die erste Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht. Damit wurde erstmals öffentlich, dass China seit Jahren über die Technologien zur Entwicklung moderner nuklearer Massenvernichtungswaffen verfügt und sie den Angaben zufolge "aus eigener Kraft" entwickelt hat. Zhao liess offen, ob Peking auch alle diese Waffen produzieren lässt oder bereits in seinen Arsenalen verfügbar hat. Er wies vor allem die Beschuldigungen des in den USA erschienenen sogenannten Cox-Reports zurück, wonach China sich das Know-how für nukleare Atomsprengköpfe und für seine Satelliten- und Lasertechnologie durch Spionage erworben haben soll. Beobachter sahen in der kurzfristig einberufenen Pressekonferenz aber nicht nur eine Kritik des Cox-Reports, sondern auch die Absicht Pekings, seinen Druck auf Taiwan zu verschärfen. China beschuldigt Taiwans Präsident Lee Teng-hui in einem seit Montag eskalierenden Krieg der Worte, Taiwan in die Unabhängigkeit und von China weg führen zu wollen. Anlass dafür bot die öffentliche Erklärung Lees, dass es für ihn keine Ein-China-Theorie mehr gebe, sondern China und Taiwan zwei Staaten seien, die in einem besonderen Verhältnis zueinander stünden. So passte die öffentliche Darstellung der eigenen Massenvernichtungsmittel in den Zusammenhang verschärfter verbaler Drohungen Chinas gegenüber Taiwan. Erstmals kamen sie auch von seiten des chinesischen Militärs. Verteidigungsminister Chi Haotian warnte, dass die Volksbefreiungsarmee "jederzeit bereit ist, die territoriale Integrität des Landes zu schützen, und jeden Versuch, China zu spalten, zerschlagen wird". Für Peking gehört Taiwan zum kommunistischen, chinesischen Staat, auch wenn die wirtschaftlichen und politischen Systeme verschieden sind. Die Armeezeitung "Jiefang Junbao" schrieb, unter den Armeeangehörigen herrsche "unvergleichbarer Zorn" über Lees "verbrecherische Pläne, das Vaterland zu spalten". Chinas Regierung trete für eine friedliche Wiedervereinigung ein. "Aber wir haben niemals auf die Option, Gewalt anzuwenden, verzichtet", hiess es. Um die Krise nicht von aussen anzuheizen, beeilten sich sowohl die Regierungssprecher von Japan als auch aus den USA seit Montag zu erklären, dass ihre Länder bei der Ein-China-Politik bleiben. US-Aussenamtssprecher James Rubin forderte beide Seiten auf, "keine Schritte zu unternehmen oder Äusserungen zu machen, die

einen Dialog erschweren". Chinas Presse aber nennt Taiwans Präsident Lee Teng-hui bereits einen "nationalen Verbrecher, dessen Name zehntausend Jahre lang übel riechen wird". Taiwans Regierungschef Vincent Siew wiederum machte gestern deutlich, dass das Land an der von Lee neudefinierten Zwei-Staaten-Theorie festhalten werde und diese international erklären wolle. Taiwan hat seit Mittwoch seine Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Militärs rechnen nun wie schon bei der Krise 1996 mit Armeemanövern Pekings in der Taiwan-Meerenge, um den Nervenkrieg zu forcieren. Der einst mühsam ausgehandelte erste Besuch des obersten chinesischen Taiwan-Beauftragten in Taipeh gilt in Peking bereits als undurchführbar. Der 83jährige Wang Daohan sollte im Oktober nach Taiwan fahren. "Taiwan hat die Grundlage der Ein-China-Politik gekündigt, die Atmosphäre ist vergiftet. Wie sollte Wang jetzt noch fahren können?" fragen chinesische Beamte.

Die Welt

1999/07/14

Neue Eiszeit zwischen Taiwan und China

Von Johnny Erling. In die politischen Beziehungen zwischen Peking und Taipeh zieht nach den jüngsten Äusserungen von Taiwans Präsident Lee Teng-hui zur Zwei-Staaten-Theorie Chinas wieder die Eiszeit ein. Sprecher des Pekinger Aussenministeriums warnten Taiwans Behörden davor, die Entschlossenheit der chinesischen Regierung zu unterschätzen. Sie werde Chinas Einheit um jeden Preis verteidigen. Ein Kommentator der Nachrichtenagentur Xinhua droht mit einer "grossen Katastrophe", wenn die Politik Lees zu einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans führe. Lee hatte in einem Interview mit der Deutschen Welle öffentlich Abschied von der bislang von Peking wie von Taiwan akzeptierten und über Jahrzehnte unverändert geltenden Sprachregelung von "einem unteilbaren China" genommen. Statt dessen sagte er: "Seit unserer Verfassungsänderung 1991 definieren wir unsere bilateralen Beziehungen als Beziehungen zwischen Staaten oder zumindest als besondere Beziehungen zwischen Staaten." Diese Äusserungen rufen Erinnerungen an die kriegerischen Manöver Pekings im März 1996 in der Taiwan-Meerenge hervor, als China nach dem USA-Besuch Lee Teng-huis Taipehs Politik auf Unabhängigkeitskurs sah. Peking hält bis heute prinzipiell an seiner Option auf Gewaltanwendung fest, um eine Wiedervereinigung mit Taiwan zu erreichen, wenn es sich dazu herausgefordert fühlt. Die USA und Japan hoben in einer ersten Reaktion die weitere Gültigkeit ihrer Ein-China-Politik hervor; auch sähen sie die jüngste

Entwicklung als eine rein chinesisch-taiwanische Auseinandersetzung. Auch Chinas Staatsfernsehen berichtete über die rasche Reaktion der USA. Die Drohungen Pekings und wütenden Leitartikel in den Zeitungen liessen am Dienstag Taiwans Börse um 259 Punkte (3,1 Prozent) fallen. Die hochentwickelte Industrie Taiwans ist eng mit der Wirtschaft des Festlandes verflochten und befürchtet negative Auswirkungen auf das Investitionsklima. Ein Drittel aller an der Börse in Taipeh notierten Unternehmen ist auf dem chinesischen Festland engagiert. Taiwanische Investoren haben in mehr als 42.000 Projekte über 22 Milliarden Dollar investiert. Diplomaten in Peking rechneten mit einem schweren Rückschlag und dem erneuten Aussetzen des für Oktober geplanten und über Monate mühsam ausgehandelten erstmaligen Besuchs des obersten chinesischen Taiwan-Beauftragten, Wang Daohan, in Taipeh. Der 83jährige Wang sollte den ebenfalls erstmaligen Peking-Besuch im vergangenen Oktober des taiwanischen Unterhändlers Koo Chen-fu erwidern. In der Parteizeitung "Renmin Ribao" warnte Wang : Wenn Taiwan an der Zwei-Staaten-Theorie festhalte, gebe es keine Grundlage mehr für Begegnung, Austausch und Dialog. Überall in Asien wurde gestern über die Motive von Taiwans Präsident Lee spekuliert. Beobachter sprechen von einem abgekarteten Spiel eines Präsidenten, dessen Amtszeit im März 2000 abläuft und der seine Nachfolger auf die Unabhängigkeit Taiwans festlegen wolle. Lee hatte seine Aussage publik gemacht, noch bevor die Deutsche Welle berichten konnte, die das Interview am 18. Juli senden will.

Die Welt

1999/07/09

Japan vermittelt in China für die USA

Von Johnny Erling. Japans Ministerpräsident Keizo Obuchi will die Pekinger Führung bitten, auf das mit China befreundete Nordkorea einzuwirken, jeden weiteren Raketentest zu unterlassen. Obuchi, der am Freitag mit Staatspräsident Jiang Zemin, Premier Zhu Rongji und Parlamentspräsident Li Peng zusammentrifft, nannte die Gespräche über strategische Sicherheit in Asien ein wichtiges Ziel seiner Reise. Japan übernimmt damit zugleich eine Vermittlerrolle für die USA. Zwischen Peking und Washington ist - wegen der aus chinesischer Sicht unaufgeklärten Beschiessung seiner Belgrader Botschaft - der frühere regelmässige Dialog über strategische und regionale Sicherheit in Asien noch immer ausgesetzt. Sorge haben auch Berichte ausgelöst, wonach Nordkorea eine neue, verbesserte Version des Raketentyps Taepodong

in Kürze testen lassen will. Vor wenigen Tagen sind überdies die Nord-Süd-Gespräche ergebnislos abgebrochen worden. Mit 4000 bis 6000 Kilometern geschätzter Flugweite könnte Typ 2 der Rakete die Küste der USA erreichen. Das kommunistische Nordkorea hatte am 31. August eine ähnliche Trägerrakete (mit der Behauptung, es sei ein fehlgegangener Satellitenstart) über Japan in den Pazifik geschossen. Japans Aussenministerium warnte Nordkorea "vor ernststen Folgen für Sicherheit und Stabilität der Region", wenn sich die Nachrichten über den neuen Test bewahrheiten sollten. Pjōngjang verbat sich jede Einmischung. Die Entwicklung von Raketen und ihre Tests seien "souveränes Recht" des Landes. Obuchi will auch in wirtschaftlichen Fragen eine Vermittlerrolle übernehmen. Japan möchte China künftig stärker in die Treffen der G-8- Länder miteinbinden, eine auch von Deutschland unterstützte Geste. Als erster westlicher Industriestaat brachte Japan überdies in der Nacht seine bilateralen Verhandlungen über eine Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) zum Abschluss. Bis kurz vor dem Eintreffen Obuchis wurde über die letzten strittigen Punkte gerungen, darunter japanische Mehrheitsbeteiligungen an Chinas Telekommunikation, im Bausektor und Zugang zum Grosshandel. Zwar gab es, wie Beobachter vermutet hatten, kein offizielles WTO-Protokoll, aber eine sehr starke WTO-Erklärung durch Obuchi, die sich positiv auf die weiteren chinesisch-amerikanischen Gespräche zur WTO auswirken könnte. Schwieriger fällt es Japans Premier, Pekings massive Bedenken gegen die neuen Verteidigungsrichtlinien Japans mit den USA und gegen die Pläne für einen Aufbau eines asiatischen TMD-Anti-Raketenabwehrsystems zu zerstreuen. China kritisiert scharf Japans Zusage, im Fall einer Krise in nicht näher spezifizierten "Gebieten um Japan" die USA militärisch zu unterstützen. Peking verlangt im Hinblick auf eine Wiedervereinigung mit Taiwan von Tokio, dass Taiwan weder unter die Richtlinien noch unter das geplante US-Raketenschutzschild fällt. Die Beziehungen bleiben auch von der Geschichte belastet. Einen Tag vor der Ankunft Obuchis hat China bei den Gedenkfeiern zum 62. Jahrestag des Kriegsausbruchs mit Japan 1937 deutlich gemacht, dass die Erinnerung an den Überfall Japans nicht vergessen ist.

Die Welt

1999/07/08

Erste Risse in den neuen Deichen

Von Johnny Erling. In China bahnt sich kaum ein Jahr nach den verheerenden Überschwemmungen von 1998, die 4150 Tote, Millionen von Obdachlose, Schäden in

einer Höhe von umgerechnet 45 Milliarden Mark forderten, eine erneute Hochwasserkatastrophe an. Zum Auslöser wurden anhaltende Regenschürme, die grosse Teile der Region innerhalb des riesigen Jangtse-Einzugsgebiets von Südwestchina bis zur Flussmündung bei Shanghai überschwemmten und bereits 60 Millionen Menschen gefährden. In den von den Unwettern schwer betroffenen vier Provinzen Hubei, Jiangxi, Zhejiang und Anhui wurden seit Ende Juni 240 Menschen getötet. Zehntausende Häuser wurden zerstört. 1,84 Millionen Menschen mussten auf höheres Gelände umgesiedelt werden, und 660 000 Hektar Ernten wurden vernichtet, so das Pekinger Zivilministerium in seiner ersten Katastrophenbilanz. Es organisierte die Lieferung von 5000 Zelten, schickte medizinische Teams in die betroffenen Gebiete und versprach für die Einhaltung der sozialen Sicherheit zu sorgen. Bei nur noch leichtem Regen erlebte die zentralchinesische Millionenstadt Wuhan am Jangtsestrom den Durchgang der ersten Flutwelle des diesjährigen Hochwassers. Lokale Zeitungen hatten vor der durch Regen und aufgeschwemmte Nebenflüsse verstärkten Welle gewarnt, die aber glimpflich verlief. Alle 184 Dammtore zum Strom waren geschlossen und vermauert worden. 6000 Dammwachen patrouillieren seit Montag wieder über die 178 Kilometer langen Hauptdeiche der Stadt, die Tag und Nacht bewacht werden, seitdem der Wasserstand des Jangtse den untersten Alarmpegel von 27,30 Metern überstiegen hat. Viele tiefliegende Bezirke in Wuhans drei Stadtteilen liegen drei bis sechs Meter unter diesem Pegel. Der Strom stieg vor der ersten Flutwelle auf 27,65 Meter an. 1998 hatte der Jangtse bei Wuhan, dessen Dämme 31,40 Meter hoch sind, im August nach sieben Flutwellen einen Höchststand von 29,43 Metern erreicht. 60 000 Menschen bewachten damals die Stadtdämme, die dem Wasserdruck standhielten. Der Vizeleiter der Wuhaner Flutkontrolle, Wu Shiwei, sprach von einer im Vergleich zum Vorjahr weniger katastrophalen Lage, nannte aber ihre weitere Entwicklung "schwer kalkulierbar. Alles hängt vom Wetter ab". Voraussagen seien schwierig, weil den traditionellen Flutursachen wie etwa der Schneeschmelze im tibetischen Hochland nur noch eine Nebenbedeutung zukomme. Dafür spielen unberechenbare Regenschürme eine immer grössere Rolle. Peking hat seit der Flutkatastrophe 1998 mit Milliardeninvestitionen Deiche und Dämme des Jangtse verstärkt, Abholzungsverbote für die Wälder erlassen und rund 200 000 Menschen aus den Flussniederungen und von den Seen weg umsiedeln lassen. Chinas bekannteste Reportagesendung "Brennpunkt" berichtete aber bereits über Risse an

neuen Dammbauten in der Provinz Hubei und kritisierte Pfusch und Bereicherung. Hunderttausende Soldaten und Bürger sind wieder aufgeboten, um mögliche Schäden an den Jangtsedämmen frühzeitig zu entdecken. Allein in der Provinz Hubei, deren Hauptstadt Wuhan ist, wachten gestern 120 000 Menschen über die Sicherheit der Deiche. Zu dramatischen Szenen war es am Sonntag gekommen, als sich 60 Kilometer oberhalb Wuhans bei Jiayü ein Zehn- Zentimeter-Riss im Hauptdamm zu einem 1,50 Meter weiten kreisrunden Loch ausweitete. 2900 Soldaten brauchten 14 Stunden, um den Damm zu stopfen.

Die Welt

1999/07/05

Gerüchte über Rücktritt von Premier Zhu

Von Johnny Erling. In China brodeln die politische Gerüchteküche. Als vergangene Woche bekannt wurde, dass der Ende Juni für einige Tage verschwundene Premier Zhu Rongji unter innenpolitischem Druck steht und über einen Rücktritt spekuliert wurde, reagierten Asiens Börsen mit heftigen Ausschlägen. Es seien "unbegründete und fabrizierte Gerüchte", hiess es im Staatsrat und im Aussenministerium. Peking liess über seine Finanzinstitute Aktien kaufen. Die Börsen erholten sich zum Wochenende wieder. Seit langem ist bekannt, dass sich Zhu mit seinen radikalen Reformen viele Feinde in der von ihm verschlankten Regierungsbürokratie gemacht hat. Im April bestätigte er der kanadischen Zeitung "Globe and Mail", dass er sich auch in seinen anderen Reformen nicht beirren lasse. Er werde zurücktreten, wenn es ihm nicht gelinge, bis Ende 2000 die marode Staatsindustrie zu sanieren. Beobachter sind der Ansicht, dass Zhu in die schwerste Krise seit seinem Amtsantritt 1998 geraten ist. "Er ist auf eine der Minen getreten, über die er immer geredet hatte." Während die nationalen Zeitungen bis heute schwiegen, lüftete eine Provinzzeitung in Zhejiang das Geheimnis seiner zehntägigen Abwesenheit. Vom 18. Juni bis 27. Juni hielt sich Zhu in der ostchinesischen Provinz auf, angeblich um dort die Frage der Wohnungsreformen zu untersuchen. Insider berichten, er habe dort abwarten müssen, während in Peking über ihn beraten wurde. Angelastet wird Zhu, er habe während seiner USA-Reise im April zu weitgehende Zusagen über die Öffnung des chinesischen Markts für das Ausland gemacht, ohne im Gegenzug US- Unterstützung für Pekings Mitgliedschaft in der WTO zu gewinnen. Zhu habe nicht damit gerechnet, dass ein aus innenpolitischen Gründen zögernder Präsident Bill Clinton ihn mit leeren Händen zurückfahren liess, sagte

ein Beobachter. Hinzu kam, dass die USA Zhu brüskierten, indem sie seine WTO-Zugeständnisse öffentlich machten und Nachforderungen stellten. Für Zhus Gegner in den Staatsindustrien und Bürokratien war das Wasser auf ihre Mühlen. Ihre bis dahin latente Kritik verschärfte sich, vor allem nach dem irrtümlichen US-Luftangriff auf Chinas Botschaft in Belgrad. In Pekings Universitäten erschienen in der Flut antiamerikanischer Pamphlete auch "spontane" Wandzeitungen gegen die WTO und erste Beschimpfungen Zhus. Das Pekinger ultralinke Monatsmagazin "Suche nach der Wahrheit" schrieb jetzt, dass alle US- Versprechungen, Chinas WTO-Beitritt zu unterstützen, nur Vorwand seien, um "unsere Märkte zu erobern und China wieder zur Halbkolonie zu machen". Das Shanghaier Magazin "Wirtschaftsforschung" attackierte die "romantischen Vorstellungen", die Aussenhandelsministerium und Staatsrat mit dem WTO-Beitritt verbänden. Beide Institutionen gehören zur schwachen Hausmacht Zhus. Die Hauptkritiker finden sich im Präsidium des Parlaments (Volkskongress). Sie sehen durch das Tempo der Reformen die Stabilität des Landes gefährdet. Diplomaten in Peking berichten, dass sich ausserdem der Parlamentspräsident und Ex-Premier Li Peng von Zhus Kritik am Drei-Schluchten-Staudamm herausgefordert fühlt. Li gilt als Mentor des weltweit umstrittenen Damms. Die Debatte über Missstände bei der Umsiedlung von mehr als einer Million Menschen, über Pfusch und Korruption bei den Bauten (17 von 20 Brücken haben Mängel) und Strassen habe ihn verbittert. Zhus Ruf als Wirtschaftsmanager ist angeschlagen, seit das Wirtschaftswachstum zurückgeht. Der Premier hat offenbar auch Kompetenzen verloren. Für die Aussenpolitik spricht immer öfter Li Peng. Die Reform der Staatsunternehmen hat Parteichef Jiang zu seiner Chefsache gemacht.ä

Die Welt

1999/06/30

Der Dalai Lama kann nun in die Heimat surfen

Von Johnny Erling. Lhasa - An der Südostecke auf dem berühmten Barkhor- Pilgerpfad, der um das heilige Tempelkloster Jokhang führt, werfen Pilger bündelweise Weihrauchsträucher in einen grossen Lehmofen. Dichte Rauchschwaden, die nach Wacholder duften, vernebeln die schmale Gasse. Der Nebel hüllt gläubige Tibeter ein, die einem Jahrhunderte alten Ritus folgen und mit Gebetstrommeln und Rosenkränzen im Uhrzeigersinn den Barkhor abschreiten. Im Eckrestaurant "Makye Ame" schliesst der Australier Andy Halloway die

Glastür zu dem kleinen Pavillon, in dem er vor einem Computer sitzt. "Wir haben gewonnen", jubelt er plötzlich. Australien ist Cricketmeister. Er hat es im Internet gelesen. Tibets Hauptstadt ist online. Nirgendwo in Lhasa prallen Vergangenheit und Moderne so krass aufeinander wie an dieser Stelle des basarhaften, uralten Innenstadtringes, auf dem jährlich eine Million Pilger wallfahren. "Makye Ame" ist das jüngste unter einem halben Dutzend Internet-Cafés und das einzige, das am Pilgerpfad liegt. Seinen Namen "Für die verehrte Frau" leitet es nach der Legende von den Besuchen des volksnahen Sechsten Dalai Lama, Tsangyang Gyaltso, um 1702 ab. Er habe in diesem Haus Gedichte und Oden verfasst, erzählt der 34jährige Tibeter Zerang Wangjing. Für sein Café, das er zum Treffpunkt von Ausländern und Künstlern machen will, hat er drei Computer installiert und dafür knapp 10 000 Mark investiert. "Am schwersten war es, eine IDD-Telefonleitung in die uralte Strasse zu bekommen". Sieben Renminbi (knapp ein Euro) kosten zehn Minuten E-Mail oder Surfen zwischen zehn Uhr morgens bis elf Uhr abends. Der Siegeszug des Internet hört trotz politischer und religiöser Unterdrückung auch nicht vor dem Dach der Welt auf. Der Zeitsprung ist so schnell, dass die Sprache nicht mitkommt. Das Tibetische kennt kein eigenes Wort für Internet, sondern umschreibt es mit der Übersetzung "lok lai" des chinesischen Wortes für Computer "dian nao" (elektrisches Gehirn). Unter Chinas 2,1 Millionen Internet-Nutzern ist Tibet bisher Schlusslicht mit 0,02 Prozent Anteil. Im siebten Stock des neuen Telekommunikationsamtes, wo seit April 1998 die lokale Schaltstelle mit der Einwählnummer 163 sitzt, gibt man sich mit den bislang 358 angemeldeten Internet-Nutzern in Lhasa nicht zufrieden. Amtschef Tschangba verkündet: "Wir weiten aus. Im September installieren wir unseren ersten Server mit einer Lhasa-Homepage." Er verweist auf die explosive Ausbreitung der Mobiltelefone. Nachdem Lhasa der Stadt Kanton ausgediente Siemens-Schaltanlagen für 80 000 Anschlüsse abkaufte, hat sich die Zahl der Handys in Tibets Städten in nur einem Jahr von 3000 im Juni 1998 auf heute 16 000 verfünffacht. 30 000 sollen es im Jahr 2000 sein. Ab Herbst wollen auch die Hotels Internet anbieten. Der 26jährige chinesische Software-Spezialist You Dewen aus der Stadt Chengdu war der erste, der die Chance des neuen Mediums erkannte. Schon einen Monat nach der Nachricht vom Internet-Anschluss Lhasas hatte sich der Privatunternehmer im Mai 1998 mit vier Monitoren als Untermieter im "Barkhor-Café" eingenistet. Dessen tibetischen Besitzer überzeugte er, dass E-Mail neue Kunden bringt. 60 bis 70 User kommen seither pro Tag.

Auch Tibeter sind darunter, deren Verwandte im Ausland leben. Über Probleme mit den Sicherheitsbehörden klagt noch keiner der inzwischen sechs Besitzer von Internet-Cafés in Lhasa. Einzige Einschränkung: Tibetische Software darf nicht installiert werden. Vielleicht, weil unter den Chinesen, die amtshalber und heimlich alle E-Mails mitlesen, so wenig der tibetischen Sprache mächtig sind.

Die Welt

1999/06/22

China im Höhenrausch: Neubau von Wolkenkratzern

Von Johnny Erling. Seit sich Asiens Volkswirtschaften erholen und selbst an den Börsen Chinas Hochstimmung herrscht, regt sich wieder neue Lust nach Baurekorden. Über allen Wolken schweben heisst das Motto, wenn Ende Juni das Grand Hyatt-Luxushotel in Schanghais Sonderwirtschaftszone Pudong im Soft-Opening seine Skylounge unter dem Dach des 420 Meter hohen Jin Mao-Wolkenkratzers eröffnet. "Wir nennen sie Cloud Nine" verrät der britische Hotelmanager Shaun Treacy. Wolke Neun wird die höchste Bar der Welt heissen, weil man bei diesigem Wetter buchstäblich in den Wolken steht. Noch während der Asienkrise war im August vergangenen Jahres als höchster Bau Chinas das 88stöckige pagodenartige Jin Mao-Bürohochhaus fertiggebaut worden. Chinas Aussenwirtschaftsministerium brachte als Bauherr die 540 Mio. US-Dollar Baukosten auf. Noch einmal soviel kostete seitdem der technisch extrem aufwendige Umbau der letzten 35 Stockwerke des Jin Mao-Turmes. Vom 54ten bis 87ten Stockwerk wurde das höchste Hotel der Welt gebaut. Hochgeschwindigkeitsaufzüge, 555 mit Sensoren, Funktionsbädern und Internetfernsehen ausgerüstete Zimmer und ein Sky-Schwimmbad (280 Meter über dem Boden) machen das Rekordhotel auch zu einem der modernsten der Welt. Trotz Immobilienflaute und leerstehenden Büroflächen wird in China wieder in Superlativen gedacht. 130 Hochhäuser (ab zwölf Stockwerke) stehen in Pudong, 60 sind im Bau. Mit dem Jin Mao-Gebäude und dem 468 Meter hohen Fernsehturm "Oriental Tower" befinden sich darunter zwei der zehn höchsten Gebäude der Welt. Der Bau des dritten Wolkenkratzers, des auf 460 Meter und 94 Stockwerke geplanten Weltfinanzzentrums, ruht vorerst. Der japanische Bauinvestor Mori (Forest) und sein Konsortium japanischer Banken setzten nach der Grundsteinlegung im August letzten Jahres wegen der Asienkrise den Baubeginn für das 670 Millionen US-Dollar teure, von US-Architekten (KPF) als höchstes Bürogebäude der Welt entworfene Superhochhaus vorerst aus. Zhao

Jieping, Leiter der Pudong Entwicklungsgesellschaft zeigt sich dennoch optimistisch. Derzeit würden die Planungen für alle 94 Stockwerke überarbeitet. "Das Gebäude soll noch höher werden". Kein Wunder. Das Weltfinanzzentrum Schanghai ist von einem Konkurrenten in Taiwan entthront worden. Taipehs Finanzministerium kündigte jetzt den Bau des 508 Meter hohen "Taipeh Internationalen Finanzzentrums" an. Es soll das "höchste Gebäude der Welt" werden. Der Bau war im Januar 1998 mit nur 58 Stockwerken begonnen worden. Dann wurde es in neuer Form ausgeschrieben und Ende April einem japanisch geführten Baukonsortium (Kumagai) zugeschlagen. Mitten in Taipehs Innenstadtbezirk Hsinyi gegenüber der Stadtregierung soll der Wolkenkratzer, in den Taiwans Börse einziehen will, bis zum März 2003 auf 101 Stockwerke wachsen und knapp 700 Mio. Dollar kosten. Taiwans Finanzministerium, dem das 30277 Quadratmeter grosse Grundstück gehört, verpachtete das Filetgrundstück taiwanesischen Investoren auf 70 Jahre für rund 630 Mio. US-Dollar. Auf den Bauzäunen, hinter denen Dutzende von Kränen derzeit die Fundamente für das Einkaufszentrum und die Tiefgaragen für 1858 PkWs ausheben, steht "Wir bringen die Welt nach Taipeh". Zeichnungen zeigen ein schlanken Turm über dem Einkaufszentrum, der zum Wahrzeichen der Stadt werden soll, die für sich wirbt: "Wir wollen Finanzzentrum Nummer 1 werden". Das Hochhaus wurde von den taiwanesischen Architekten Li Zuyuan und Wang Chongping entworfen.

Die Welt

1999/06/21

Ein Heer Unbestechlicher gegen Korruption in China

Von Johnny Erling. Peking - Er rechne mit seiner Hinrichtung, sagte Cao Xiukang und blickte in die Kamera des chinesischen Fernsehens. Bedächtig und in der Hoffnung, dass die reuevolle Einsicht ihm noch helfen könne, sprach der 50jährige Direktor des Hauptzollamts der südchinesischen Hafenstadt Zhanjiang dann weiter: "Wenn der Staat mich zum Tode verurteilt, hat er allen Grund dazu. Es ist unverzeihlich, was ich gemacht habe." Als die Sendung ausgestrahlt wurde, war Cao bereits tot. Der Staat statuierte ein Exempel gegen ein "Ausmass an Korruption und Bestechung", wie China es seit 1949 nicht mehr erlebt hätte. Mit Cao starben durch Genickschüsse auf dem Hinrichtungsplatz bei Kanton die attraktive Hongkonger Geschäftsfrau Zhang Yi, der Cao verfallen war und die sich das zunutze machte, sowie vier Grossschmuggler und Staatsbeamte. Acht Zollinspektoren, Parteisekretäre und Vizebürgermeister

von den insgesamt 31 Verurteilten erhielten eine Todesstrafe, die bei guter Führung binnen zweier Jahre in lebenslange Haft umgewandelt werden kann. Nach siebenmonatiger Untersuchung zieht China erstmals den Vorhang vor seiner weitverbreiteten Korruption auf. Die Bühne ist der wichtige Importhafen Zhanjiang in der südchinesischen Provinz Guangdong. Es gehe dort, so schrieb Chinas Parteipresse einhellig, um einen "haarsträubenden Fall der illegalen Vermischung von Geld und Macht". Zhanjiang ist nur die Spitze des Eisbergs. Auch in anderen Häfen Chinas mischen Armee und Polizei im Industrieschmuggel kräftig mit und verdienen dabei nicht schlecht. Erst als 1998 Chinas Stahlindustrien und Erdölraffinerien durch die eingeschmuggelten Produkte an den Rand des Bankrotts gerieten, schlug Peking mit einer landesweiten Kampagne und einem Heer unbestechlicher Inspektoren zurück. In Zhanjiang, so fanden chinesische Journalisten in einem Untersuchungsbericht heraus, herrschten bis dahin völlig gesetzlose Zustände. Der organisierte Schmuggel hatte von 1996 bis Juli 1998 "freie Bahn", weil alle für den Hafen und die Einfuhrkontrollen zuständigen Parteisekretäre sowie die Leiter von Zoll, Polizei und Hafenaufsicht korrumpiert worden waren. Von mehr als 300 involvierten Personen waren über 200 Staatsbeamte. Zolldirektor Cao, der 2,4 Millionen Yuan einstrich, stand in Zhanjiang nicht allein. Zur illustren Liste der korrupten Beamten gehörten etwa Zollinspekteur Zhu (sechs Millionen) der Chef der Grenzpolizei Deng (1,3 Millionen), Vizebürgermeister Yang (zwei Millionen) oder Parteileiter Chen (1,1 Millionen).

Die Welt

1999/06/17

Peking fürchtet die Falun-Sekte

Von Johnny Erling. Peking - Sie kamen in kleinen Gruppen, als ob sie Spaziergänger seien, und waren am Ende zusammen viele Tausende. Den 25. April, als das Fussvolk von Hausfrauen, Rentnern, Bürgern und Bauern aus dem Millionenheer der Anhänger der Qi-Gong-Meditationsschule (Falungong - die Lehre vom Gebotsrad) die Strassen vor Pekings Regierungsviertel Zhong Nanhai besetzten, wird Chinas KP so schnell nicht vergessen. Mehr als 15 000 Menschen harhten im friedlichen Protest bis in die Nacht auf den Bürgersteigen um Zhong Nanhai aus, während ihre Vertreter mit der Regierung sprachen. In deren Abordnung waren keine Mönche, sondern erfahrene Verhandler, darunter hohe Funktionäre. Pekings Regierung erfüllte zähneknirschend alle Forderungen nach Stopp der Kritik an der Falun-Lehre

und nach Freilassung ihrer Anhänger. Der erzwungene Burgfrieden hielt nur vorübergehend. Sechs Wochen später stehen sich erneut die Partei und die Falun-Glaubensgemeinschaft gegenüber. "Die Partei sieht sich von Falun stärker herausgefordert als von allen Dissidenten", so ein Insider. Peking warnte in einem am Dienstag von allen Tageszeitungen veröffentlichten Rundschreiben die Masse der Falun-Meditierenden, die jeden Morgen in den Parks ihre Konzentrationsübungen machen, sich nicht gegen die Regierung aufhetzen zu lassen. Niemand wolle ihnen ihre Qi-Gong-Übungen verbieten. Chinas Regierung betreibe auch nicht die Auslieferung des in den USA lebenden Schöpfers der Heilslehre, Li Hongzhi. Chinas Partei trat mit der Veröffentlichung des Rundschreibens die Flucht nach vorne an. "Sie hat es mit einem Gegner zu tun, der sie nicht nur unterwandert, sondern ihr immer einige Schritte voraus ist", heisst es in informierten Kreisen. Auf zweisprachigen Homepages hatte die Gemeinschaft, deren Anhänger heute unter Chinas Militärs ebenso wie unter Redakteuren der Parteizeitung, im kommunistischen Jugendverband ebenso wie in der Staatsanwaltschaft zu finden sind, das zuvor nur innerhalb der Partei zirkulierende Rundschreiben schon Tage vor seiner Veröffentlichung publik gemacht und kritisiert. Peking, das jede Dissidenten-Homepage blockieren lässt, zeigt sich gegen die Internet-Lawine der Falungong, die auch in Asien, den USA, Kanada und Europa vertreten sind, hilflos. Mit dem erst 1992 gegründeten Meditationskult Falun, der angeblich weltweit 100 Millionen Anhänger hat, tut sich China schwer. Von der Falun-Meditation und den Schriften Li Hongzhis geht eine so starke Faszination aus, dass die Anhänger glauben, mit Falun-Übungen alles körperliche und seelische Leid selbst heilen zu können. Falun-Gründer Li Hongzhi schreibt jetzt im Internet, Peking solle sich nicht 100 Millionen Falun-Anhänger, die nur Gutes wollten, zu Gegnern machen. Chinas Partei nimmt diese indirekte Drohung sehr ernst. Falun im Internet: <http://www.falundafa.org>

Die Welt

1999/06/17

Der Botschaftsbeschluss als "Lektion in Patriotismus"

Von Johnny Erling. Peking - In Chinas Führung hat nach dem Ende der Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien das Tauziehen um ihre künftige USA-Politik begonnen. Dabei stehen sich orthodoxe Parteifunktionäre und Militärs sowie Reformen gegenüber. Die letzteren wollen die bilateralen Beziehungen möglichst schnell wieder auf normale Gleise zurückbringen. Welche Haltung sich innerhalb Pekings Führung durchsetzt,

könnte sich diese Woche an der Reaktion Chinas auf den offiziellen Untersuchungsbericht Washingtons über den Beschluss seiner Belgrader Botschaft am 7. Mai ablesen lassen. Wie konnte es dazu kommen, wer trug die Verantwortung, und wer wird zur Rechenschaft gezogen? Diese Fragen sollte der Bericht beantworten, den der Sonderbeauftragte von Bill Clinton, der US-Aussenamtsstaatssekretär Thomas Pickering, am Mittwoch in Peking vorlegte. Sollte China die Erklärung über eine unbeabsichtigte Bombardierung der Botschaft akzeptieren, wäre der Weg für den überfälligen Besuch der US-Handelsbeauftragten Charlene Barshefsky und für die Wiederaufnahme der Gespräche des Beitritts Chinas noch in diesem Jahr zur Welthandelsorganisation (WTO) frei.

Vizeausenhandelsminister Sun Zhenyu offerierte am Montag in einem Interview mit der Zeitung "China Daily" neue Verhandlungsflexibilität bei einem WTO-Beitritt. In der ersten offiziellen Stellungnahme der chinesischen Führung nach der Kosovo-Resolution der UNO hatte sich Parlamentspräsident Li Peng als Vertreter einer harten Linie des Misstrauens gegenüber den USA zu erkennen gegeben. Li, in Chinas Machtelite nach Parteichef Jiang Zemin die Nummer zwei, nannte den UN-Friedensplan eine Niederlage für die "von der USA geführte Nato". Trotz ihrer waffenmässigen Übermacht sei es den USA nicht gelungen, das jugoslawische Volk zu besiegen. Auffallend andere Töne schlug dagegen Chinas Vizepremier und einst langjähriger Aussenminister Qian Qichen an. Qian signalisierte bei einem Besuch der zentralasiatischen GUS-Republiken das Interesse Chinas an einer Fortsetzung des Dialogs mit den USA. Die Parteizeitung "Renmin Ribao" zitierte ihn: "China will keine Gegnerschaft zu den USA." Qian erinnerte an die Serie gegenseitiger Gipfelbesuche 1997 und 1998 und zuletzt den USA-Besuch von Chinas Premier Zhu Rongji noch zu Beginn der Nato-Angriffe. "Es gibt keine Änderung in der Aussenpolitik, den Reformen und der Öffnung Chinas", auch wenn Peking gegen "einige Massnahmen" der USA und besonders der US-Politik in der Kosovo-Frage Position beziehe. Hardliner in Chinas Militär halten auch nach dem Ende der Luftangriffe an ihrer anti-amerikanischen Haltung fest. In der jüngsten Ausgabe der Wochenzeitung "Zhongguo Guofangbao" (Landesverteidigung) nennt der Armeestrategie Peng Guangqian von der Pekinger Militärakademie den Luftangriff auf Chinas Botschaft weiterhin eine absichtliche Aktion der USA. Sie wollte den "Kampfwillen des chinesischen Volks testen". Dies passe zu ihrer "hegemonistischen Logik". Die USA hätten mit ihrem Angriff auf Jugoslawien viele Absichten verfolgt, aber nur wenig erreichen können.

Zu ihren Zielen gehörte die Aufspaltung des Kosovos, die Aufrechterhaltung der US-Militärpräsenz in Europa, die Schwächung Russlands und das Training der Nato als Speerspitze der USA. In Militärzeitschriften wird in diesem Zusammenhang auf die Minderheitenprobleme Chinas und die Taiwan-Frage verwiesen. Die Verteidigungszusammenarbeit zwischen USA und Japan nennt die Propaganda einen gegen China gerichteten "kleinen Nato-Pakt". Militärstrategie Peng Guangqian macht auch die zweite Stossrichtung deutlich. Die Botschaftsbeschussung sei zum Wendepunkt des propagandistischen Feldzugs Chinas gegen die USA und gegen das "westliche Wertesystem" geworden. "Die US- Bomben gaben unserem Volk eine Lektion in Patriotismus". Die Gefühle seien wie "aus einem Vulkan explodiert". Zugleich wären nun auch alle Dissidenten und politischen Oppositionellen, die die "fünfte Kolonne" der USA zur Subversion Chinas seien, diskreditiert. Peng frohlockt, dass die über Jahre von den USA unterstützten und herangezogenen "Gefolgsleute für eine Demokratie und Freiheit nach amerikanischem Muster" in China "keinen Markt mehr hätten".

Rheinischer Merkur

1999/06/09

Schrei nach dem Recht

Zum zehnten Jahrestag des Tiananmen-Massakers werden Klagen eingereicht. Die Angehörigen der Opfer sammeln Dokumente und sind überzeugt: Es gab über tausend Tote und über zehntausend Verletzte. Autor: JOHNNY ERLING, Peking. Sofort fällt der Blick im Wohnzimmer des kleinen Apartments im vierten Stock im Westbezirk Pekings auf das grosse Foto eines fröhlich wirkenden jungen Mannes. Zhao Long (mit dem Schriftzeichen Long für Drache), so hat Su Bingxian den ältesten ihrer beiden Söhne immer gerufen. Die deutschsprechende Theorieforscherin, spezialisiert auf das Thema "Internationale Arbeiterbewegung", beginnt zu weinen. Die Urne mit der Asche ihres 21jährigen Sohnes, der am Morgen des 4. Juni 1989 erschossen wurde, hat sie bei einer Tante untergebracht. Die 62jährige hat nicht die Kraft wie ihre gleichaltrige Freundin und Philosophielehrerin an der Volksuniversität, Ding Zilin. Diese hat die Asche ihres ebenfalls am 4. Juni 1989 erschossenen 17jährigen Sohnes Jiang Jielan bei sich zu Hause aufbewahrt. Stockend beginnt Su zu erzählen, immer wieder vom Weinen unterbrochen. Ein gelbes, auffälliges T-Shirt hatte ihr kleiner Drache am Tag des 3. Juni an, als er nach dem Abendbrot auf seinem Fahrrad noch einmal loszog, um zu schauen, was da

alles passierte: "Ich will Zeitzeuge der Geschichte sein." Ihre Wohnung war kaum zwei Kilometer von der Changan- Hauptstrasse entfernt, wo seit Wochen die grossen Demonstrationen für mehr Freiheit und Demokratie stattfanden und wo Ausnahmerecht herrschte. Sechs Wochen zuvor hatte alles mit dem Tod des Reformpolitikers Hu Yaobang am 15. April begonnen. Er war als Parteichef 1987 abgesetzt worden, weil er zu liberal gegenüber den unruhigen Studenten war. Der zeit seines Lebens unbestechliche Hu wurde zur Symbolfigur für ein offeneres, demokratischeres China. Die Studenten marschierten in Gedenkdemonstrationen für ihn durch die Strassen. Schon neun Tage später am 25. April war die Bewegung so gross, dass Chinas Führung sie als Verschwörung gegen die Partei stoppen wollte. Leichenhallen durchsucht Der harte Kurs liess sich nicht durchsetzen. Im Mai eskalierten die Ereignisse. Die Studenten begannen Hungerstreiks für politische Reformen. Hu Yaobangs Nachfolger Zhao Ziyang weigerte sich, gegen sie mit Armeegewalt vorzugehen, und wurde abgesetzt. Die Harten waren an der Macht und verhängten am 20. Mai das Ausnahmerecht. Zwei Wochen lang konnte sich die Armee nicht gegen die Massen durchsetzen. Erst als die Proteste abflauten, schlug das Regime zu. Die Armee schoss sich ihren Weg durch Peking frei. Wildes Knattern um Mitternacht ("so wie Feuerwerk") hatte die Mutter Su zuerst eher verwundert. Auch als erste blutende Menschen auf Dreiradkarren bis zu ihrer Strassenhöhe kamen und schrien "Die schiessen!", liess sie sich noch von ihrem Mann beruhigen. "Wir holen den kleinen Drachen zurück", hatte er gerufen. "Keine Sorge, der ist so wendig, dem passiert nichts." Morgens, als sie früh um fünf erwachte, kam die Angst. Ihr Mann hatte den Drachen Zhao nicht gefunden. Peking schwirrte voller schrecklicher Gerüchte. Von einem Hospital zum anderen stürzte sie. Überall liessen mitleidige Ärzte sie in das Taiping Jian (die Zimmer des Friedens) der Krankenhäuser. Dort lagen die Leichen der Nacht. Blutig, voller Schusswunden. Verletzte lagen in den Gängen. Aber sie fand ihren Drachen weder im Volkskrankenhaus noch im Postkrankenhaus. Sie wollte zum Tiananmen-Platz (Platz des Himmlischen Friedens), doch Soldaten und Panzer hatten einen Kordon darum gezogen. Zwei weitere Tage durchsuchte sie die Hospitäler. Die Menschen durften nun nicht mehr in die Leichenhallen, nur die, die den Namen ihrer Lieben auf einer der aushängenden Listen an den Türen lasen. Erst am 7. Juni hörte Su vom San-Yuan-Krankenhaus, wo noch sieben oder acht unbekannte Tote lagen. Die Identifizierung war grausam. Die Kühlanlagen arbeiteten nicht mehr. Die

Leichen waren unförmig angeschwollen. Eine trug das gelbe T-Shirt. Drei Kugeln hatten Zhao Long in die Brust getroffen, schräg, die Salve aus einer Maschinenpistole, irgendwann am Morgen des 4. Juni. Su und ihre Familie holten den Sohn und fuhren ihn 15 Kilometer weiter zum Krematorium beim grossen Gräberfeld des Märtyrerfriedhofes Babao Shan. Die Urne für ihren Sohn erhielt eine kleine Marmortafel und einen Platz in der grossen Urnenhalle. Private Trauer Wenige Tage darauf kam der nächste Schock. Alle Urnen sollten unverzüglich abtransportiert werden. Wenn es die Familien nicht selbst täten, würde es die Regierung tun. Peking hatte Angst vor den vielen Urnen, die in den Hallen alle mit demselben Sterbedatum 4. Juni 1989 zu einer einzigen Anklage wurden. Alle Eltern mussten die Urnen zu sich nach Hause nehmen. Hunderte von Familien hielten ihre Trauer privat, aus Angst, auch noch andere ihrer Familie zu verlieren. Aber die Philosophielehrerin Ding Zilin zeigte von Anfang an keine Furcht. Die heute 62jährige, die ihre von der Sicherheitspolizei Tag und Nacht überwachte Wohnung in diesen Tagen nicht verlassen darf, gründete 1990 zusammen mit einer weiteren Mutter, Zhang Xianling, eine Sammlungsbewegung für die Hinterbliebenen der Tiananmen-Opfer. Sie suchte unermüdlich nach weiteren Angehörigen mit gleichem Schicksal. Auch Su Bingxian stiess zu ihr. Heute sind daraus einige hundert Angehörige und Verwandte geworden. Sie dürfen immer noch nicht öffentlich berichten, wie man ihre Verwandten getötet hat. Sie dürfen auch nicht öffentlich um sie trauern. Aber sie kämpfen für Gerechtigkeit und Rehabilitierung ihrer toten Kinder. 105 Mütter, Väter und direkte Verwandte der Opfer des Tiananmen-Massakers vom 4. Juni 1989 haben sich dieses Jahr entschlossen, Chinas Parlamentspräsident Li Peng vor Gericht zu bringen. Noch nie haben sich so viele öffentlich zum Widerstand bekannt. Li Peng im Visier Sie haben zwei Anklageschriften verfasst und unterschrieben, die am 15. und am 21. Mai dem Obersten Volksgericht in Peking übergeben wurden. In den Anträgen berufen sie sich auf die Verfassung und auf die Strafrechtsparagrafen gegen vorsätzliche Tötung und Körperverletzung. Hauptverantwortliche für die blutige Armeeaktion, bei der "mehr als 1000 Menschen getötet und mehr als 10000 verletzt wurden", seien der damalige Vorsitzende der Militärkommission, Deng Xiaoping, Ministerpräsident Li Peng, Staatspräsident Yang Shangkun, Pekings Oberbürgermeister Chen Xitong und Pekings Parteichef Li Ximing. Da sowohl Deng als auch Yang inzwischen gestorben sind, richtet sich die Hauptanklage nun gegen Li Peng. Er hat als Premier Peking am 20. Mai unter

Ausnahmerecht gestellt und dazu die Armee in die Stadt gerufen. Gegen alle Versuche der Behörden, sie daran zu hindern, haben die Angehörigen bisher 155 Personen mit Namen und allen Daten dokumentieren können, die in Peking bei dem Militäreinsatz starben, und 65 Schwerverletzte gefunden. Das jüngste Opfer war neun Jahre alt, das älteste 61 Jahre. Unter den Toten waren 51 Studenten und elf Mittelschüler. Bisher hatte die Pekinger Regierung offiziell den Tod von nur 36 Studenten eingeräumt. Elf Menschen wurden erschossen, als sie Tote oder Verletzte wegbringen wollten, sechs starben in ihren Wohnungen durch Querschläger oder am Fenster, fünf wurden getötet, als sie Fotos machen wollten. Keiner der 155 Getöteten oder der 65 Verletzten hatte auch nur irgendeine Gewalttat ausgeübt. Die wahre Zahl der Toten schätzt die Angehörigenvereinigung auf über 1000.

Die Welt

1999/05/31

Taiwan will mit Finanzreformen für den Aufschwung sorgen

Von Johnny Erling. Taipeh - In Südostasien ist wieder vom wirtschaftlichen Aufbruch die Rede. Die neuen Impulse für die schwer mitgenommene Region kommen nicht von den grossen Staaten wie Japan, sondern von kleineren Volkswirtschaften, wie Thailand, Südkorea, Singapur oder Taiwan. Sie haben die Asienkrise genutzt, um ihre verkrusteten monopolisierten Strukturen zu deregulieren und beginnen ihre Finanzstrukturen einschliesslich Banken und Börsen dem Wettbewerb zu öffnen. "In Staaten, die mit ernsthafter Marktöffnung und Reformen reagieren und aktiv Schuldenmanagement betreiben, kommt auch das ausländische Kapital wieder zurück", sagt der Vizeminister des Wirtschafts- und Planungsrats Taiwans, Chi Schive. Schive, der auch Taiwans oberster Unterhändler für Finanzen- und Dienstleistungen in seinen Beitrittsverhandlungen zur Welthandelsorganisation (WTO) ist, fühlt sich bestätigt. "Das ermuntert uns zu einer umfassenden institutionellen Reform." Taiwan hatte die Krise 1997 mit 6,77 Prozent Wachstum seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) scheinbar unbehelligt überstanden. 1998 reduzierte sich das Wachstum durch einen Einbruch der Exporte und den Rückgang der Nachfrage jedoch auf 4,83 Prozent. Im vierten Quartal 1998 (Wachstum nur noch 3,7 Prozent) gerieten ein Dutzend grosser Unternehmen durch Börsen- und Immobiliengeschäfte an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Erst dann, so berichtet Schive, "begann unsere Regierung zu verstehen, dass auch das wirtschaftlich so robuste Taiwan an den selben

Symptomen wie Japans Wirtschaft leidet." Seit Februar gibt es einen Konsens zu Reformen. Inzwischen ist Taiwan neben Südkorea (4,6 Prozent) und Singapur (1,2 Prozent) bereits die dritte Volkswirtschaft Südostasiens, die im ersten Quartal 1999 eine Zunahme des Wachstums (4,3 Prozent) verzeichnet. "Südostasien beginnt sich zu erholen", bestätigt der Vizegouverneur der taiwanesischen Notenbank, Jia-Dong Shea. Einer profitiere dabei vom anderen. Taiwans Exporte gehen zu fast 50 Prozent nach Südostasien. Der Umbau von einer arbeitsintensiven zur kapitalintensiven Fertigung hat zudem Taiwan mit seinen Informations- und High-Tech-Industrien "relativ wettbewerbsfähig" gemacht.

Die Welt

1999/05/29

China bangt um WTO-Beitritt Verhandlungen ausgesetzt

Von Johnny Erling. Peking - Chinas Chancen auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) noch in diesem Jahr schwinden. Der eskalierende Konflikt mit den USA stellt die Aufnahme in Frage. "Bis April gingen die Verhandlungsführer aus Washington und Peking noch so schnell aufeinander zu, dass Brüssel beide vor einem übereilten bilateralen Abschluss warnte", erinnert sich ein europäischer Diplomat in Peking. Jetzt müssten die EU und besonders Deutschland und Frankreich mit Unterstützungserklärungen China beispringen, um das "Momentum für seine WTO-Aufnahme vor Ende des Jahres" zu retten. Die Atmosphäre hat sich so verschlechtert, dass alle direkten WTO-Verhandlungen vorläufig eingestellt sind. Eine informelle Begegnung am Rand des Pariser OECD-Treffens zwischen WTO-Unterhändler Long Yongtu und der US-Handelsbeauftragten Charlene Barshefsky verlief ergebnislos. Als am Mittwoch prominente Kongressmitglieder die Regierung Clinton aufforderten, die seit 13 Jahren mit China geführten WTO-Verhandlungen wegen heftiger Spionagevorwürfe auf unbestimmte Zeit auszusetzen, reagierte Peking brüsk. Für China sei die WTO-Mitgliedschaft nicht so wichtig, dass das Land bereit sei, dafür seine grundlegenden Interessen zu opfern. Hongkonger Zeitungen berichten nun, dass China eine Fortsetzung der Gespräche nicht mehr vor Juli für möglich hält. Die Zeit wird knapp, um Chinas Beitritt vor November und damit vor dem Beginn einer neuen WTO-Runde in Seattle zu besiegeln. Ein Fehlschlag hätte nach Ansicht von Beobachtern erhebliche Konsequenzen für Chinas Investitionsklima. Wichtige Reformen zur Marktöffnung des Landes

würden dann auf die lange Bank geschoben. Innenpolitisch gerieten Pekings Reformpolitiker in die Defensive. Aussenhandel und Auslandsinvestitionen würden weiter einbrechen, zum Schaden auch des WTO-Mitglieds Hongkong, das seine Exportindustrien fast vollständig nach China ausgelagert hat. In Taiwan, dessen Wirtschaft ebenfalls mit China eng verflochten ist und das inzwischen mit rund 30 Mrd. Dollar Investitionen und mehr als 42 000 Unternehmen nach Hongkong zum zweitgrössten Investor in China geworden ist, wird der WTO-Poker mit wachsender Sorge verfolgt. Taiwans eigene WTO-Mitgliedschaft als sogenanntes unabhängiges Zollgebiet steht auf dem Spiel. Im Mai konnte Taiwan nach Zusagen über seine Marktöffnung alle bilateralen Verhandlungen mit 26 entscheidenden Handelsnationen abschliessen. Taiwan könnte nun der WTO beitreten. China sieht darin aber eine staatsrechtliche Frage und akzeptiert einen Beitritt Taiwans erst nach seiner eigenen Mitgliedschaft. Taiwans WTO-Verhandlungsführer für Dienstleistungen, Vizeminister Chi Shiwe, betont unterdessen, dass es über eine Lösung nach dem Muster "erst Peking, dann Taipeh" unter den WTO-Mitgliedern "keinen Konsens und kein Abkommen" gibt. Er hält es für "unfair", wenn Taiwan noch ein oder zwei Jahre warten müsste und seine Wirtschaft bestraft würde, wenn die Verhandlungen zwischen China und den USA scheitern. Eine Nichtaufnahme Taiwans aus politischer Rücksicht würde bedeuten, "dass wir alles neu verhandeln müssen. Deshalb wollen wir jetzt den Beitritt. WTO-Verhandlungen sind kein Vergnügen.". Shiwe weiss, wovon er spricht. Er musste vergangene Woche einen Tag lang Taiwans Parlamentarier überzeugen, warum Taipeh als letzte grosse Konzession für den WTO- Beitritt sein Telekom-Monopol aufgibt und künftig ausländische Kontrolle über seine Telefongesellschaften erlauben wird.

Die Welt

1999/05/19

Taiwans Präsident fordert Peking heraus

Von Johnny Erling. Taipeh. Die Buchpremiere findet im Präsidentenpalast statt. Taiwans Staatsoberhaupt Lee Teng-hui bittet heute in seine Residenz zur Bücherlesung und Pressekonferenz. Schliesslich ist er selbst der Autor. In seinem letzten Amtsjahr - im März 2000 wird ein neues Staatsoberhaupt gewählt - hat der 76jährige Lee eine brisante Bilanz zur Zukunft der Inselrepublik erarbeitet. Für Lee ist sie ein souveräner Staat, während Peking Taiwan als abtrünnige Provinz ansieht, die es im Falle einer Unabhängigkeitserklärung unter Gewaltanwendung wiedervereinigen würde. Die

Drohungen haben Lee, der Taiwan seit zehn Jahren regiert, eine Idee entwickeln lassen, bei der er sich China künftig als eine Art konföderierter Bundesrepublik aus sieben Regionen mit weitgehender Autonomie vorstellt. Pekings wütende Reaktion liess nicht lange auf sich warten. Ohne das Buch zu kennen, verurteilte ein Sprecher des Aussenministeriums in Peking den erneuten Versuch zur Spaltung Chinas. Vergangene Woche erst hatte der Yuan-Liou-Verlag ausgewählte Zitate des Buches freigegeben und erlaubte auch, das Umschlagsfoto zu veröffentlichen. Die ersten 100 000 gedruckten Exemplare bleiben bis zum Mittwoch unter Verschluss. Taiwans Presse versteht das 336 Seiten starke, vorerst nur in Chinesisch und Japanisch erscheinende Buch unter dem Titel "Wofür Taiwan steht" als politisches Vermächtnis des 76jährigen Präsidenten Lee. Er widersetzt sich, ohne die Unabhängigkeit zu fordern, dem Anschluss Taiwans an China nach der Pekinger Formel "ein Land, zwei Systeme". Dagegen setzt er seine noch unscharf formulierte Vision von einer Art Konföderation von sieben autonomen Gebilden, die er "Qi Kuai" (Sieben-Teile-Theorie) nennt. Taiwan, Tibet, Xinjiang, die Innere Mongolei sowie eine separate Nordostregion gehören dazu, die anderen werden nicht genannt. Durch Dezentralisierung könne die Zentralregierung eine rationale Politik verfolgen, unter der sich Wirtschaft und Märkte am besten entfalten können. Solche Vorstellungen werden in Peking als politische Provokation aufgefasst, zumal die von Lee gemeinten Regionen Problemgebiete mit Minderheiten sind. Nach der tragischen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad verdächtigen Chinas Ideologen die USA, Taiwan und den Westen, China spalten und aufteilen zu wollen. Pekings wieder stärker kontrollierte Presse muss täglich neue Verschwörungstheorien veröffentlichen. Dagegen nutzte Taiwans Präsident den seit Montag in Taipeh tagenden Weltkongress des Internationalen Presse Instituts (IPI), um sich zur Pressefreiheit zu bekennen, "ohne die es keine Demokratie gibt". Taiwans Entwicklung zur Demokratie sei eine Leistung der Taiwanesen.

Die Welt, Johnny Erling

1999/05/15

Kanzler beruhigt die Gemüter - Unternehmer wieder optimistisch

"Die Gelegenheit zu einer WTO-Vereinbarung während der USA-Reise von Zhu Rongji im April zu kommen wurde verspielt" klagen US-Wirtschaftsvertreter in Peking. USA und EU hätten auf weitere Nachbesserungen der von Zhu gemachten

Konzessionen bestanden und Peking in "böse Bedrouille" gebracht. EU- Handelskommissar Leon Brittan erfuhr in Peking Anfang Mai, dass Zhu unter dem Druck unzufriedener Planungsbürokratien "nur noch wenig Spielraum für weitere Konzessionen hat". Peking hat inzwischen einen Rückzieher bei der Zulassung ausländischer Mehrheitsbeteiligungen (51 Prozent) in seinem Versicherungs- und Telekommunikationswesen im Falle eines WTO-Beitritts gemacht. Premier Zhu hatte bei einem WTO-Gespräch Ende April in Peking mit Barshefsky die Handelsbeauftragte gewarnt: "Wenn Sie von uns zuviel verlangen und zu schnell, dann werden Sie am Ende gar nichts erhalten". China braucht den baldigen WTO-Beitritt, um seine bisherigen Reformen mit der Weltwirtschaft in Übereinstimmung zu bringen, Auslandsinvestitionen anzuziehen und seine Konjunktur anzukurbeln. Investitionen und Exporte sind im ersten Quartal 1999 weiter eingebrochen, die Wirtschaft steckt in einer Deflationskrise. Pekings Führung gerät beim WTO-Beitritt nicht nur durch ihre immer noch zu wenig reformierte Staatswirtschaft, die den Wettbewerb offener Märkte nicht überleben würde, unter Druck. Sie muss sich auch innenpolitisch rechtfertigen. In der Universität Peking tauchten schon einzelne WTO-kritische Wandzeitungen auf, die über den Ausverkauf der Wirtschaft Chinas gegenüber den USA klagten.

Die Welt, Johnny Erling

1999/05/15

Kanzler beruhigt die Gemüter - Unternehmer wieder optimistisch

Nach der politischen Schadensbegrenzung im deutsch-chinesischen Verhältnis durch den Kurzbesuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder beginnt auch die deutsche Wirtschaft in Peking aufzuatmen. Die heftigen antiamerikanischen und gegen die NATO in China gerichteten Proteste reduzierten zwar Schröders Staatsbesuch zum Arbeitsbesuch, wirkten sich aber nicht auf die wirtschaftlichen Beziehungen aus. Schröder wurde von Premier Zhu Rongji versichert, dass China die Wirtschaftsbeziehungen ausbauen möchte. Er wurde gebeten, seinen Staatsbesuch bald nachzuholen. Zugleich bat Zhu den Bundeskanzler um eine Vermittlerrolle Deutschlands für den Beitritt Chinas in der Welthandelsorganisation (WTO). Zhu machte deutlich, dass China auf einen baldigen bilateralen Abschluss der WTO- Verhandlungen mit der EU hofft und dafür Deutschlands Unterstützung braucht. Eine am Tag nach Schröders Visite durchgeführte Blitzumfrage des Pekinger Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft machte

dennoch deutlich, wie stark deutsche Firmenvertreter von den jüngsten Pekinger Ereignissen überrascht und irritiert wurden. Von 250 befragten Mitarbeitern deutscher Unternehmer in Peking antworteten hundert (40 Prozent) auf die Fragen nach ihrem persönlichen Sicherheitsgefühl oder nach Auswirkungen auf ihr Geschäft. Nahezu jeder zweite (42 Prozent) gab dabei an, direkte oder indirekte Erfahrungen mit den anti-amerikanischen Protesten gemacht zu haben. 71 Prozent der deutschen Wirtschaftsvertreter sehen aber in China ein stabiles und sicheres Wirtschaftsumfeld und glauben an keine akuten oder nachhaltigen Auswirkungen für ihre Geschäfte. 73 Prozent fühlen sich "jetzt wieder so sicher wie vor der Bombardierung" und sind überzeugt, dass sich die Lage für die Ausländer bald wieder völlig normalisieren würde. Geschäftsleute aus den USA reagieren angesichts der sich auf einem Tiefstand befindenden China-USA Beziehungen nüchterner. Sie sehen schwierige Zeiten und Probleme mit Chinas geplanten WTO-Beitritt. Die für kommenden Montag angesetzte zweite Pekinger Verhandlungsrunde mit der US-Handelsbeauftragten Charlene Barshefsky wurde verschoben. Zuvor war schon der im Zusammenhang mit der Schröderreise einst vorgesehene China-EU-Gipfel gestrichen worden. Allein der Zeitdruck macht fraglich, ob ein WTO-Beitritt noch dieses Jahr zustandekommt. Damit würden die von China zugesagten Zollsenkungen und Versprechungen zur Marktöffnung bei Handel, Dienstleistungen und Telekommunikation aufgeschoben, auf die viele Unternehmen warten.

Die Welt

1999/05/12

Wut in China flaut nur langsam ab

Von Jonny Erling. Peking China hat vorsichtige Bereitschaft gezeigt, sich an der Suche nach einer politischen Lösung der Kosovo-Krise zu beteiligen. Allerdings macht Peking einen Stopp der Nato-Luftangriffe zur Bedingung. Diesen Eindruck gewann zumindest gestern der russische Jugoslawien-Sonderbeauftragte Wiktor Tschernomyrdin. Für China könnte der G-8-Prinzipienkatalog für eine politische Lösung der Kosovo-Krise "eine Grundlage für weitere Verhandlungen sein", sagte Tschernomyrdin nach seinen Gesprächen mit Premierminister Zhu Rongji und Staats- und Parteichef Jiang Zemin. Für beide Seiten stünde aber im Vordergrund, wie man als erstes die Luftangriffe stoppen könne. Der Sprecher des Aussenministeriums, Zhu Bangzao, sagte gestern, dass für China die Voraussetzung für Verhandlungen die

sofortige Einstellung der Luftangriffe auf Jugoslawien seien. Jegliche Art von Plänen zur Lösung der Kosovo-Frage seien "leere Gebilde", wenn sie nicht auch von Jugoslawien akzeptiert würden. Derweil hält der Protest in China an. Parteiführer Jiang Zemin nannte den Angriff eine "Provokation für 1,2 Milliarden Menschen" und verteidigte die Massendemonstrationen der vergangenen Tage als Ausdruck des "grossartigen Patriotismus". Bundeskanzler Gerhard Schröder, der heute früh in der chinesischen Hauptstadt zu einem eintägigen Arbeitsbesuch eintrifft und zuletzt am Sonnabend mit Tschernomyrdin noch in Bonn konferierte, kann an dessen Kosovo-Gespräche politisch anknüpfen, wird sich aber erneut scharfe Vorwürfe gegen die Nato-Politik anhören müssen. Im Aussenministerium wurde mit Aufmerksamkeit registriert, dass Schröder sich am Montag eigens von Nato-Generalsekretär Javier Solana für seine Reise unterrichten liess, wie es zum tragischen Bombardement der chinesischen Botschaft kommen konnte. Peking wartet auf eine Erklärung, die die in China offenbar sogar bei der höchsten Führung vorherrschende Ansicht eines vorsätzlich geplanten und gegen China gerichteten Angriffs entkräften hilft. Chinas Medien bemühten sich gestern in der immer noch hitzigen Atmosphäre, ausgewogener zu berichten: Erstmals veröffentlichten sie Erklärungen des Bedauerns westlicher Politiker und zeigten dabei Beileidsworte Bill Clintons und Solanas im Fernsehen. Peking verlangt aber von den USA eine öffentliche Untersuchung, Benennung und vor allem Bestrafung der Verantwortlichen. Für den heutigen Vormittag wird in China noch einmal mit hochschlagenden Emotionen gerechnet, wenn am frühen Vormittag eine Sondermaschine mit den drei toten Journalisten und den 21 Verletzten aus der Belgrader Botschaft nach Peking einfliegt.

Die Welt

1999/05/11

Kaputte Scheiben im Konsulat, demolierte Autos, Beschimpfungen

Von Johnny Erling. Einen solchen Aufruhr haben die Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Kanton noch nicht erlebt. Es war am späten Sonntag nachmittag, als plötzlich eine Gruppe von Demonstranten das Gebäude zu stürmen versuchte. Scheiben gingen zu Bruch, ebenso die Eingangstür, erst eine gepanzerte Sicherheitsschleuse konnte die Angreifer aufhalten. Dabei war die wütende Masse eigentlich auf dem Weg zu einem ganz anderen Ziel: Vor dem unweit gelegenen US-Konsulat sollte gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad protestiert werden.

Doch die Polizei hatte das Gebiet weiträumig abgesperrt. Die Demonstranten zogen ab - und stiessen per Zufall auf die Deutschen. In Südwestchinas Provinzhauptstadt Chengdu ging wenige Stunden später eine ähnliche Attacke weniger glimpflich aus: Dort steckten die Protestierer gleich einen ganzen Trakt des US- Konsulats in Brand und verwüsteten den kompletten Eingangsbereich. Nachrichten, die die fast 3000 Deutschen in Peking verunsichert haben. Bislang ist zwar noch niemand verletzt worden. Dennoch hat sich eine aggressive Stimmung breitgemacht, die die 70 Botschaftsmitarbeiter auch am eigenen Leib zu spüren bekommen. Einige berichten von Taxifahrern, die sie mit dem Ruf "Ich fahre keinen Ausländer mehr" nicht befördern wollen, andere erzählen von Sprüchen wie "go home", mit denen sie auf offener Strasse angepöbelt worden sind. Dabei haben Deutsche und andere Europäer noch Glück: Der Zorn der aufgeputschten Masse von chinesischen Studenten und anderen Demonstranten richtet sich vor allem gegen die USA und Grossbritannien. Deren Pekinger Botschaften und Residenzen liegen in einem anderen Bezirk, rund vier Kilometer von der deutschen Botschaft entfernt. Seit Samstag haben sich dort - tagsüber organisiert, abends spontan - Tausende von Protestierenden versammelt. Seit der Kulturrevolution hat es keine solchen Botschaftsbelagerungen mehr gegeben. Nach Farbbeutel und Eiern flogen bald auch Steine und Brandsätze auf die US- Residenz, wurden Autos von Botschaftsmitarbeitern zertrümmert. Eine traumatische Erfahrung, auch, weil die Polizei bis Sonntag abend nur zuschaute und sich darauf beschränkte, die Randalierer nicht auf das Gelände kommen zu lassen. Die USA und Grossbritannien schlossen daher ihre Konsulate und die internationalen Schulen, riefen ihre Bürger zur Vorsicht auf und empfahlen Touristen, nicht nach China zu fahren. Die deutsche Botschaft in Peking erlebte nur am Samstag nachmittag eine kleinere Demonstration. Zwei Männer zogen mit einem Plakat, auf dem Schröder mit Hitler verglichen wurde, vor das Gebäude und scharrten einige Dutzend Neugierige um sich. Bevor es jedoch zum Auflauf kommen konnte, bat Botschafter Hans-Christian Ueberschaer (62) die beiden "Rädelsführer" zum Gespräch. Eineinhalb Stunden dauerte die Debatte über Kriegsschuld und Botschaftsbombardement. Die neugierige Masse hatte sich inzwischen verlaufen. Die eigentliche Gefahr droht nicht von den Studenten, sondern von den Randalierern und Hilfsarbeitern in der Menge. Viele der Botschaftsangehörigen sind deshalb vorsichtig geworden. Bosko Kosian aus dem Referat für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der in der Nähe eines US- Botschaftsgebäudes wohnt und durch

Polizeiabsperrungen gehen muss, verzichtet derzeit auf seinen Wagen. Auch andere Diplomaten kommen mit Rad, Taxi oder zu Fuss, wenn sie im Protestviertel wohnen. Er sei nicht ängstlich, sagt auch Wolfgang Armbruster, der Leiter des Referats, obwohl er direkt an den Demonstranten vorbei muss. Das jedoch gilt nur für den Tag - spätnachts sieht die Sache anders aus.

Rheinischer Merkur

1999/01/27

Fenster zum Hinterhof

Der Gitic-Konkurs als Wendemarke für die junge Marktwirtschaft. Autor: JOHNNY ERLING, Peking. Wenn sich Bankleute in Asien derzeit unterhalten, fallen regelmässig so kryptische Begriffe wie "Gitic", "Gotic", "Gzitic" oder "Itic". Die Abkürzungen stehen für die Namen chinesischer Finanzhäuser, von denen sich die Banker schlichtweg hintergangen fühlen. Auslöser des Zorns ist die Insolvenz von Chinas zweitgrösstem Investmenthaus, der 1980 gegründeten Gitic (Guangdong International Trust and Investment Corporation). Sie war der Finanzarm der reichen Provinz Guangdong und sollte Auslandskapital sammeln. Das tat sie dann auch -sehr erfolgreich. In ihre Hand legten die Banken der Welt seit zehn Jahren ihre Gelder hinein im Vertrauen auf eine hohe Rendite und in der Sicherheit, dass ein sozialistischer Staat wie China nicht bankrott gehen kann. Die vergangenen zwei Wochen waren deshalb ernüchternd: Am 11. Januar erfuhren die 240 Hauptgläubiger der Gitic, dass Verbindlichkeiten von 36,17 Milliarden Yuan (rund 7,3 Milliarden Mark) Vermögenswerten von nur 21,47 Milliarden Yuan (4,4 Milliarden Mark) gegenüberstehen. Dann kam die schockierende Nachricht: Die Gitic werde Bankrott anmelden. Seither bangen Banken in Japan und Hongkong sowie mehr als ein Dutzend deutsche Geldhäuser um ihr Geld - und machen sich darüber Gedanken, ob dies nur die Spitze des Eisberges ist oder damit das Größte schon überstanden wurde. Insgesamt sind die Kredite der europäischen Banken aber noch überschaubar. Zwar steht die Gitic bei den Deutschen offiziell mit fast einer halben Milliarde Mark in der Kreide, doch richtig gefährlich wird es erst, wenn die Gitic-Pleite andere Investmenthäuser der Region mitreisst. Einige südchinesische Institute rutschen schon ab. Mit Guangdong Enterprises (GDE) ist eine zweite Grossbank in eine Finanzklemme geraten. Sorge macht auch die Guangdong Overseas Chinese Trust and Investment Corporation (Gotic) oder Chinas Guangzhou International Trust and Investment Corporation (Gzitic), die der Stadt Kanton gehört. Die Gitic war eine Staatsgründung. Ihr Gründungskapital

von 200 Millionen Yuan ver Hundertfache sich in den Boomzeiten bis 1995 auf 20 Milliarden Yuan. 1989 bezeichnete sie Peking gar als eines der "Fenster Chinas", durch das Auslandskapital hineingereicht werden könne. Zur Gitic-Firmengruppe gehörten zuletzt mehr als 100 Unternehmen und 135 Auslandsfirmen. Im China der achtziger und neunziger Jahre gab es keine gesetzlichen Garantien, es herrschten die Gesetze der Kumpanei und Vetternwirtschaft vor. Zudem wurden Projekte nicht an ihrer Wirtschaftlichkeit gemessen, sondern nach politischen Gesichtspunkten durchgeführt. Bücher und Bilanzen zu prüfen war unmöglich. Viele ausländische Investoren liessen sich davon aber nicht schrecken. Sie vertrauten allein auf die Zusicherungen von Provinzpolitikern. Wie schief sie damit lagen, konnten sie Ende Oktober dann von Chinas Finanzminister Xiang Huaicheng selbst hören: "Ich habe meinen Gouverneuren immer wieder gesagt: Ich wage nicht für bestimmte Anleihen zu garantieren, wie könnt ihr es dann tun?" Zugleich bezifferte er die Summe, die an Gitic und andere Itics verliehen wurde, auf rund zehn Milliarden US-Dollar. Andere sprechen von der dreifachen Summe. Das Ende der Gitic kam für Eingeweihte nicht überraschend. Sie wurde am 6. Oktober von der Zentralbank wegen Zahlungsunfähigkeit geschlossen. Die Gläubiger erwarteten da aber noch, dass der chinesische Staat für ihre Verluste eintreten würde. Ausländische Banken vernahmen dann am 11. Januar schockiert, dass sie keine Vorzugsbehandlung bei der Konkursabwicklung erhalten. Nur die 25000 inländischen Anleger bekommen ihre vollen Einzahlungen zurück, weil Peking sonst Unruhen befürchtet.

Die Welt

1998/10/01

Die blitzschnellen Chinesen

In Peking gibt es die weltweit aktuellste Schröder-Biographie. Von JOHNNY ERLING. Peking - Chinas Marktwirtschaft treibt seltsame Blüten. Am deutschen Wahlabend kurz nach 18 Uhr fieberte in Peking zeitversetzt nach Mitternacht chinesischer Zeit der Verlagsleiter Wang Qiming dem Ergebnis der ersten Hochrechnung entgegen. Wang, der die Wahl über Kurzwellenradio verfolgte, gab nach der zweiten Hochrechnung dann das Kommando: "Jetzt wird die Startauflage durchgedruckt." Bis Montag nachmittag Peking Zeit hatten die Rotationsmaschinen des Militärverlages für Freundschaft und Kultur 5000 Exemplare mit dem Titel "Schröder: Deutschlands neuer Kanzler" ausgespuckt. Das 213 Seiten starke Buch mit farbigem Fotoumschlag ist Chinas erste

Schröder-Biographie und nicht nur das: "Wir sind weltweit als Nummer eins auf dem Markt", meint Wang stolz. 50 Probeexemplare mit dem Titel "Der neue Kanzler" waren schon Sonntag nachmittag fertig gedruckt und gebunden worden, als in Deutschland gerade die Wahllokale öffneten. "Marktwirtschaft heisst auch im Verlagsgeschäft, Risiken zu wagen. Wir hatten es im Gefühl, mit Schröder richtig zu liegen." Chinas flottgeschriebener verlegerischer Schnellschuss, bei dem das Vorwort noch in der Nacht des 27. September entstand, wirkt dennoch dank vieler Informationen aus dem Internet ordentlich recherchiert. Das SPD-Wahlprogramm und Schröders Universitätsrede bei seinem USA-Besuch werden vollständig dokumentiert. Die Fotos zum Buch zeigen Schröder als jungen Mann von 19 Jahren, mit seiner Mutter, seiner vierten Frau, mit Willy Brandt, Helmut Schmidt, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping. Hauptautor ist der 44 Jahre alte Germanist und Deutschlandkenner der Armee, Wang Jianzheng, der bereits über Kafka veröffentlichte und zuletzt im Juni eine Sammlung deutschlandbezogener politischer Essays herausgab. Titel: "Honecker - Vom ZK-Generalsekretär zum Häftling". Als er mit der Idee für eine Schröder-Biographie vor einem Vierteljahr ankam, habe er seinen Starautor dazu ermuntert, berichtet Verlagsleiter Wang. Im Vorwort nennt Wang, der auch aufzeigt, wie umstritten Schröder ist, drei Hauptgründe für Schröders Faszination auf die Öffentlichkeit. Er verkörpere mit seinem Werdegang einen neuartigen Typ Sozialdemokrat, er sei für seinen Widerspruchsgeist ebenso bekannt wie für sein bewegtes Eheleben. Schon 1992 hatte der erst 1983 gegründete Buchverlag mit einer Biographie über Bill Clinton richtig gelegen. "Wir konnten mit ihr sofort nach der Wahl herauskommen." Und wenn Schröder es nicht gepackt hätte? Verleger Wang, der einst als Militärattaché auf unterschiedlichen Auslandsposten die Welt kennenlernte, zuckt mit den Schultern. "Bei einer Niederlage hätten wir die 50 Exemplare und unsere Vorarbeiten als Verluste abgeschrieben. Für Bücher über Verlierer gibt es auch in China keinen Markt."

Rheinischer Merkur

1998/08/26

Taktiker hinter der Chinesischen Mauer

Der Schwarzmarkt macht Pekings Politiker nervös. Autor: JOHNNY ERLING, Peking. Inmitten der asiatischen und russischen Finanzkrise empfiehlt sich China als Hort der Stabilität. Demonstrativ verkündete der Vizegouverneur der chinesischen Notenbank, Liu Minkang: "China braucht seine Währung nicht

abzuwerten und wird sie nicht abwerten." Die Erklärung wurde bei Diplomaten und Geschäftsleuten skeptisch aufgenommen. Sie dämpfte auch nicht die Schwarzmarktkurse, die zwischen 8,8 Yuan pro US-Dollar (Peking) bis über 9,1 Yuan (Schanghai) schwanken und somit zum offiziellen Bankmittelkurs (8,28 Yuan) eine Abwertung um fast zehn Prozent vorwegnehmen. "Die Mengen sind unerheblich", behaupten chinesische Finanzpolitiker und sprechen von einem Tagesumsatz von höchstens 200000 US-Dollar. Aber der Schwarzmarkt macht sie so nervös, dass sie gegen ihn vorgehen und ihn nicht mehr tolerieren. Der heimliche Devisenumtausch hat wieder Konjunktur in China. Aus Unternehmen mit Auslandsbeteiligung wird berichtet, dass Mitarbeiter fragen, ob sie in Devisen bezahlt werden können. Westliche Banker wissen, dass auf dem Pekinger Schwarzmarkt inzwischen auch Devisen-Grosshändler operieren - ein Zeichen dafür, dass Dollar in immer grösseren Mengen nachgefragt werden. "Es geht längst nicht mehr um die Abwertung, sondern nur noch um den Zeitpunkt und die Höhe", vermuten Finanzexperten und Geschäftsleute in Peking. Die Mehrheit allerdings glaubt, es sei erst nächstes Jahr soweit, etwa der Wirtschaftsreformer Dong Fureng. China müsse auf Hongkong und die Dollarbindung von dessen Währung Rücksicht nehmen, meint Dong. Zentralbankvize Liu Minkang lässt sich nicht in die Karten blicken. Aber er warnte die Spekulanten: "China ist ein Big Player, unterschätzt es nicht." Mindestens dreimal hat die Zentralbank in Peking seit August auf dem Finanzmarkt Schanghai interveniert, um den Yuan bei 8,28 zum Dollar zu stabilisieren. Es gibt einige wirtschaftliche Argumente gegen eine baldige Abwertung. So können etwa Chinas Textilexporte nach Europa und in die USA wegen Importquoten nicht gesteigert werden. Im Handel mit Europa und den USA erwirtschaftet China noch immer hohe Überschüsse, die bei einer Abwertung sofort zum Politikum würden. "Auf Abwertungen würden die USA mit Strafzöllen reagieren und die EU mit Anti-Dumping-Verfahren", sagen Diplomaten voraus. China bevorzuge seine Exporteure bereits dadurch, dass es ihnen inzwischen die volle Umsatzsteuer rückvergüten will. "Ein verbilligter Yuan macht nur Sinn, wenn das keine neue Abwertungsrunde auslöst", pflichten chinesische Finanzexperten bei. In den Exporten Chinas ist zudem ein hoher Importanteil versteckt, der die Vorteile einer Abwertung relativiert. Zentralbanker Liu Minkang beziffert ihn auf 50 Prozent des Wertes der Fertigprodukte. Wenn China abwerte, müsse es die teureren Importe berücksichtigen. Ein weiterer Grund für Peking, mit Abwertungen zu zögern, ist die

Verschuldung grosser chinesischer Unternehmen in US-Dollar. Denn sie müssen den Schuldendienst in Yuan erwirtschaften. Einig sind sich alle Experten, dass China für eine Abwertung einen Grund braucht, etwa den weiteren Verfall des Yen-Kurses auf 150 pro Dollar, der bald eintreten könnte. China würde dann die Schuld an der Abwertung Japan geben. Kommentatoren aber zweifeln an dieser Variante. Anfang September will Staatspräsident Jiang Zemin Japan besuchen. Seine Gastgeber werde er zuvor nicht vor den Kopf stossen. Nachdem sich alle entscheidenden Politiker Chinas von Parteichef Jiang Zemin über Zhu Rongji bis Li Peng zu einer Nichtabwertung Chinas bekannt haben, wird das Thema frühestens auf der grossen politischen Sommerkonferenz der Pekinger Führung im Badeort Beidaihe Ende August zur Sprache kommen, wo Chinas Führung eine Bilanz der Wirtschaftslage des Landes und seiner Reformen ziehen will. China zeigt immer deutlicher eine Wachstumsschwäche, auf die sich eine Abwertung aber kaum auswirken würde. Die Industrieproduktion wuchs in den ersten sieben Monaten nur noch um 7,8 Prozent, wesentlich weniger als im Vorjahr. Nur seinen Aussenhandelsüberschuss konnte das Land behaupten und 26,71 Milliarden US-Dollar einnehmen. Chinas Devisenreserven betragen 140 Milliarden Dollar. Das sei genug, um die Währung bis ins kommende Jahr stabil halten zu können, glauben viele Finanzexperten in Peking. Danach aber sei alles offen. Seit kurzem sagen Chinas Finanzpolitiker zuerst: "Wir werden nicht abwerten", und dann: "Das heisst aber nicht, dass wir niemals abwerten werden."

Rheinischer Merkur

1998/08/19

Helfer und Hehler

Als Diener des Volkes werden die Soldaten von den Medien in der Flutkatastrophe präsentiert. Die Realität sieht ganz anders aus. Autor: JOHNNY ERLING, Peking Am flutumspülten Damm von Yueyang weinte ein Soldat. Dem 55jährigen General Luo Xueping kamen die Tränen, als ihn chinesische Journalisten am 1. August, dem Gründungstag der 1927 geschaffenen Volksbefreiungsarmee, nach seinen Gefühlen befragten. Er müsse an so viel denken an diesem Tag. Die Journalisten hatten Luo und seine Truppen bei der Hochwasserbekämpfung in der Provinz Hunan aufgespürt. Dieser Tag sei auch sein Geburtstag. Schon 1996 habe er ihn an dieser Dammstelle im Kampf gegen die Flut verbracht. Damals sei tags zuvor auch noch seine Mutter gestorben. "Ich habe meine Trauer in Kraft für den Kampf gegen die Flut verwandelt." Solche rührenden Geschichten möchte Chinas

Volksbefreiungsarmee über sich verbreitet sehen. Die Jahrhundertflut, gegen die fast eine Million Soldaten die Dämme entlang des Jangtse Tag und Nacht schützen, kam wie gerufen, um die Armee wieder als Dienerin des Volkes zu präsentieren, die weder Mühe noch Tod scheut. Die Realität sieht anders aus. Chinas Armee hängt noch immer die Schmach ihres schändlichen Einsatzes gegen die Demokratiebewegung 1989 nach. Nun musste sie sich auch noch als Nutzniesser des internationalen Schmuggels, anrühiger Waffenexporte und als grösstes bewaffnetes Wirtschaftsimperium der Welt hinstellen lassen. Solche Unterstellungen trifft nicht etwa der Klassenfeind. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, Staatspräsident und Parteichef in einer Person, Jiang Zemin, stellte die Armee in solche Zusammenhänge. Rückzug aus der Wirtschaft. Jians Auftritt kam überraschend. In ungewöhnlich direkter Form forderte der von den Fernsehnachrichten in Uniform gezeigte Militärführer vor der Zentralen Militärkommission und allen wichtigen Generälen das Militär zum Rückzug aus der Wirtschaft auf, an der die Armee in weit über 10 000 Unternehmen beteiligt ist. Er nannte es einen Beschluss des Zentralkomitees, dass Armee und bewaffnete Polizei sich von allen ihren wirtschaftlichen Unternehmungen trennen müssen und künftig ausnahmslos keine Wirtschaftsaktivitäten mehr ausüben. Chinas Führung meint es offenbar ernst mit ihrer Ankündigung, der Armee künftig alle Geschäfte zu verbieten. Westliche Militärattachés in Peking sprachen sofort von einem ebenso erstaunlichen wie riskanten Signal. Das ist eine Kampfansage an die Armee, die sich aus ihrem Wirtschaftsimperium finanziert, sagte ein europäischer Diplomat. Das inzwischen 15 Jahre alte Imperium der chinesischen Armee reicht von Fünf-Sterne-Hotels, Nobelrestaurants und Discos bis zur Produktion von Autos und Motorrädern, von Arzneimitteln, Handys und kommerziellen Satelliten. Jiang Zemin stellte seine Ankündigung in den Zusammenhang einer nationalen Kampagne gegen den Schmuggel, der Chinas Wirtschaft unterminiert. Zu den grössten Schmugglern gehören die von der Armee und bewaffneten Polizei betriebenen Im- und Exportfirmen. Die Asienkrise hat Chinas Kampf gegen den Schmuggel noch wichtiger werden lassen, nachdem die dortigen Abwertungen Erzeugnisse aus Südostasien so stark verbilligt haben, dass sich ihr Schmuggel nach China in grossem Massstab lohnt. Stahl aus Südkorea bedroht mit Dumpingpreisen die Stahlwerke Chinas. Mit unverzollter Konterbande von Fotofilmen bis zu Produktionsmitteln werden Einfuhrlizenzen, Zölle und Mehrwertsteuer umgangen. Wer könnte das besser

organisieren als Armee oder bewaffnete Polizei mit eigenen Transportunternehmen, Militärhäfen und Flugplätzen, eigenen Schiffen und Lastwagenkolonnen mit Armeekennzeichen? Unter dem bis Ende Mai vom Zoll beschlagnahmten Schmuggelgut in Kanton etwa waren 27000 Tonnen Stahl, 1587 Autos und sogar zwei Flugzeuge. Der Zoll spricht aber von extremen Dunkelziffern und schätzt die Verluste Chinas durch Schmuggel auf zwölf Milliarden Dollar jährlich. Rund 80000 bis 100000 ausländische Personenwagen werden jedes Jahr nach China eingeschmuggelt. In Hongkong brauchen geschulte Mechaniker kaum eineinhalb Stunden, um einen BMW oder Mercedes in handliche Teile zu zerlegen und in Südchina in einem Militärhafen wieder als komplettes Auto zusammenzubauen. Anfang der achtziger Jahre hatte Chinas einstiger Führer Deng Xiaoping dem Militär erlaubt, sich im Zuge der Reformpolitik wirtschaftlich zu engagieren. Vor 1984 hatte die Armee kaum Erfahrung mit Geschäften. Sie betrieb eigene Farmen oder Gemüsegärten zur Selbstversorgung als Überbleibsel aus vergangenen autarken Revolutionszeiten. Mit dem Big Business der heutigen Armee hatte das nichts zu tun. Deng entschädigte die Armee für ihre Unterstützung seiner Reformen und die Bereitschaft, sich mit ihren Forderungen dem Wirtschaftsaufbau unterzuordnen, sagen chinesische Forscher. Von 4,8 Millionen Mann Anfang 1980 wurde die Armee zudem bis 1988 auf 3,2 Millionen verringert. Aus elf Militärregionen Chinas machte Deng 1985 nur noch sieben. Konzerne aufgebaut Die Folge der Dengschen Politik führte rasch zu zahlreichen Armeebeteiligungen an Business-Imperien und Konzernen, die sogar an der Hongkonger Börse notiert sind. Dazu gehören illustre Namen wie die Poly-Gruppe, die neben Waffenexport eine der grössten Immobilien- und Finanzgesellschaften Chinas betreibt, der weltweit bekannte Arzneikonzern 999, die Carrie-Unternehmensgruppe für Audio-Video und Ingenieurdienste. Leiter dieser Unternehmen wurden Angehörige der Nomenklatura, bei der Poly-Gruppe etwa ein Schwiegersohn Deng Xiaopings. China erlebte einen starken Anstieg von Korruption, Schmuggel und Vetternwirtschaft. Die Armee baute ein ziviles Wirtschaftsimperium mit Milliardenumsätzen auf. Es umfasste nach Angaben von "Janes Defence Weekly" Ende 1997 20 Prozent der Auto- und Lkw- Produktion Chinas sowie die Beteiligung an 1500 Hotels, kommerziell genutzte Flughäfen und Eisenbahnen. Nach Behördenangaben gibt es rund 600 Gemeinschaftsunternehmen zwischen Auslandskapital und Chinas Armee. Mit im Bund ist die bewaffnete Polizei, die als führender Goldproduzent Chinas gilt.

Der Armee gehören 150 Bergwerke und Minen, rund 400 Arzneimittelfabriken und vier der zehn grössten Tuchfabriken des Landes. Das Militär konnte sich dank seiner Funknetze im Telekommunikationsmarkt ausbreiten. An ihrem Wirtschaftsimperium (ohne Waffenexporte) verdient die Armee pro Jahr zwischen einer Milliarde US-Dollar ("Janes") und fünf bis acht Milliarden US-Dollar, nach Schätzungen der USA. Chinas offizieller staatlicher Militäretat erreichte dagegen 1997 rund 9,8 Milliarden USDollar oder 1,1 Prozent des Nationaleinkommens. Das wirtschaftliche Engagement erleichterte der Armee aber auch die Konversion ihrer Militärunternehmen in die Zivilproduktion. Chinas einstiger Vorsitzender Mao Tsetung hatte in den sechziger Jahren aus Angst vor Krieg und dem Angriff der Sowjetunion strategische und kriegswichtige Schwerindustrien von der Küste in das Hinterland verlegen lassen. "Die dritte Front" hiess deshalb damals diese kostspielige, militärisch organisierte Industrialisierungspolitik. Die meisten der alten Militärindustrien entpuppen sich aber jetzt unter den Bedingungen der Marktwirtschaft als konkurrenzunfähige, überbesetzte, technisch veraltete und unrentable Bankrottindustrien. Sie müssen 400000 Arbeiter bis Ende 2000 abbauen. Das ist einer der Gründe, warum viele Generäle in China heute durchaus einverstanden sind, wenn ihnen die Politik diese Betriebe wieder wegnimmt.

Die Welt

1998/08/02

Orthodoxe und Reformen in China erstmals vor Gericht

Chinas Weg in den Rechtsstaat führt nun auch zum Austragen politischer und ideologischer Dispute vor Gericht. Von Johnny Erling. Zum ersten Mal in der politischen Geschichte der Volksrepublik wird eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Linken und Rechten vor Gericht gebracht. Damit steht der Justiz nach öffentlichen Prozessen und Live-Übertragungen von Gerichtsverfahren, die mehr Transparenz ins juristische Geschehen bringen sollen, eine dritte Premiere ins Haus. Chinas Altmaoisten, die ihre Gegner nicht mehr wie einst über Massenkampagnen zur Selbstkritik zwingen können, wetzen das juristische Schwert. Vor dem Pekinger Mittleren Volksgericht Nummer 2 beginnt Anfang August ein Prozeß gegen Chinas politischen Reformbestseller "Klingen kreuzen", den zwei Redakteure des Parteiorgans "Volkszeitung", Ma Licheng (52) und Ling Zhijun (45), geschrieben haben. Nachdem wütende Polemiken in marxistischen Ideologiezeitschriften die Auflage von "Klingen kreuzen" (derzeit rund 1,2 Millionen) nur noch gesteigert hatten, hoffen die Altlinken auf ein

gerichtliches Verbot des Buchs. Das im März erschienene Buch ist ein Plädoyer für politische Reformen in China, die auf die Wirtschaftsreformen folgen müssen. Es beschreibt die vergangenen 20 Jahre in China als ununterbrochene Auseinandersetzung der Pekinger Reformpolitik gegen die Angriffe orthodoxer Linker aus den alten Funktionärsschichten, die in der Abkehr Chinas von Planwirtschaft und Staatseigentum das Ende des Sozialismus sehen. Die Autoren, die in ihrem Buch erstmals die Existenz von vier antireformerischen Kampfschriften der Linken (die sogenannten Zehntausend-Schriftzeichen-Manifeste) enthüllen, werden beschuldigt, beim Abdruck einer dieser Denkschriften die Urheber- und Autorenrechte des Verfassers verletzt zu haben. Als Kläger gibt sich in der Anklageschrift, die die WELT einsehen konnte, der 62jährige Herausgeber der marxistisch-orthodoxen Pekinger Zeitschrift "Heutige Strömungen", Duan Ruofei, zu erkennen. Angeklagt sind beide Buchautoren sowie Huang Zuan, der Verlagsleiter der kritischen Buchreihe "Das heutige China", in der das Buch erschien. Unausgesprochen soll die erhoffte Verurteilung auch den Herausgeber der Reihe und Vizechef der Akademie der Sozialwissenschaften, Liu Jie, treffen, der als Vertrauter von Parteichef Jiang Zemin gilt. Die Anklage wirft den Autoren vor, beim Abdruck der sogenannten "Dritten Denkschrift", die wahrscheinlich 1997 entstand, aus einem nicht öffentlich gemachten Diskussionsentwurf des Verfassers zur Eigentumsfrage Chinas zitiert und seine Ansichten und Absichten verzerrt zu haben. Die Klage fordert, die Verbreitung des Buchs einzustellen. Die Beklagten sollen sich öffentlich entschuldigen und 200 000 Yuan (rund 45 000 Mark) Schadenersatz zahlen. Die Verteidigungsschrift plädiert auf Abweisung der Klage, da das Autorenrecht nicht verletzt worden sei. Auch wenn die Denkschrift nie vollständig veröffentlicht wurde, sei sie als Diskussionspapier verbreitet gewesen. Zudem wurde sie in Hongkong, das seit Juli 1997 zu China gehört, vollständig abgedruckt. Das Zitieren von Auszügen sei legitim. Ob deren Interpretation korrekt ist, sei eine akademische, aber keine juristische Streitfrage. Linke wie Rechte planen nun, während des Prozesses eine öffentliche Debatte um den Weg der Reformen zu führen. Die orthodoxen Marxisten wollen im August im Verlag "Heutige Strömung" in einem Buch mit dem Titel "Welchen Weg schlägt das Buch ‚Klingen kreuzen‘ ein?" ihre Polemiken und Denkschriften gegen die Reformen veröffentlichen, die sie des bürgerlichen Liberalismus beschuldigen.

Rheinischer Merkur

1998/07/08

Sieg über das Misstrauen

Auf beiden Seiten spielte die Innenpolitik eine entscheidende Rolle, als sich die Chefs trafen. Jetzt sprechen sie von einer breiten Partnerschaft. Autor: JOHNNY ERLING, Peking Chinas Parteichef Jiang Zemin war von Bill Clinton beeindruckt. Der Präsident, so berichtete Jiang seinem Politbüro, habe sich selbst gebückt, um eine kleine im Rednerpult versteckte Holzbank herauszuziehen. Als Jiang den Willkommensgruss Clintons vor dem Weissen Haus erwiderte, stand er auf gleicher Höhe mit dem Präsidenten. Was wäre wohl die Reaktion in China, fragte Jiang rhetorisch in die Runde, wenn er sich vor einem ausländischen Staatsgast verbeugen und ihm den Fusschemel bereitstellen würde. Würde man ihn nicht beschimpfen, vor dem Ausland zu kriechen? "Ich hätte meine Würde verloren." Der kleine freundschaftliche Hilfsdienst Clintons gegenüber seinem um einen Kopf kleineren Staatsgast Jiang Zemin ereignete sich im vergangenen Oktober, als Clinton Jiang Zemin vor dem Weissen Haus zum ersten Gipfeltreffen seit 1989 in allen Ehren empfing. Parteifunktionäre, die hörten, wie Jiang die Anekdote mehrfach erzählte, glauben, dass spätestens seit dieser Episode Chinas Parteichef von der US- Begeisterung vollends gepackt wurde. Symbolische Gesten Siebenmal haben sich beide Präsidenten in den vergangenen zwei Jahren bei asiatischen und internationalen Konferenzen getroffen. Ganz allmählich war zwischen ihnen so etwas wie eine Freundschaft entstanden. Am vergangenen Sonntag zum Ende der politischen Gipfelgespräche in Peking lud Chinas Staatschef das Ehepaar Clinton zum privaten Abendessen zu sich nach Hause ein. Die ebenso symbolische wie für China ungewöhnliche Geste zeigte der Welt, dass nach zehn Jahren die beiderseitigen Beziehungen "auf das richtige Gleis gebracht wurden", wie Pekings US-Botschafter James Sasser sagte. Im Februar 1989 war mit George Bush zum letztenmal ein amerikanischer Präsident zum Staatsbesuch nach Peking gekommen. Dann stürzte das einst 1972 von Nixon und Kissinger vor allem auf der gemeinsamen Gegnerschaft zur Sowjetunion aufgebaute Verhältnis zwischen Washington und Peking mit Chinas Armeeeinsatz gegen die Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 in seine tiefste politische und moralische Krise. Die verfahrenen politischen Beziehungen komplizierten die militärische Krise, als die USA 1995 und 1996 in völliger Verkennung Pekinger Ängste mit der Einladung von Taiwans Präsidenten Lee Peng Hul der Unabhängigkeitsbewegung in Taiwan Auftrieb gaben.

Chinas Militär reagierte mit schiesswütigen Manövern in der Taiwan-Strasse in völliger Fehleinschätzung der strategischen Interessen der USA im asiatisch-pazifischen Raum. Die USA schickten Flugzeugträger, einen darunter mit dem für China alarmierenden Namen "Independent". In Peking wie Washington erkannte man, dass zwischen beiden Atommächten USA und China die einfachsten vertrauensbildenden Massnahmen fehlten. Es gab nicht einmal ein Rotes Telefon. Dabei wusste man im Pentagon, dass 13 der 18 atombestückten Langstreckenraketen Chinas auf die Atomarsenale der USA programmiert waren. China arbeitete zudem mit Pakistan auf nuklearem Gebiet zusammen und galt als Raketenexporteur für die Golfregion. Unter dieser Ausgangslage begannen Washington und Peking gegenzusteuern. Jiang, der nach dem Tod des einstigen Superführers Chinas, Deng Xiaopings, im Februar 1997 der Welt seine unumstrittene Führungsrolle demonstrieren konnte, machte die Beziehungen zu den USA zu seiner Chefsache und zum Gegenstand einer Gipfeldiplomatie. Zwischen beiden Präsidenten, die sich auf Apec-Tagungen erstmals kennenlernten, "stimmte von Anfang an die Chemie", weiss ein hochrangiger Beamter zu berichten. Beide standen vor innenpolitischen Problemen mit der Einleitung einer neuen Chinapolitik. Die US-Öffentlichkeit misstraute dem Unrechtsstaat China. Jiang wiederum musste das Misstrauen der Eliten aus Parteibürokratie, Sicherheitsbehörden und Militär überwinden. Dies sei auch ein Grund für die Schnelligkeit der Begegnungen gewesen, sagt ein chinesischer Beamter. Bereits im Oktober 1997 besuchte Jiang Zemin die USA. Clinton kam ein halbes Jahr später im Juni zum Gegenbesuch. Andere Kontakte wurden ebenso rasch ausgeweitet. Im Mai 1997 konnte Peking den US- Generalstabschef John Shalikashvili mit militärischen Ehren empfangen. Damit kamen die Militärbeziehungen wieder in Fahrt. China versprach - für die USA glaubwürdig - den Stopp seiner nuklearen oder raketenmilitärischen Zusammenarbeit mit Iran und Pakistan. Vertrauensbildende Massnahmen führten zu einem Abkommen zwischen beiden Kriegsmarinen, um zufällige Eskalationen bei ihren Begegnungen zu verhindern. Als herausragende symbolische Massnahme zur Vertrauensbildung vereinbarten China und die USA jetzt gerade bei ihrem Gipfel in Peking, sich künftig nicht mehr mit ihren Atomwaffen zu bedrohen und die bisherige Zielprogrammierung aufzuheben. Clinton räumte zwar ein, dass man die Raketen jederzeit rückprogrammieren kann. "Aber es kostet Zeit. 20 Minuten können in einer Welt blitzschneller Informationskontakte eine Ewigkeit

sein." Zwischen Pekings Machtzentrum Zhong Nanhai und Washingtons Weissem Haus wurden inzwischen auch Rote Telefone geschaltet. Öffentliche Debatte Beide Präsidenten argumentieren, dass in einer Welt ständig neuer regionaler kriegerischer Konflikte und einer rasanten Umwelt- und Klimazerstörung, die USA als grösste Industriemacht mit China als grösstem und am schnellsten wachsenden Entwicklungsland der Welt, so eng wie möglich zusammengearbeitet werden muss. Beide sprangen dabei auch über ihren Schatten. Clinton riskierte angesichts der innenpolitischen Kritik an seiner Chinareise ein Fiasko, als er sich zum traditionellen Staatsempfang Chinas vergangene Woche vor dem Tiananmen-Platz aufstellte. Und das, obwohl dieser Platz im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit, besonders aber der Amerikaner mit dem Massaker des 4.Juni 1989 verbunden ist. Im Gegenzug war Chinas Staatspräsident Jiang zu einer live übertragenen Präsidentendebatte mit Clinton bereit. Erstmals erlaubte Chinas Kommunistische Partei die Richtigkeit ihrer Tibet- und Menschenrechtspolitik und des 4.Juni im eigenen Land öffentlich in Frage stellen zu lassen. Die Folgen aus dieser inzwischen "historisch" genannten Debatte sind nicht abzuschätzen. Peking weiss, dass die amerikanische Öffentlichkeit die Ergebnisse des Gipfels vor allem an Fortschritten bei den Menschenrechten misst. 47 Punkte umfasst der Ergebniskatalog des Gipfels, der vor allem Ausdruck für die Absicht beider Präsidenten zu einer breitangelegten Partnerschaft ist. Der Dialog über die Menschenrechte, der überprüfbare Ergebnisse bringen soll, ist nur einer der Punkte darunter. China und die USA haben neue Abrüstungsinitiativen, die Kontrolle von chemischen und biologischen Waffen und Minen vereinbart, werden bei Umwelt- und Klimaschutz zusammenarbeiten, gemeinsam Drogen bekämpfen. Die USA werde den Aufbau des chinesischen Rechtssystems unterstützen. Beide Staaten verstärken ihren Schulterschluss zur Stabilisierung der Lage in der koreanischen Halbinsel und wollen das atomare Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan verhindern. Ebenfalls werden sie, wie sie sagen, politisch und wirtschaftlich versuchen, künftige Währungskrisen gemeinsam zu verhindern. Clintons neuntägiger Besuch, der am 3.Juli in Hongkong zu Ende ging, hat die US-Begeisterung in China gestärkt. Nach einer Umfrage erwarten mehr als die Hälfte der befragten Chinesen für den Beginn des kommenden Jahrhunderts eine enge positive Zusammenarbeit mit den USA. 1996 hatten ähnlich viele noch mit einem Konflikt gerechnet. "Ein grosser Teil des nächsten Kapitels der Geschichte der USA im 21. Jahrhundert wird von unserer Partnerschaft mit China handeln",

hatte Clinton bei seinem Besuch der neuen Bibliothek in der Universität Peking vor weit über 1000 spontan zusammengekommenen Studenten ausgerufen. Diese hatten darauf mit Jubel reagiert.

Rheinischer Merkur

1998/04/15

Vorstoss in Tabuzonen

Ansturm auf Pekings Buchhandlungen: Zwei Redakteure der Parteizeitung haben den Startschuss zu einer neuen Debatte gegeben. Autor: JOHNNY ERLING, Peking "Fünfter Stock", sagt eine Angestellte im Universitätsbuchladen Feng Rusong. Sie weist auf den Fahrstuhl vor dem Eingang. Die Buchhandlung, deren Name "Wind weht durch den Kiefernwald" bedeutet, ist neben der Universität Peking im Untergeschoss eines Bürohauses untergebracht und gehört zur philosophischen Fakultät. Vor dem Fahrstuhl klebt ein Aushang: "Zum ‚Klingenkreuzen‘ bitte in den fünften Stock fahren." Der Aufforderung zum geistigen Duell folgen in diesen Tagen Professoren, Verlagsleiter, Wirtschaftsspezialisten, Reformmarxisten aus der Parteischule und der Akademie für Sozialwissenschaften. Ein 52jähriger drahtiger, schlanker Mann mit gewelltem Haar begrüsst sie im Konferenzraum, über dem die Aufschrift "Akademisches Gespräch über das Buch ‚Klingenkreuzen‘" steht. Ma Licheng ist einer der beiden Autoren des neuen politischen Bestsellers Chinas . Maos monströse Revolution Das Buch "Jiao Feng" (Klingen kreuzen) ist nicht einmal drei Wochen auf dem Markt und schon in aller Munde. Stapelweise kam es noch im März auf die Büchertische in den grossen Pekinger Kaufhauszentren, wo Chinas neue Mittelklasse ihre Literatur kauft. Die Startauflage (50000) war sofort vergriffen; inzwischen sind es mit zwei Nachauflagen 150000 Bände geworden. Allein im Feng- Rusong-Buchladen wurden 1500 Bücher verkauft. "Jiao Feng" beschreibt auf 430 Seiten die innerparteilichen Auseinandersetzungen in den letzten 20 Jahren der Reformen Chinas bis zum 15. Parteitag im Herbst 1997. Das Buch beginnt mit dem Ende der Kulturrevolution und nennt die Hypothek, die auf Chinas Reformen lastet: 20 Millionen Tote, 100 Millionen Verfolgte und Hunderte Milliarden Mark Schaden. Das kostete Maos monströse Revolution. Das Fazit der Autoren in ihrem provozierenden Buch: China steht nach 20 Jahren Wirtschaftsumbruch vor dem Beginn echter politischer Reformen. Diese werden zu seiner "vierten grossen Befreiung des Denkens" führen, nachdem es sich vom maoistischen Personenkult und seiner Dogmenlehre des Klassenkampfes (1978) trennte, sich von der Planwirtschaft verabschiedete (1992) und

die Eigentumsfrage entideologisierte (1997). Schritt für Schritt hat China im Zickzackkurs seine Wirtschaft vom doktrinären Sozialismus befreit. "Marktwirtschaft führt nicht direkt zur Demokratie, aber ohne Marktwirtschaft gibt es bestimmt keine Demokratie", sagt ein Historiker bei der Debatte. Die privat organisierte Veranstaltung ist beim Propagandaamt Chinas angemeldet und genehmigt worden. Offene Aussprachen über politische Reformen hat China seit der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung am 4. Juni 1989 nicht mehr zugelassen. Ein Wissenschaftler der Parteihochschule spricht von "Tabuzonen und Minengebieten" beim Thema der politischen Reform. Die Bücherdebatte am Sonnabend ist freilich noch weit entfernt von den spontanen "Salontreffen" Anfang 1989. So nannten damals die Studenten der Pekinger Universität ihre Zusammenkünfte, auf denen sie sich in einer Atmosphäre des Aufbruchs über Humanismus und Entfremdung die Köpfe heiss redeten. Rasch waren sie beim Thema Menschenrechte, Gewaltenteilung und freie Wahlen. Physikprofessor Fang Lizhi und seine Frau (später als Dissidenten von Peking verfolgt und heute im amerikanischen Exil) waren dabei, spätere Studentenführer des Tiananmen-Protests wie Chai Ling, Wuer Kaixi (auch in den USA) oder Wang Dan (heute zu elf Jahren Haft verurteilt) hörten ihnen zu. Neun Jahre nach 1989 diskutieren Intellektuelle wieder öffentlich, wenn auch vorsichtig, über Chinas Parteipolitik. Vor allem regt sich couragiertes Denken auch innerhalb der Partei, die dieses Jahr zum Dezember 1998 eine grosse Debatte über 20 Jahre chinesischer Wirtschaftsreformen initiieren möchte. "Klingen kreuzen" könnte der Startschuss sein. Die beiden Verfasser des Buches, der 52jährige Ma Lizheng und der 45jährige Ling Zhijun, sind verantwortliche Redakteure und Kommentatoren des Parteiorgans "Volkszeitung" (Renmin Ribao). Sie haben ihr Buch aber nicht im Parteiauftrag geschrieben. Ma musste mit seinem Manuskript bei zehn Verlagen hausieren gehen. Der elfte Verlag, "China heute", traute sich, das Buch in seine 28bändige Buchreihe über aktuelle Probleme Chinas aufzunehmen. Pamphlet der Gegner Die Autoren dokumentieren erstmals, wie seit 1994 bis 1997 orthodoxe Reformgegner mit vier jeweils rund 30seitigen Denkschriften eine politisch-ideologische Wende in China zu bewirken versuchten. Viele Chinesen hatten von den nur in innerparteilichen Zirkeln kursierenden "Wanyan Shu" (den Zehntausend-Schriftzeichen-Manifesten) schon gehört. Niemand sprach indes öffentlich darüber. Die Reformgegner in China gruppieren sich um obskure Ideologiezeitungen, Parteigrüppchen und Altorthodoxe wie den heute mehr

als achtzigjährigen Deng Liqun. Ihr erstes Pamphlet verfassten sie Ende 1994 unter dem Titel: "Zu Problemen der Sicherheit Chinas nach der Desintegration der sozialistischen Staaten". Das zweite folgte im Sommer 1995 und fragte, wie man China in den kommenden zwanzig Jahren vor der friedlichen Evolution durch den Kapitalismus und gegen die Subversion des Auslands schütze. Das dritte Manifest entstand Ende 1996 und rief zur Verteidigung des sozialistischen Gemeineigentums gegen den Ausverkauf durch den Kapitalismus auf. Das vierte erschien Februar 1997 kurz vor dem Tod Deng Xiaopings und denunzierte namentlich Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und Verlage, die bürgerlich unterwandert seien. Das Manifest verleumdete Reformpolitiker und Schriftsteller als potentielle Dissidenten. Selbsternannte Retter Die längst in der Öffentlichkeit abgeschriebenen Linken und Dogmatiker Chinas warteten in Wirklichkeit immer nur auf ihre Chance. Sie hofften auf Unruhen nach dem Tode Dengs und auf das Chaos, gegen das sie als Retter der Partei zu Hilfe hätte eilen können. Nach dem Tod Dengs aber blieben die Unruhen aus. Chinas Parteichef Jiang Zemin gewann an Stärke und Profil und ging in die ideologische Offensive gegen die dogmatische Linke. Die Autoren beschreiben dies erstmals. Das Buch "Klingen kreuzen" ist der weitestgehende Versuch, die Grenzen der politischen Toleranz der Partei auszuloten. In vielen Bereichen der Gesellschaft, von der Religion bis zur Kultur, öffnen sich derzeit neue Freiräume. Politische Bücher und Zeitschriften über die jüngste chinesische Geschichte sind erschienen, die noch vor zwei Jahren auf dem Index gestanden hätten. Galerien, Bücherstuben oder Buchcafés mit Internetanschluss werden zum Treffpunkt einer modernen und avantgardistischen Jugend. China ist reif für die politische Reform. Der Erfolg weiterer Reformen, wie etwa der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, hängt davon ab. 400 Minister, 2000 Abteilungsleiter und vier Millionen Beamte will Chinas neue Regierung mit ihrer Bürokratierreform bis 2000 abbauen. Wie soll verhindert werden, dass betroffene Beamte nicht mit Staatsbetrieben kungeln, ihnen Geld zuschanzen, um später in gute Positionen bei diesen Firmen wechseln zu können, fragten die Teilnehmer der Debatte. Das ist nur ein Beispiel für die Korruption und Mausehelei, die ohne demokratische Kontrollen und ohne Transparenz in China überhandnehmen würde. Widerwillig und misstrauisch, so scheint es, lässt die Partei nun die Debatte um politische Reformen zu. Ma wurde in Chengdu geboren, wuchs in Peking auf, arbeitete acht Jahre als Kommentator bei der Jugendzeitung und seit 1986 bei der "Volkszeitung". Ist er mit seinem Buch zu

weit nach vorn geprescht? "Chinas Wirtschaftsreformen sind nicht mehr zurückzudrehen, aber die Partei kontrolliert die politischen Reformen", sagt er. Ma hat gehört, dass sein Buch inzwischen Parteichef Jiang Zemin vorliegt. Geht dessen Daumen herunter, ist es wie bei den Gladiatoren im alten Rom. Dann hat Chinas Partei einen Kommentator weniger und einen Dissidenten mehr.

Die Welt

1998/03/19

Zhu Rongji stellt sein neues Kabinett vor

JOHNNY ERLING Peking - Chinas neugewählter Ministerpräsident Zhu Rongji hat in seiner ersten Amtshandlung eine verschlankte Regierungsmannschaft durchgesetzt, die China für die kommenden fünf Jahre regieren soll. Die von Zhu aufgestellte Liste, die die Abgeordneten des Volkskongresses gestern durch Wahl bestätigten, sieht für die Regierung nur noch vier statt wie bisher sechs Vizepremier, fünf statt acht Staatsräte und 29 statt 40 Minister vor. Damit hat Zhu das neue Regierungsprogramm, die Straffung der zentralen Bürokratie, als erstes in seinem eigenen Kabinett eingesetzt. Der ehemalige Aussenminister Qian Qichen wird unter Zhu einer der übergeordneten vier Vizepremier bleiben. Der bisherige Vizeaussenminister und Asien-Spezialist Tang Jiaxuan (60) wurde zum neuen Aussenminister gewählt. Mit dem ehemaligen Minister der Wirtschaftskommission, Wang Zhongyu (65), wird ein Zhu-Vertrauter neuer Generalsekretär des Staatsrates. Aber auch die alte Garde der Kommunistischen Partei besetzt wichtige Posten. So werden Verteidigungsminister Chi Haotian und der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo weiterhin im Amt bleiben. Der bisherige Vizearbeitsminister Zhang Zuojin (52) soll das neue Sozialministerium leiten und den Aufbau einer allgemeinen Sozialversicherung organisieren.

Rheinischer Merkur

1998/03/18

Gnadenlos zur Marktwirtschaft

Als Pragmatiker fingen beide in Schanghai an. Heute ist der eine Partei- und Staatschef. Der andere wird nun Chef der Regierung. Autor: JOHNNY ERLING, Peking
Als er 1992 in Peking für Wirtschaft und Finanzen zuständig wurde, "waren auf Chinas Staatskonten 19 Milliarden US-Dollar an Devisen. Jetzt sind wir bald bei 150 Milliarden Dollar angelangt". Chinas Vizepremier Zhu Rongji macht eine Pause und blickt die deutschen Gäste an. Er wundere sich manchmal, schmunzelt er dann: "Eigentlich bin ich gelernter

Elektroingenieur." Solche koketten Selbstzweifel, denen ein breites Lachen folgt, lässt der 69jährige Zhu Rongji nur in vertrauter Runde aufkommen. Dann zeigt sich der mit seinem kantigen Profil meist mürrisch wirkende Politiker wie ausgewechselt. Ausländer, die ihn mehrfach getroffen haben, sagen, er lege dann sein öffentliches "Pokerface" ab. Der Besuch von Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf war eine solche Gelegenheit. Biedenkopf hatte sich 1996 in Dresden viel Zeit für Zhu genommen, als dieser zu Besuch kam. Zhu revanchierte sich mit Empfang und Essen. Rat von Biedenkopf Biedenkopf war der letzte ausländische Gast, den Zhu vor dem vergangene Woche in Peking begonnenen Volkskongress Chinas noch sehen wollte. Zhu verstrickte den deutschen Professor in eine Debatte über Sozialversicherung. Das Thema beschäftigt den Spitzenpolitiker, der als Nachfolger von Li Peng am 17. März zu Chinas neuem Ministerpräsidenten gewählt wird. Der Aufbau dieser Versicherung in China ist einer der Angelpunkte für Zhu, um radikale Industrie und Strukturreformen mit Millionen Arbeitslosen sozialverträglich durchsetzen zu können. Sonst explodiert ihm das Land unter den Händen. Die Reformen sind von der Partei kollektiv beschlossen worden. Aber sie tragen die Handschrift Zhus, der das Land mit seiner 1,2-Milliarden-Bevölkerung für das 21. Jahrhundert tauglich machen will. Innerhalb von drei Jahren soll die marode sozialistische Staatsindustrie saniert sein, ein modernes Bankensystem operieren und die Regierungsverwaltung nur noch aus 29 der bislang 40 Ministerien ausgeübt werden. "Das kann nur schiefgehen", ist das Urteil vieler Beobachter. "Wenn es aber einer schafft, dann Zhu." Der holt sich Rat von überall. Er befragte Bundesbankpräsident Tietmeyer, wie die Bundesbank die Landeszentralbanken dirigiert, und fachsimpelte mit US-Notenbankchef Greenspan über die Rolle des Zinssatzes. Dabei hält es Zhu mit der auf Chinas Mischwirtschaft passenden Ideologie, der Marktwirtschaft mit dirigistischen Methoden zur Geburt zu verhelfen. So will er den privaten Wohnungsbau und Hauskauf zum Konjunkturprogramm seiner Regierung werden lassen, indem er die staatliche Zuteilung von Wohnungen ab 1. Juli ausnahmslos verbieten lässt. "Sonst kauft doch keiner." Ohne Hilfe der Armee Seine Gesellenstücke hat er 1987 als Bürgermeister in Schanghai und ab 1991 als Vizepremier in Peking abgeliefert. Die Ende der achtziger Jahre gegenüber anderen Städten zurückgefallene Metropole Schanghai möbelte er gemeinsam mit dem damaligen Stadt-Parteichef Jiang Zemin auf. In seiner ersten Ansprache im neuen Amt sagte Zhu: "Schanghai schreitet nach Tempo, Effizienz und Handlungen. Jede Politik kann fehlerhaft sein. Übt

Kritik, bevor der Kurs festgelegt ist, aber wenn er einmal entschieden ist, dann müsst ihr euch widerspruchslos daran halten." Auf Zhu gehen Entscheidungen wie die Errichtung von Schanghais Superwirtschaftszone Pudong, die Börse oder die Ansiedelung des damals grössten chinesisch-amerikanischen Auto-Joint-ventures mit VW zurück. Zhu und Jiang konnten in Schanghai ein Übergreifen der sich in Peking zur Staatskrise des 4. Juni 1989 entwickelnden Demonstrationen mit verhältnismässig wenig Gewalt und Repression verhindern, vor allem, ohne die Armee zu Hilfe zu holen. Fast zehn Jahre später finden sich beide Politiker, die in Schanghai miteinander pragmatisch (Jiang war immer Nummer eins) umgingen, in einem ähnlichen Verhältnis in Peking wieder - diesmal aber in zentraler politischer Verantwortung. Jiang als Staats- und Parteichef und Zhu als Chinas Premier. Beide benötigen einander, mögen müssen sie sich nicht unbedingt. Beider Karrieren begannen, als Chinas Altpolitiker Deng Xiaoping sie nach dem 4. Juni 1989 nach Peking holte, zuerst Jiang als neuen Parteichef, um die Politik zu stabilisieren, und zwei Jahre später Zhu als wirtschaftlichen Administrator. "Der versteht was von Wirtschaft", hat Deng im Mai 1992 über Zhu gesagt und hinzugefügt: "Er traut sich an Probleme ran." Chinas nach 1992 überhitzte ökonomische Entwicklung produzierte zweistellige Inflationsraten. Zhu stellte seine Kompetenz zur Krisenlösung unter Beweis, als ihm die (systemsprengende) Aufgabe übertragen wurde, die Verschuldung zwischen Chinas maroden sozialistischen Staatsbetrieben und den Banken zu entschärfen. Dazu veränderte er zuerst die Rahmenbedingungen. Er drosselte die Geldpolitik, beschnitt Kredite und kontrollierte Chinas explosiven Eintritt in die Börsenspekulation, nachdem er 1991 zuerst Vizepremier, dann Leiter eines Superbüros für Wirtschaft und Handel wurde und verantwortlich für die Börsenpolitik und für die Zentralbank zeichnete. Von da an nannte man ihn den Wirtschaftszaren. Während Wirtschaftsreformer seine Politik unterstützten, schuf er sich Feinde innerhalb der Bürokratie und bei mächtigen Partefürsten in den Provinzen. Schon vor 1994 wurden aus Boomgebieten der Spekulation wie der Inselprovinz Hainan Todesdrohungen gegen ihn bekannt. Weiche Landung Seinem Massnahmenkatalog wird Chinas geglückte weiche Landung der überhitzten Wirtschaft und eine stabile Finanzpolitik mit niedrigen Inflationsraten zugeschrieben. Zhu konnte sich nun an das Grundübel herantrauen: an die marktwirtschaftliche Reform der Staatsindustrie. Dazu hatte er noch Glück, denn seine 1993/94 begonnene konservative Finanzpolitik wurde

zum Segen für China, als Asiens Finanzkrise die wirtschaftlichen Kartenhäuser der Nachbarländer einstürzen liess. China kam in der Sache mit einem blauen Auge davon. Widerstand scheint er nicht zu fürchten. Ende der fünfziger Jahre hatte er sich in der Staatlichen Planungskommission schon einmal für Wirtschaftsreformen und effiziente Betriebe interessiert. Weltweit wusste das sogenannte sozialistische Lager nach Stalins Tod beim Sozialismus nicht mehr weiter. Mao Tsetung forderte Chinas Intellektuelle zur freien Aussprache auf. Als diese sich gegen die Partei richtete, liess er alle abweichenden Meinungen verfolgen. Eine halbe Million sogenannter Rechtsabweichler wurde 1957 angeklagt, darunter auch der 28jährige Zhu. Sein Verbrechen: Er hatte sich, so berichten Chinesen, zu sehr für das damalige titoistische Modell der betrieblichen Selbstverwaltung Jugoslawiens interessiert. Zhu war politisch gebrandmarkt. Erst 1979 wurde er völlig rehabilitiert. Während der Kulturrevolution wurde er fünf Jahre, von 1970 bis 1975, in eine 7.-Mai-Kaderschule zur Landarbeit geschickt. Zhu, der Englisch spricht und liest, kann unchinesisch aufbrausen. "Absolut intolerant reagiert er auf langsames Arbeiten und geht gnadenlos vor", steht in seiner offiziellen Biographie. Darauf angesprochen, räumte er ein, manchmal die Contenance zu verlieren "Warum rühren sich manche Leute auch erst bei einem Wutanfall ihrer Vorgesetzten?" Viel Zeit hat er nicht. Seine fünfjährige Amtszeit als Premier ist wegen der Altersgrenze von 70 Jahren nicht verlängerbar. Freunden hat er gesagt, er wünsche sich danach, die Managementakademie seiner einstigen Universität zu leiten. Der 1928 in der zentralchinesischen Provinz Hunan in Changsha geborene Zhu hatte sich im Jahr 1947 an der Eliteuniversität Qinghua im Nordwesten Pekings eingeschrieben. 1951 graduierte er im Elektromaschinenbau. Er wurde Vorsitzender des Studentenvereins, trat der Partei bei und heiratete seine Jugendliebe Lao An, die seine Mitschülerin auf der ersten Mittelschule in Hunan war und auch das Elektrofach an der Qinghua studierte. Zhu, der Wünsche nach seiner handschriftlichen Kalligraphie für die Einweihung von Gebäuden, Brücken oder Hotels wirsch abweist, machte im Fall seiner Alma mater eine Ausnahme. Er schrieb einen Vers auf die Uni: "Meine Wurzeln schlug ich in der Qinghua/ So wie der Frühling Regen bringt/ nährte und zog sie mich auf/ Wie könnte ich das jemals vergessen?" 1984 gründete die Qinghua eine Akademie für Wissenschaftsmanagement, deren Leiter Zhu wurde. Mit den Doktoranden trifft er zweimal im Jahr zusammen. Universitätsdirektor Wang Dazhong will

die Qinghua zu einer der besten Universitäten der Welt machen. 15 Prozent ihrer Absolventen sind derzeit im Ausland. Rückgriff auf die Universität Zhu nutzt die Universität als seinen Brain-Trust. Ohne eigene Hausmacht bedient er sich unter der Seilschaft von Qinghua- Absolventen, die überall in China hohe Positionen einnehmen, wie etwa Vizepremier Wu Bangguo oder Politbüro-Ausschussmitglied Hu Jintao. Zeitweise hatte die halbe Schanghaier Führung einst an der Qinghua studiert. Als der Nicht-Qinghua-Absolvent Jiang Zemin sie einmal besuchte, machte er den Witz: "Die Führung in Schanghai ist schon als Qinghua-Verein bekannt." Zhu wurde nach seinem Studium Beamter im Industrieministerium, später in der Staatlichen Planungskommission und in den achtziger Jahren in der Wirtschaftskommission. Er kennt den Apparat, den er jetzt radikal verschlanken will, und dieser fürchtet ihn. Andere beginnen, ihn zu bewundern. Als er in Hongkong während der Weltbanktagung im vergangenen September sprach, fiel etwa dem deutschen Botschafter in Peking, Konrad Seitz, auf, wie "regelrecht stolz" chinesische Teilnehmer aus Hongkong auf diesen Chinesen waren, der China weltwirtschaftliche Verantwortung zuweist. Sein Familienleben hält er unter Verschluss. Er hat zwei Töchter. Wenn er ausruht, liest er klassische chinesische Literatur. Wenn er mit engen Freunden privat zusammen ist, singt er Couplets aus der Peking-Oper.

Rheinischer Merkur

1997/09/25

Marx und Mao haben ausgedient

Der gefährlichste Schritt bei den Reformen steht bevor: Die maroden Staatsbetriebe sollen in den nächsten drei Jahren privatisiert werden. Autor: JOHNNY ERLING, Peking Der Fürst von Wei wollte einst von Meister Kong (Konfuzius) wissen, was man zuerst machen müsse, um einen Staat zu regieren. Meister Kong antwortete: "Stelle den Sinn der Begriffe richtig!" Auf die Nachfrage seines Schülers Zi Lu erklärte er: "Wenn die Begriffe nicht stimmen, ergibt sich aus den Wörtern kein Sinn. Wenn Wörter keinen Sinn machen, gelingen die Taten nicht. Dann gibt es keine Riten und Musik... Der Edle kann die Begriffe bestimmen, und was er sagt, kann er auch tun." Mehr als 2000 Jahre sind vergangen, seit Konfuzius, der als Berater durch die Fürstentümer Chinas wanderte, diese Worte sprach. Generationen von Beamten haben den Rat gelernt; alle neuen Dynastien Chinas versuchten, ihn zu befolgen, als sie an die Macht kamen. Konfuzius hätte auch Ratgeber für Chinas Parteichef Jiang Zemin gewesen sein können. Als der 71jährige am vergangenen Freitag Chinas 15.

Parteitag in der Pekinger Grossen Halle des Volkes mit einer zweieinhalbstündigen Rede eröffnete, widmete er ein Fünftel seiner Rede einer neuen Theorie. Sie sei das "Banner" rief Jiang aus, unter der seine Partei 1,3 Milliarden Menschen ins 21. Jahrhundert führen werde. Marx, Engels, Lenin und auch Mao haben ausgedient. Chinas Leitideologien des Marxismus und Maoismus gehören der Vergangenheit an. Sie werden ersetzt durch pragmatische Handlungsanweisungen, die einst der im Februar gestorbene Deng Xiaoping gab, als er China von 1978 an vom Maoismus weg auf Reformkurs brachte. Jiang Zemin, der von Deng 1989 als neuer Parteichef nach dem Massaker des 4. Juni eingesetzt wurde, hat nun nach dem Tod Dengs dessen Ideen als "Deng-Xiaoping-Theorie" aus der Taufe gehoben. Sie sei für China die Weiterentwicklung aller anderen Ideologien. Jiang stellte die Begriffe richtig. So begann ein denkwürdiger Parteitag mit einem theoretischen Paukenschlag, dessen Auswirkungen China nur allmählich zu begreifen scheint. Das im 21. Jahrhundert zur neuen Weltmacht avancierende Land wirft seine Ideologien von Bord und bekennt sich noch vor der Jahrtausendwende zu einer von eigenen Interessen geprägten Realpolitik. Jiang führte dafür Deng mit einem bislang unbekanntem Zitat als Kronzeugen an: Deng habe zu seiner Reformpolitik gesagt: "Wir beginnen in China mit einem ganz neuen Unternehmen, eines, das niemals von Marx erwähnt wurde, nie von einem unserer Vorgänger unternommen und niemals von einem anderen sozialistischen Land versucht wurde. Daher gibt es keine Rezepte. Wir können nur aus der Praxis lernen und unseren Weg beim Laufen ertasten." Ohne Widerspruch Diese Theorie, so erklärte Jiang den mehr als 2000 Delegierten, die 58 Millionen Parteimitglieder vertreten, "verlangt von uns, alles, was wir machen, nach drei Kriterien zu beurteilen: Nützt es dem wirtschaftlichen Wachstum unserer sozialistischen Gesellschaft, dem Erstarben des Staates und der Erhöhung des Lebensstandards des Volkes?" Nur so werde es China gelingen, "Mitte des kommenden Jahrhunderts ein wohlhabendes, starkes, demokratisches und kulturell fortgeschrittenes sozialistisches Land zu werden". Es gab keinen Widerspruch gegen diese Häresie. Chinas Kommunisten sind einiges gewöhnt. 1992 hatte Deng Xiaoping begonnen, das Land auf das Ende der Ideologien vorzubereiten. Er forderte bei einer Reise durch Südchina, gegen erheblichen Widerstand der Partei, der Marktwirtschaft freies Spiel zu geben. Er rief zu Experimenten mit Aktien und Börsen und zu mehr Öffnung zum Ausland hin auf. Es sei müssig, weiter darüber zu streiten, ob Chinas Marktwirtschaft den "Namen Sozialismus oder den Namen

Kapitalismus" verdiene. Millionen emsiger Chinesen und ganze Regionen "stürzten sich (daraufhin) ins Meer". Xia Hai, wie es auf chinesisches heisst, ist ein Synonym für Geschäfte machen und reich werden. Mit einem Jahreswachstum von mehr als 12 Prozent entwickelte sich China von da an zu einer asiatischen Wirtschaftsmacht, in die seit 1993 mehr Auslandskapital floss als in jedes andere Land der Welt, mit Ausnahme der USA. An den beiden Börsen des Landes sind 670 der grössten Unternehmen als Aktiengesellschaften zugelassen. Jiang wagt nun nach fünf erfolgreichen Wirtschaftsjahren, die Weichen für Chinas letzten, aber auch gefährlichsten Reformschritt zu stellen. Das Staatseigentum, heilige Kuh des Sozialismus, mit rund 115000 unreformierbaren Staatsbetrieben, kommt unter den Hammer. Zehntausende Unternehmen werden in den kommenden drei Jahren geschlossen, verkauft, versteigert oder in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Aus allen Kleinunternehmen zieht sich der Staat zurück. Chinas Grossunternehmen sollen in Aktiengesellschaften unterschiedlichster Art und Eigentumsform umgewandelt werden. Bei Schlüsselunternehmen behält der Staat die Mehrheitsanteile. Chinas Staatsplaner wollen sich, so wie einst Südkorea oder Japan, auf die Grossindustrie konzentrieren und auf den Weltmärkten künftig mit wettbewerbsfähigen multinationalen Konzernen mitspielen. In der Automobilindustrie plant Peking etwa, von weit über hundert Autofabriken in China ein knappes Dutzend durch Konzentration übrigzulassen. Es ist, auch wenn Chinas Partei ängstlich das Wort vermeidet, das grösste Privatisierungsprogramm, das jemals unter der Regie einer kommunistischen Partei begonnen wurde. Den betroffenen Arbeitern versprach Jiang den Ausbau des Sozialnetzes, um die Folgen von Massenentlassungen abzumildern. Arbeitsplätze vernichtet Es werde "zeitweilig Probleme für einen Teil der Arbeiter geben". Die Reformen seien aber notwendig und entsprächen "den langfristigen Interessen der werktätigen Klasse". Einst nannte Chinas Ideologie sie die "Herren des Staates". Schleichend war Chinas Staatsindustrie, deren Verluste sich immer höher türmten, seit 1994 reformiert worden. Einige tausend Kleinbetriebe durften als Reformexperimente in Konkurs gehen. Die Masse der bankrotten Unternehmen machte einfach mangels Geld zu und setzte ihre Arbeiter auf die Strasse. 1995 waren 6,5 Millionen Arbeiter ohne Beschäftigung, 1996 8,3 Millionen. Xia Gang, "herunter vom Arbeitsplatz schicken", heisst es auf chinesisches. Betroffene prägten den Wortspiel-Witz: "Mao Tse- tung schickte uns in die Revolution (Xia Xiang), Deng Xiaoping schickte uns

zum Reichwerden (Xia Hai), und Jiang Zemin schickt uns in die Arbeitslosigkeit (Xia Gang)." Noch können die meisten aber Arbeit finden. In den vergangenen drei Jahren kam es zu zehn Millionen privaten Existenzgründungen. In Inlandsregionen Chinas, wo Hunderte unproduktiver Staatsunternehmen nicht zu retten sind, wird mit harten Sozialkonflikten, Demonstrationen und Protesten künftig zu rechnen sein. 15 bis 20 Millionen Menschen könnten in den kommenden drei Jahren ihren Job verlieren, auch im angeschlossenen Sozialbereich. Ein Drittel aller Krankenhäuser und Schulen wird bislang noch von den Staatsbetrieben unterhalten. An dem radikalen Schnitt freilich, den der 15. Parteitag sanktioniert hat, kommt China nicht vorbei. Das Land ist in die Weltwirtschaft immer stärker eingebunden. Es kann ohne effiziente Industriestruktur nicht bestehen: "Wir stehen kurz vor dem kommenden Jahrtausend vor grimmigen Herausforderungen", sagte Jiang der Partei. China profitiert von der Globalisierung, aber steht genauso unter dem Druck der internationalen Konkurrenz selbst im eigenen Land: Fast 300 000 chinesisch-ausländische Unternehmen waren in China bis Ende Juni zugelassen, die schon ein Drittel der gesamten Industrie ausmachen. Neuer Personenkult In der neuen Parteiführung Chinas ist die Position des Parteichefs Jiang Zemin unbestritten. Peking beginnt einen neuen Personenkult um ihn herum. Auf roten Bannern steht sein Name, sein Foto erscheint allein oder zusammen mit Deng Xiaoping. Zwei Städte konnte Jiang durch die Auswahl ihrer Führung als seine neue Hausmacht hinter sich bringen: Peking und Schanghai. Viele in der neuen Führung, die dieser Tage gewählt werden, kommen aus Schanghai. Jiang kann sich auch auf die Seilschaften stützen, die einst ihr Studium an der technischen Universität Qinghua in Peking absolvierten oder die wie er einst beim Pekinger Maschinenbauministerium arbeiteten. Auch das Militär hat er hinter sich gebracht. Jangs Parteiführung besteht fast nur noch aus Fachleuten und Technokraten. Von den alten Revolutionären lebt kaum einer mehr. So redet niemand ihm hinein, wenn er als neuer Steuermann Chinas zuerst der Ideologie einen neuen Sinn gibt. Die alte Ideologie braucht die neue Führung aber noch zur Stützung ihrer Macht. Mit dem Marxismus-Leninismus und Mao rechtfertigt Chinas Partei auch künftig ihre Einparteienherrschaft, ihre Kontrolle der Presse und Verfolgung von Dissidenten. Politische Reformen, Gewaltenteilung bleiben tabu. Voraussetzung aller Wirtschaftsreformen sei politische Stabilität, die nur von der Parteiherrschaft und "volksdemokratischen Diktatur" garantiert werden könne, sagte Jiang. Hier interpretierte er den

Marxismus auf dem Parteitag nicht neu.

Die Welt

1997/09/02

"China ist eine riesige Chance"

Der Vorsitzende des China-Ausschusses Jürgen Heraeus will das deutsche Engagement vorantreiben - Handelskammer in Peking. Peking - Deutschland ist seit Jahren Chinas grösster Handelspartner in Europa. Das Handelsvolumen erreichte im vergangenen Jahr 28,8 Mrd DM, davon nur 10,8 Mrd DM deutsche Ausfuhren nach China. Chinas Anteil am deutschen Export ist mit 1,39 Prozent und beim Import mit 2,62 Prozent gering. Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA) plant nun eine neue Offensive. Im April 1998 wird in Shanghai die Konsugerma als grösste deutsche Konsumgütermesse im Ausland ihre Tore öffnen. In Peking wird die Asien-Pazifik-Konferenz zu einem Stelldichein von Politik und Wirtschaft. Dabei wird auch die erste deutsche Handelskammer in China eröffnet werden. Chinas Aussenhandelsministerin Wu Yi drängte den Vorsitzenden des APA-Arbeitskreises Jürgen Heraeus zur Gründung der Kammer. Mit ihm sprach Johnny Erling in Peking. WELT: Warum gab es bislang in Peking keine deutsche Handelskammer? Heraeus: Wir haben 1425 Unternehmen vor Ort, die zu 80 Prozent in Shanghai, Peking und Kanton angesiedelt sind. Wir haben immer darauf gepocht, dass drei Regionalkammern zugelassen und gegründet werden können. Das widerspricht bisherigem chinesischem Recht. Als ich das Thema jetzt erneut ansprach, hat Frau Wu Yi mir geraten: Warum gründet Ihr nicht in Peking erstmal einfach eine Kammer, solange etwas anderes rechtlich nicht möglich ist? Die Amerikaner und die Engländer haben das auch bereits gemacht. WELT: Ist das ein Durchbruch für China? Heraeus: Es wird eher ein Durchbruch für Deutschland werden. Wir tun uns in unserem Verständnis schwer mit nur einer Vertretung, weil Kammern mitgliedernah sein sollen. Die Kammer in China wird aber stärker als in Deutschland die politische Aufgabe der Unterstützung der Wirtschaft haben. Deswegen werde ich es persönlich vorantreiben, dass wir hier die Kammer in Peking gründen. Ich denke, dass auch die Kaufmannschaften froh sein werden, wenn wir eine legitimierte Repräsentanz und ein Sprachrohr haben. In chinesischen Augen ist die Kaufmannschaft nur ein Freundeskreis, der nicht nach aussen auftreten kann. WELT: Wann soll die Kammer gegründet werden? Heraeus: Ich denke ziemlich schnell. Frau Wu Yi hat uns versprochen, das sehr zügig zu bearbeiten. WELT: Welche Aufgaben soll die Kammer übernehmen?

Heraeus: Es besteht in Deutschland wie in China der grosse Wunsch, dass die mittelständische Wirtschaft hier stärker Fuss fasst. Die Kammer kann Mittelständlern helfen, sich zurechtzufinden. WELT: Wie sind die Chancen des einesdeutschen Mittelständlers in China? Heraeus: Mittelstand ist ein strapaziertes Wort in Deutschland. Politiker entdecken ihn immer wieder von neuem und meinen, dass man den Mittelständlern noch die Reise nach China bezahlen muss, damit sie hier Fuss fassen. Wenn die Rahmenbedingungen in Ordnung sind und in Deutschland die Steuerlast nicht so hoch wäre, bräuchte man das nicht. Ein Mittelständler, der hier investieren will, muss ein gewisses Durchhaltevermögen mitbringen. Der muss auch wissen, wie seine finanziellen Mittel sind. Man muss nicht jeden Mittelständler nach China prügeln. WELT: Sind nicht Mittelständler in China auf die Nase gefallen und dadurch abgeschreckt? Heraeus: Auch wir haben vor 30 Jahren in Amerika in den ersten Jahren viel Geld verloren, weil die USA gross und schwierig sind. Viele sind deshalb auch nicht nach Japan gegangen. Wer sich aber durchgesetzt hat, macht dort blendende Geschäfte. Die USA und Japan bereiten mir heute grosse Freude. Wir setzen in Japan 600 Millionen Mark um. WELT: Und in China? Heraeus: 20 Millionen. Wir haben hier klein angefangen mit sechs Unternehmen und 400 Mitarbeitern. Wir werden dieses Jahr keinen Verlust machen, haben aber auch noch kein hohes Kapitalinvestment. Wir wollen den Markt kennenlernen, deutsche Mitarbeiter mit China und Chinesen mit Deutschland vertraut machen. WELT: Was hat Sie bewogen, nach China zu gehen und jetzt noch den Vorsitz des China-Ausschusses zu übernehmen? Heraeus: Ich habe immer im eigenen Hause die neuen Dinge unterstützt. Wir waren mal eine Zeitlang in der Sowjetunion engagiert, weil wir dort Edelmetalle kauften. Da habe ich das Referat Sowjetunion übernommen. Vor vier Jahren haben wir in China angefangen, und ich habe das Referat China übernommen, um den Chinesen zu zeigen, dass unser Haus dahintersteht. Und um dem eigenen Haus zu zeigen, dass sich die Mitarbeiter sputen. China ist eine riesige Chance, man kann etwas bewegen. Über den Arbeitskreis kann man hoffentlich noch einige Deutsche mehr in das Boot nach China zu bekommen. WELT: Sie fordern dieses Interesse auch von Ihren Mitarbeitern? Heraeus: Bei uns müssen die Leute, die wir nach China entsenden die Sprache lernen. Das ist mühsam. Ich habe jetzt hier gehört, dass die Elternschaft der deutschen Schule in Peking nicht will, das chinesisch unterrichtet wird. Ich halte das für typisch, so wie es in Deutschland Schulen gibt, die

sagen, dass die Kinder ein Jahr verlieren, wenn sie ins Ausland gehen. Das ist diese Mentalität. Schauen Sie, wiewenige deutsche Unternehmen Druck machen, dass Mitarbeiter, die für drei bis fünf Jahre hier sind, auch die Sprache lernen. WELT: Wollen unsere Deutschen nicht mehr nach China? Heraeus: Nach China zu gehen, galt früher als hochinteressant, heute ist es manchem zu mühsam. Es geht eben auch um unsere nachlassende Risikobereitschaft. Das betrifft nicht nur Lehrer und Beamte, sondern auch Unternehmer. WELT: Schrecken den Mittelstand nicht Bürokratie und Korruption in China ab? Heraeus: Ich würde das nicht zu hoch bewerten. Für einen Mittelständler gibt es nicht so viel Korruption. Wir haben schon mit andern Südasiaten und Südeuropäern mehr Probleme gehabt. Natürlich gibt es beim Zoll oder bei der Steuer auf lokaler Ebene Ärger. Die Chinesen werden auch lernen müssen, das Marktwirtschaft mit Tempo zu tun hat. Auch in der Verwaltung müssen die Dinge zügiger laufen. Mittelständler können für sich meist eine klare Grenze ziehen, wie weit sie beim Technologietransfer gehen können. WELT: Heinrich Weiss war 15 Jahre lang ihr Vorgänger. Was werden Sie anders machen? Heraeus: Was gut war muss man nicht neu machen. Herr Weiss hat bereits vorgehabt, ein Steuerungs-Komitee zu gründen. Wir haben dorthin 20 bis 25 Personen aus den 400 Unternehmen des Arbeitskreises China berufen. Es sind Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer von Firmen, die in besonderem Masse in China engagiert sind. Wir sind dann keine Ein-Mann-Show mehr und erfahren als Arbeitskreis die Probleme, die wir dann hier vortragen können. Die Gruppe wird zum erstenmal im September in Köln mit den Delegierten aus Hongkong, Shanghai und Peking tagen. Wir wollen so auch versuchen, unsere deutschen Interessen zu bündeln. Es ist ein Dilemma, wie viele aus öffentlichen Mitteln bezahlte Institutionen in China nebeneinander her arbeiten. Wenn man nur etwas mehr an Gemeinsamkeiten hinbekäme, könnten wir stärker in China auftreten. WELT: Auch der APA sieht das so? Heraeus: Darüber ist gesprochen worden. Der Asien-Pazifik-Ausschuss ist selbst ein Bündelung der Kräfte. Unter der Leitung von Herrn von Pierer hat er eine Aufmerksamkeitsleistung erzielen können, um die uns andere Länder beneiden. In China aber auch in Singapur und Korea ist der APA ein Begriff. Jetzt gehen wir auf zwei Höhepunkte im April nächsten Jahres zu. Mit der Konsumentenkonferenz in Shanghai stellt Deutschland erstmals gross seine Konsumgüter vor. Einen Tag danach beginnt in Peking die Asien-Pazifikkonferenz. Bis dahin steht auch die Kammer in Peking. OAILV

Die Welt

1997/07/18

Weltbank lobt Reformen in China

Umbau der Wirtschaft soll mit weiteren Milliarden gestützt werden - WELT- Gespräch. China war im bisherigen Haushaltsjahr 1997 der grösste Kreditnehmer der Weltbank. Die Volksrepublik erhielt 2,82 Mrd. US-Dollar an Darlehen, um die Armut zu bekämpfen und die Infrastruktur, die Landwirtschaft und das Erziehungswesen zu fördern. Diese Zahlen präsentierte die Weltbank gestern in Washington. Pieter P. Bottelier war viereinhalb Jahre lang Missionschef der Weltbank in Peking. Künftig wird er in Washington Top-Berater der Weltbank für Asien und China sein. WELT- Mitarbeiter Johnny Erling sprach in Peking mit Bottelier. WELT: In Ihrer Zeit haben Sie Chinas Aufstieg zur Wirtschaftsgrossmacht miterlebt. Was war dabei für Sie am erstaunlichsten? Bottelier: Wie die Wirtschaftsreformen Gestalt annahmen und wie die Zusammenarbeit mit uns gereift ist. Unsere Projekte sind überdurchschnittlich erfolgreich verlaufen. Die Weltbank hat wie eine Luftschleuse zwischen dem zuvor geschlossenen China zum geöffneten China der Zukunft gewirkt. Unsere grossen Weltbankreports sind Blaupausen der chinesischen Reformen geworden. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: In China gab es niemals Ausschreibungswettbewerbe um öffentliche Aufträge - bis die Weltbank kam. Jetzt führt Peking nach unserem Vorbild gesetzliche Vorschriften und Standards für Ausschreibungen bei öffentlichen Aufträgen auf allen Ebenen ein. Die Rolle der Weltbank war und ist in China viel grösser, als man der Kreditmenge ansieht. WELT: Die ist aber auch beachtlich. Ihre Bank hat seit 1980 184 Projekte in China gefördert und dafür 28 Mrd. US-Dollar Kredite vergeben. Lässt sich das noch vertreten? Bottelier: China wurde vor Jahren grösster Einzelkunde der Weltbank, ist es noch und wird es bleiben. Es hat die Kapazität, riesige Mengen an Kapital aufzunehmen. Wir werden China weiter rund drei Mrd. Dollar pro Jahr leihen. Das sieht viel aus. Wenn man es aber pro Kopf umrechnet, ist es eines der kleinsten Programme, die wir haben, kleiner als die meisten in Afrika oder Lateinamerika. WELT: Peking hatte im Juni 120 Mrd. US-Dollar auf der Devisenkante. Nun ist auch noch Hongkong mit seinen 65 Mrd. Dollar Devisen hinzugekommen . . . Bottelier: Die Idee, Hongkong und Chinas Devisen zu addieren, ist völliger Unsinn. Hongkong bleibt monetär völlig selbstständig und wird von Peking auch nicht besteuert werden. Chinas eigene Reserven sind natürlich hoch. Ohne starke Reserven kann das Land weder seine angestrebte Konvertibilität der Währung erreichen noch seine Geldwertstabilität erhalten. Devisenreserven sind

keine Ressourcen für die Entwicklung der Infrastruktur. WELT: Warum nutzt China nicht die Sparguthaben seiner Bevölkerung. Ende 1996 waren das 3853 Mrd. chinesische Yuan (450 Mrd. US-Dollar). Privat verfügen die Chinesen über Reserven von weit mehr als 20 Mrd. US-Dollar in Devisen? Bottelier: Chinas Sparguthaben sind sehr hoch. 35 Prozent des Nationaleinkommens wird gespart. Aber erst wenn China einen inländischen Kapitalmarkt aufgebaut hat, kann es diese Ressourcen für die inländische Infrastruktur nutzen. Wir verfassen gerade einen Weltbankbericht dazu. Es ist absurd: China ist Nettoexporteur seiner Devisen, die es im Ausland anlegen muss, und es muss für seinen Zahlungsausgleich auch Geld zu höheren Kosten im Ausland aufnehmen. Peking ist so einer der grössten Aufkäufer von US- Schatzanweisungen geworden. Das ist das Ergebnis von hohen Sparquoten bei einem unterentwickelten inländischen Kapitalmarkt und nicht funktionierender Bankensteuerung. WELT: China ist der grösste Kunde der Weltbank, ist es auch der beste Schuldner? Bottelier: Ja. Sie haben noch nie einen Rückzahlungstermin versäumt. Seit Mitte der achtziger Jahre fließen die Rückläufe. Bis Ende 1996 hat China 3,2 Mrd. US-Dollar bezahlt; inzwischen sind es fast vier Mrd. Wir schicken zweimal im Monat Rechnungen. Einmal hatten wir aus technischem Grund vergessen, eine Rechnung zuzustellen. Da hat uns das Pekinger Finanzministerium gleich angemahnt, wo die Rechnung bleibt. WELT: Rund ein Drittel aller Weltbank-Kredite (9,2 Mrd. Dollar) wurden China zinslos gegeben. Geht das so weiter? Bottelier: Nein. Nach 1999 gibt es für China keine zinsfreien Kredite mehr, nur noch die normalen Weltbankmittel. Wir verlieren für China die wichtigen Ressourcen der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA). Die IDA 11 endet Mitte 1999. Unbestritten erfüllt China weiterhin zwei der drei IDA-Kriterien, das der Armut und der guten Nutzung der Ressourcen.

Rheinischer Merkur

1997/07/03

Wieder im Reich

Zwei Welten, zwei Lebenseinstellungen prallen beim Übergang Hongkongs aus britischer in chinesische Herrschaft am 1. Juli aufeinander. Autor: JOHNNY ERLING, Peking Welch ein Unterschied! Wenn um Mitternacht am 30. Juni in Hongkong die britische Fahne nach 156 Jahren eingezogen und die chinesische Fahne gehisst wird, die Briten salutieren und die gesamte Welt der Zeremonie zuschaut, schreien einhunderttausend Menschen in Peking laut: 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1. Wie beim K.o. eines Boxkampfes

lässt Peking vor der Countdown-Uhr auf dem Pekinger "Platz des Himmlischen Friedens" von organisierten Massen die Kolonialzeit auszählen. In die Freude über den Neuanfang in Hongkong wie in Peking mischt sich sofort ein bitterer Beigeschmack. Zwei Welten, zwei Lebenseinstellungen prallen selbst während der feierlichen Zeremonie der Übergabe aufeinander. Sir Christopher Patten, der letzte Gouverneur Hongkongs, hat diese Woche in einem seiner Abschiedsinterviews gesagt, Hongkong sei heute der freiheitlichste Platz der Welt. Patten bezog dies nicht nur auf die liberale Wirtschaft. Hongkong wurde unter britischer Verwaltung zum Schmelztiegel für Menschen unterschiedlicher Kulturen. Jeder, der dort heimisch wurde, empfand sich plötzlich als Hongkonger und nicht als Chinese oder Deutscher, Engländer oder Inder. Europäer wie Asiaten verfielen der Faszination und dem Charme der Stadt, die sich eine der wenigen echten Metropolen der Welt nennen durfte. Doch sie hatten irgendwann die Bedeutung des Bonmots vergessen, das ein britischer Lord schon um die Jahrhundertwende kreierte, die Insel sei ein geborgter Ort auf geborgte Zeit. Hongkong hatte seit seiner Abtretung an die Briten nach dem Opiumkrieg 1842 und dem 99jährigen Pachtvertrag 1898, den das chinesische Qing-Kaiserhaus mit London schloss, keine völkerrechtlich eigenständige Position. Für China war Hongkong immer nur schmachvolle Erinnerung an einen der ungleichen Verträge, mit denen die Aussenwelt (von Europa bis zu Japan) Chinas Küstengebiete unter sich aufteilte. Peking begrüsst die Rückkehr Hongkongs mit landesweiten Appellen an den Patriotismus der Chinesen und der nationalistischen Parole vom Ende der 100jährigen Schande. Denn noch immer regiert kaiserliches Denken China, noch immer sehen Chinas Herrscher die Aussenwelt vom Inneren ihres Riesenreiches. Hongkong befindet sich am Rande und wurde dem Reich weggenommen, als China schwach war. Chinas Spitzenpolitiker Deng Xiaoping gab 1982, als er über die Rückgabe Hongkongs mit Grossbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher sprach, Einblick in sein Denken: Kein chinesischer Führer, keine chinesische Regierung könnte es wagen, vor das chinesische Volk und nicht einmal vor die gesamte Welt zu treten, wenn sich China 1997 Hongkong nicht zurückhole. Dann wäre Chinas Regierung nicht besser als die späte Qing-Regierung. Die Briten hatten aus Chinas jahrzehntelang gezeigter pragmatischer Haltung zu Hongkong falsche Schlüsse über Pekings grundsätzliche Haltung gezogen und hofften 1982 mit China neu verhandeln zu können. Sie fuhren dabei gegen die Wand, wie aus den gerade veröffentlichten

Memoiren des einstigen Pekinger Leiters des Hongkong und Macao Büros beim Staatsrat, Li Hou, hervorgeht. Nachdem Peking, so schreibt Li Hou, 1982 von London über den Besuch von Frau Thatcher informiert wurde, bereitete sich China vor. Peking erwartete, dass die britische Premierministerin nach dem Falkland-Krieg selbstbewusst versuchen würde, China zu überreden, die Rückgabe Hongkongs zum späteren Termin als 1997 zu akzeptieren. Es wäre möglich, dass sie die Rückgabe als Tausch für weitere 30 bis 50 britische Verwaltungsjahre über Hongkong vorschlagen würde. Zum denkwürdigen Zusammentreffen zwischen Deng Xiaoping und Frau Thatcher kam es am 24. September 1982, schreibt Li Hou. Frau Thatcher war in China unter dem Namen "Eiserne Lady" bekannt. Deng hatte von Mao einst den Spitznamen erhalten: "Das Stahlwerk". Frau Thatcher sprach sich für Neuverhandlungen aus. London sehe nur in der Fortsetzung der britischen Verwaltung über Hongkong die Möglichkeit, den dortigen Wohlstand nach 1997 zu garantieren, von dem auch China profitieren würde. Deng liess sich darauf nicht ein. China werde 1997 Hongkong zurückholen. Peking könne seine Absichten entweder sofort bekanntgeben oder noch ein bis zwei Jahre damit warten. Man habe auch keine Angst vor den Folgen solcher Ankündigungen. Peking schliesse in den kommenden 15 Jahren Unruhen in Hongkong nicht aus. Chinas Exporte könnten sich dadurch halbieren; China müsste die Versorgung für fünf Millionen Menschen tragen; die Banken würden in Finanzkrisen schlittern. Deng drohte für den Fall schlimmes Chaos an, dass China gezwungen sein könnte, über Zeitpunkt und Art der Rückholung Hongkongs neue Überlegungen anzustellen. Thatchers Erfahrungen auf die Drohungen hin habe Thatcher nachgegeben und Deng gebeten, nichts, was er gesagt habe, zu veröffentlichen, sonst würde es zu furchtbaren Erschütterungen kommen, schreibt Li Hou. Im Kommuniqué wurde von Meinungs austausch in freundschaftlicher Atmosphäre und Konsultationen gesprochen. Damit war der Weg für eineinhalb Jahre Verhandlungen offen, die 1984 zur chinesisch-britischen Erklärung über die Rückgabe Hongkongs führten. Die inzwischen geadelte Lady Thatcher wird am 1. Juli unter den illustren Gästen in Hongkong bei der Übergabezeremonie dabeisein. Als sie 1984 in Hongkong das Ergebnis der britisch-chinesischen Verhandlungen bekanntgab, stand eine junge chinesische Journalistin auf und fragte, warum London Hongkong an China ausgeliefert habe. Thatcher antwortete damals Emily Lau, die heute als Abgeordnete im gewählten Parlament (dem Legislativrat) sitzt: "Jeder in Hongkong ist über das

Abkommen glücklich. Sie sind die Ausnahme." Frau Thatcher wird an diesen Moment zurückdenken, nachdem man inzwischen weiss, wie ihre Verhandlungen abgelaufen sind. Sie wird wieder Emily Lau bei den Feiern in Hongkong treffen, diesmal als kritische Demonstrantin. Kurz nach Mitternacht ist Emily Lau am 1. Juli keine Abgeordnete mehr, denn Peking hat den unter Patters demokratischen Reformen gewählten Legislativrat nicht anerkannt. Ein von Peking eingesetztes Schattenparlament übernimmt sofort nach Mitternacht die Funktion und wird vereidigt. Eigentlich sollten solche Begleitumstände nachdenklich stimmen, ob das Wiedervereinigungsexperiment zwischen einem totalitären Regime und einer gerade erwachten Demokratie gutgehen kann. Wie wenig kompromissbereit China ist, zeigte sich diese Woche beim Nervenkrieg um die Stationierung der Volksbefreiungsarmee in Hongkong. Nach Entsendung einer Vorhut forderte Peking, noch mehr Truppen vor der Übergabe nach Hongkong zu schicken. Die Briten gaben nach: Schon am 30. Juni werden 509 Soldaten in Hongkong einmarschieren. Die Hauptgruppe folgt nach dem 1. Juli. Hongkongs Hoffnung ist die Wirtschaft. Sie ist Grundlage aller Erwartungen für eine erfolgreiche Zukunft Hongkongs unter den Fittichen Chinas. Der Rückkehr-Patriotismus, den Pekings Propagandamühlen predigen, ist dagegen aufgesetzt. Die fünf Millionen Chinesen unter den 6,4 Millionen Einwohnern Hongkongs haben sich mit dem Rückkehrtermin arrangiert. Aber niemand sollte vergessen, dass die meisten unter ihnen einst alles selbst ihr Leben aufs Spiel setzten, um China zu entkommen. Sie kamen während der Wirren des Bürgerkrieges nach 1945, während der kommunistischen Machtübernahme 1949. Sie flohen bis Ende der siebziger Jahre vor den politischen Verfolgungen, Kampagnen und Hungersnöten. Politisch Verfolgte kamen erneut nach dem 4. Juni 1989, vor gerade erst acht Jahren. Peking gesteht zu, dass Chinas Wirtschaftsboom ohne Hongkong und das Auslandskapital von 50 Millionen Auslandschinesen nicht möglich geworden wäre. China veröffentlichte dazu neue Zahlen: Allein im Perfluss-Delta an der Südküste Chinas arbeiten vier Millionen Chinesen in 23000 Joint-venture-Unternehmen Hongkongs. Seit 1979 sind 160 000 Unternehmen in China mit Hilfe Hongkongs errichtet worden. Hongkong hat bis heute in China 110 Milliarden US-Dollar investiert, während chinesische Kapitalgesellschaften 40 Milliarden US-Dollar in Hongkong anlegten. Mit der Rückkehr Hongkongs (derzeitige Devisenreserven 69,6 Milliarden US-Dollar) erhält die heute schon als

Wirtschaftsriese auftretende Volksrepublik (Devisenreserven 114 Milliarden) ein Welthandels- und Finanzzentrum. Gouverneur Patten nannte dies einmal die grösste Mitgift in der Geschichte seit Kleopatra. So zeigen sich chinesische und ausländische Vertreter der Wirtschaft in Hongkong betont optimistisch. Anders als bei der Politik mit ihren Zweifeln über den Erhalt der freien Presse, mit ihrer Furcht vor Aushöhlung der Rechtsnormen und vor allem dem Anstieg der Korruption, haben die meisten Geschäfttreibenden den Termin der Übergabe 1997 trotzig als Nonevent (Nichtereignis) für die Zukunft ihres eigenen Business bezeichnet. "Niemand schlachtet die Gans, die goldene Eier legt" ist 1997 das meistzitierte Sprichwort des Jahres geworden. Nichts ist falscher als das naive Kalkül mit Chinas Geschäftsinteressen. Die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung bietet keinen Schutz für Hongkong, wenn Pekings kommunistische Führung Fragen der Souveränität oder ihr Machtmonopol herausgefordert sieht oder gar Gefahr für die innere Stabilität befürchtet. China hat sich im Hongkonger Grundgesetz Eingreifrechte gesichert, wenn Subversion gegen die zentrale Volksregierung von Hongkongs Boden ausgeht. Chinas Regierung weiss freilich, dass die Rückkehr Hongkongs weltweit beobachtet wird. Peking wird daran gemessen werden, ob es Hongkongs Wohlstand und Entwicklung nach dem Modell eines Landes mit zwei Systemen wirklich garantieren kann. Blick auf Taiwan Auf dem Spiel steht im Fall einer politischen Katastrophe nicht nur der wirtschaftliche Zusammenbruch der Aktien- und Immobilienmärkte Hongkongs, die Asiens gesamtes Finanzsystem erschüttern würden. Auf dem Spiel stünden politisch und militärisch Pekings Bemühungen um die Wiedervereinigung mit Taiwan, seine

Beziehungen zu den USA und regional zu den Staaten Südostasiens und zu Japan. Chinas Beziehungen zu Japan sind hochsensibel. Generalstabschef Fu Quanyou warnte vor einer gegen Pekinger Interessen gerichteten japanisch- amerikanischen Verständigung. Auslöser waren vergangene Woche bekanntgewordene Überlegungen zwischen den USA und Japan, die einander künftig militärisch beistehen wollen, wenn Ereignisse in ihrer Nachbarschaft ihre Sicherheitsinteressen berühren. Peking unterstellt, dass die USA und Japan dabei die Sicherheit der freien Seepassage durch die Taiwanstrasse und das Südchinesische Meer vor Augen haben und beide Seegebiete als ihre strategischen Interessengebiete betrachten. Peking beansprucht im Streit mit allen Anrainerländern die Inselgruppen Xisha, Dongsha und Nansha im Südchinesischen Meer (unter dem Namen Spratley- und Paracel-Inseln bekannt). Es hat in der Vergangenheit mit Vietnam kriegerische Scharmützel darum geführt. In der Taiwanstrasse übte China im vergangenen Jahr durch seine Marinemanöver Druck auf Taiwans Wahlen aus. Eine Woche vor der Rückkehr Hongkongs reagierte nun Taiwan mit demonstrativen Seemanövern, bei denen es seine von den USA und Frankreich gekauften Kampfflugzeuge einsetzte. Der Widerspruch ist frappant: Die Region wächst wirtschaftlich immer stärker zusammen, während nationale Konfliktherde gären. Zugleich rüsten alle Staaten Südostasiens militärisch auf. Die Rückkehr Hongkongs bietet aber nun Chancen zum Neubeginn eines Dialoges zwischen allen Beteiligten schon am Rande der Übergabefeiern in Hongkong. Peking und Taiwan etwa haben angekündigt, den seit 1996 abgerissenen Gesprächsfaden ihrer bilateralen Konsultationen in Hongkong wieder zu knüpfen..

完

秀才 Xiù Cai erscheint monatlich, aus aktuellem Anlaß öfter.

Herausgeber: Ostasieninstitut der FH Ludwigshafen, Dr. Jörg-M. Rudolph.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Jörg-M. Rudolph. Anschrift: Ostasieninstitut der Fachhochschule Ludwigshafen, Rheinuferstraße 6, 67061 Ludwigshafen. Tel. 0621-586670, Fax 5866777, email: Rudolph@OAI.de

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder.